



18. Sitzung

am Dienstag, dem 20. Mai 2014, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 1108

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Europa besser machen: für ein Europa der Bürger, der Demokratie, der Chancen und des Wachstums!"

Dr. Linus Förster (SPD)..... 1108
Dr. Franz Rieger (CSU)..... 1109
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 1111
Ludwig Hartmann (GRÜNE)..... 1112
Mechthilde Wittmann (CSU)..... 1113
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 1114
Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU)..... 1115 1116
Georg Rosenthal (SPD)..... 1116
Staatsministerin Dr. Beate Merk..... 1117

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) (Drs. 17/875)
- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge
zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014:

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1682)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1683)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
(Drs. 17/1684)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/1958)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung
Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
(Drs. 17/876)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge
zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion
Drs. 17/1343 mit 17/1355 und 17/1732

und

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion
Drs. 17/1369 mit 17/1424, 17/1448 mit 17/1453, 17/1455 mit 17/1458, 17/1474, 17/1587 mit 17/1599 und 17/1608 mit 17/1614

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER
**Drs. 17/1275 mit 17/1320, 17/1323 mit 17/1339,
17/1586,17/1645 mit 17/1647, 17/1649 mit
17/1672 und 17/1714**

und

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
**Drs. 17/1231 mit 17/1261 und 17/1263 mit
17/1268**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/1945)

und

**Änderungsanträge
zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014:**

Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a.
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
(Drs. 17/1681)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
**hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6 b
HG (Drs. 17/1685)**

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
**hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuer-
sekretäre, Steuersekretärinnen (Drs. 17/1686)**

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar
Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a.
(SPD)
(Drs. 17/1723)

und

Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar
Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u. a. (SPD)
**hier: Rückholung der demografischen Rendite
(Drs. 17/1806)**

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/1959)

Martin Bachhuber (CSU)..... 1119 1122
Claudia Stamm (GRÜNE)..... 1122 1127 1135
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 1122
Günther Knoblauch (SPD)..... 1122
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 1124
Peter Winter (CSU)..... 1131 1135 1136

Volkmar Halbleib (SPD)..... 1136
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 1139
Dr. Herbert Kränzlein (SPD)..... 1141 1142
Staatsminister Dr. Markus Söder..... 1142

Beschluss en bloc zu den FW-Änderungsanträgen
17/1682 mit 17/1684..... 1145

Beschluss zum Regierungsentwurf Finanzaus-
gleichsänderungsgesetz 2014 17/875..... 1145

Schlussabstimmung zum Regierungsentwurf Fi-
nanzausgleichsänderungsgesetz 2014 17/875.... 1145

Beschluss zum GRÜNEN-Änderungsantrag
17/1253..... 1145

Beschluss zum FW-Änderungsantrag 17/1284... 1145

Beschluss zum FW-Änderungsantrag 17/1295... 1145

Beschluss zum FW-Änderungsantrag 17/1334... 1145

Beschluss zum FW-Änderungsantrag 17/1335... 1145

Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 17/1369.. 1145

Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 17/1371.. 1145

Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 17/1421.. 1145

Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 17/1609.. 1145

Beschluss zum SPD-Änderungsantrag 17/1613.. 1145

Beschluss zum FW-Änderungsantrag 17/1650... 1145

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Ände-
rungsantrag 17/1248..... 1145

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Ände-
rungsantrag 17/1249..... 1145

Namentliche Abstimmung zum FW-Änderungsan-
trag 17/1319..... 1145

Namentliche Abstimmung zum FW-Änderungsan-
trag 17/1339..... 1145

Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsan-
trag 17/1393..... 1145

Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsan-
trag 17/1453..... 1145

Namentliche Abstimmung zum SPD-Änderungsan-
trag 17/1456..... 1145

Namentliche Abstimmung zum FW-Änderungsan-
trag 17/1668..... 1145

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1248 (s. a. Anlage 1).....	1145
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1249 (s. a. Anlage 2).....	1145
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1319 (s. a. Anlage 3).....	1145
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1339 (s. a. Anlage 4).....	1145
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1393 (s. a. Anlage 5).....	1145
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1453 (s. a. Anlage 6).....	1145
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1456 (s. a. Anlage 7).....	1145
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1668 (s. a. Anlage 8).....	1145
Beschluss zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014.....	1145
Erledigung gem. § 126 Abs. 6 GeschO der zur Ab- lehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge zum Nachtragshaushaltsplan 2014 (s. a. Teil I der Anla- ge 9)	1145
Berichtigungsermächtigung für das Finanzministeri- um zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014	1145
Erledigung der Änderungsanträge zum 2. Nach- tragshaushaltsplan 2014 (s. a. Teil II der Anlage 9)	1145
Beschluss en bloc zum GRÜNEN-Änderungsan- trag 17/1681, zu den FW-Änderungsanträ- gen 17/1685 und 17/1686 und zu den SPD-Ände- rungsanträgen 17/1723 und 17/1806	1145
Beschluss zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 17/876..	1145
Schlussabstimmung zum 2. Nachtragshaushaltsges- etz 2014 17/876.....	1145
Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwan- ger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Rundfunkge- setzes (Drs. 17/1925) - Erste Lesung -	

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER).....	1150
Markus Blume (CSU).....	1152
Martina Fehlner (SPD).....	1153
Ulrike Gote (GRÜNE).....	1154

Verweisung in den Wissenschaftsausschuss..... 1155

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert
u. a. und Fraktion (SPD)
**zur Änderung des Sparkassengesetzes (Ein-
führung der Unternehmensmitbestimmung bei
den Sparkassen) (Drs. 17/1929)**

- Erste Lesung -

Dr. Paul Wengert (SPD).....	1155	1158
Norbert Dünkel (CSU).....	1156	1157
Franz Schindler (SPD).....	1157	
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)	1157	1158
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	1158	

Verweisung in den Innenausschuss..... 1159

Benennung
der Mitglieder des Landtags für das beratende
Kuratorium zur Begleitung des Projekts Lern-
ort "Dokumentation Obersalzberg"

Beschluss..... 1159

Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge,
die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung
nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 10)

Namentliche Abstimmung zum FW-Antrag 17/757...
1160

Beschluss..... 1160

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/757
(s. a. Anlage 11)..... 1160

Mitteilung betr. Nichtbehandlung des Tagesord-
nungspunktes 7..... 1160

Schluss der Sitzung..... 1160

(Beginn: 14.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Plenarsitzung beginnen können – nachdem alle gemessenen Schritte ihre Plätze eingenommen haben.

(Natascha Kohnen (SPD): Ich werde auch nicht jünger!)

Ich eröffne die 18. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Europa besser machen: für ein Europa der Bürger, der Demokratie, der Chancen und des Wachstums!"

Für die heutige Sitzung ist die SPD-Fraktion vorschlagsberechtigt.

Ich erinnere noch an die Spielregeln der Aktuellen Stunde: In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Nun hat als erster Redner der Kollege Dr. Förster das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Linus Förster (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meiner Rede beginne, möchte ich mich an dieser Stelle entschuldigen. Ich möchte mich bei den Kollegen und Kolleginnen der CSU entschuldigen, denen ich in der letzten Plenarsitzung mit meinem Crystal-Meth-Vergleich zu nahe getreten bin oder die ich damit verletzt habe. Zu keinem Zeitpunkt wollte ich Sie als Drogenjunkies diskreditieren oder beleidigen.

(Beifall bei der CSU)

Aber ich bitte Sie um Verständnis, dass das Temperament auch bei einem wie mir, der sonst in solcher Hinsicht eher zurückhaltend ist, durchgehen kann.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): In einer vorgeschriebenen Rede! Genau!)

Ein Vergleich mit Drogenjunkies ist unter dem Niveau der parlamentarischen Auseinandersetzung; das gebe ich zu. Aber es fällt mir leichter, dies zuzugeben, weil einige Kolleginnen und Kollegen der CSU, die mir hinterher ihre Meinung gesagt und ihre Empörung geäußert haben, gesagt haben, dass ich mich mit diesem Vergleich genau auf das Niveau von Markus Ferber begeben habe, dessen Nürnberger Vergleich mit Martin Schulz als Geschäftsführer der Schlepperbanden das war, was mich so erzürnt hatte. Das war in ihren Augen genauso niveaulos und unterste Schublade wie mein Beitrag.

Ich betone das ebenso. Aber ich entschuldige mich hier und hoffe, Frau Wittmann, dass wir damit das gute Klima im Europaausschuss vielleicht wiederherstellen können und künftig wieder gemeinsam für das Wohl Bayerns in Europa und das Wohl Europas in Bayern streiten können.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass Herr Ferber ebenso die Größe hat, sich für seinen Ausfall gegenüber Martin Schulz zu entschuldigen,

(Beifall bei der SPD)

zumal er als Vorsitzender einer proeuropäischen und überparteilichen Organisation wie der Europa-Union mehr als alle anderen an einem guten, gemeinsamen proeuropäischen Stil interessiert sein müsste. Ohne eine Entschuldigung ist er meiner Meinung nach als Landesvorsitzender nicht mehr tragbar.

(Beifall bei der SPD – Jürgen W. Heike (CSU): Das sagt der Richtige!)

- Ich habe mich entschuldigt.

In dem proeuropäischen Geiste der Europa-Union – ich erlaube mir, das in dieser Runde zu sagen; in der letzten Legislaturperiode waren immerhin 78 von 187 Abgeordneten Mitglied der Europa-Union – bitte ich Sie, heute in der Aktuellen Stunde ein Zeichen für Europa zu setzen, ein Zeichen, dass wir das EU-Europa mit all seinen Risiken, den vorhandenen Fehlern und den dringend korrekturbedürftigen Regelungen schätzen und wollen. In der Tat ist Europa teilweise in keinem guten Zustand. Es ist in vielen Teilen zu bürokratisch, zu ineffektiv und zu unsozial.

Somit ist die Europawahl 2014 die wichtigste Europawahl seit Langem und vielleicht die wichtigste überhaupt; denn es geht darum, Vertrauen in die europä-

ische Idee zurückzugewinnen. Die anstehende Frage, wie sich Europa entwickeln soll, ist somit eine Richtungsentscheidung. Es geht für die Bürgerinnen und Bürger um ihr Einkommen, ihre Arbeitsbedingungen, ihre Bildung und ihre Umwelt.

Aber ich bin überzeugt, dass die Menschen das EU-Europa wollen. Sie wissen, wie wichtig ein geeintes und starkes Europa ist. Doch sie haben nun einmal das Gefühl, dass einiges falsch läuft. Die Leute sind es leid, dass die EU regelt, wie hoch der Wasserverbrauch bei der Toilettenspülung und die Wattzahlen des Staubsaugers und der Glühbirne sind. Sie sind es leid, dass mit ihren Steuergeldern marode Banken gerettet werden, wenn andererseits Geld fehlt, um etwas gegen die fürchterliche Jugendarbeitslosigkeit zu tun. Sie sind es leid, dass sich Vermögende und Großunternehmer durch Steuerhinterziehung oder Steuerflucht ihrer Verantwortung für die Allgemeinheit entziehen, und sie sind es leid, dass der freie Wettbewerb oft mehr zählt als ihre Löhne und Arbeitnehmerrechte.

Wir, liebe Kollegen und Kolleginnen, sollten deshalb die Europawahl nutzen, um mit möglichst vielen Menschen darüber zu sprechen, was ihnen am heutigen Zustand der EU Sorgen bereitet, wo sie Veränderungsbedarf sehen und welche Zukunftshoffnung sie mit Europa verbinden. Dazu gehört, dass wir den Blick nicht primär auf wirtschaftliches Wachstum und Gewinnmaximierung richten und unsere Sorgen nicht primär dem Erhalt von Banken und der Absicherung von Finanzgeschäften gelten. Der Mensch muss im Fokus unseres Handelns stehen. Wir müssen von einer reinen europäischen Wirtschaftsunion weg und hin zu einem sozialen Europa kommen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, dass wir in diesem Haus in der Sache gar nicht so weit auseinanderliegen. Natürlich haben wir unterschiedliche Schwerpunkte und Konzepte, und ich bin der Überzeugung, dass das sozialdemokratische Programm für das Europa der Zukunft das Richtige ist.

Doch ich bin der Meinung, dass wir uns bei aller unterschiedlichen Auffassung in einer Sache einig sind, nämlich dass am 25. Mai nationalistische und offen antidemokratische Kräfte im Europäischen Parlament nicht stärker werden dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Laut einer Studie des Thinktanks Deutsche Bank könnte uns das nämlich drohen; diese Kräfte könnten in Europa auf 27 % kommen. Um das zu verhindern, sind wir alle aufgefordert, im Endspurt des Wahl-

kampfs nicht mit Schlamm- und Beschimpfungskampagnen zu arbeiten, sondern für Europa zu werben. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege Dr. Förster. Als Nächster hat der Kollege Dr. Franz Rieger von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Europäische Union hat in den gut fünfeinhalb Jahrzehnten ihrer Existenz viel erreicht. Sie ist zweifelsohne eine der großen Erfolgsgeschichten des 20. Jahrhunderts, eines Jahrhunderts, das mit zwei Weltkriegen unsägliches Leid und Zerstörung über unseren Kontinent gebracht hat. Die europäische Einigung ist das größte Friedenswerk der Nachkriegsgeschichte und hat viel zu Wohlstand und Erfolg auch in Bayern beigetragen.

Das führt uns auch und gerade das historische Jahr 2014 vor Augen, das Jahr, in dem sich der Ausbruch des Ersten Weltkriegs zum 100. Mal jährt, das Jahr, in dem sich der Beginn des Zweiten Weltkriegs zum 75. Mal jährt und das Jahr, in dem der Fall der Berliner Mauer genau 25 Jahre her ist. Allein diese drei Ereignisse sind uns Mahnung und Ansporn zugleich. Meine Damen und Herren, deshalb steht auch im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung: "Das europäische Einigungswerk bleibt die wichtigste Aufgabe Deutschlands." Diese Aufgabe hatten wir als CSU genauso wie die Bayerische Staatsregierung seit jeher im Blick. Wir haben die europäische Einigung seit Bestehen der EU konstruktiv und positiv mitgestaltet und werden dies auch weiterhin tun.

Die Einheit Europas ist aber heute nicht mehr nur eine Frage von Krieg und Frieden. Wir dürfen die Europäische Union heute nicht mehr allein historisch, sondern müssen sie auch mit der Zukunft begründen. Vom europäischen Staatenbund wird erwartet, dass er in der Lage ist, den Herausforderungen der Zukunft, vor allem und gerade auch der Globalisierung zu begegnen. Deshalb geht es bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union in den nächsten Jahren darum, das hohe Wohlstandsniveau Europas auf sozialem, ökologischem und kulturellem Gebiet durch gemeinsames Wirtschaften, Forschen sowie durch eine starke Währungs- und Handelsunion zu sichern.

Bayern befindet sich seit dem Fall des Eisernen Vorhangs und spätestens seit dem Beitritt der osteuropäischen Staaten zur Europäischen Union im Jahre 2004 im Herzen Europas und ist zur Drehscheibe Europas geworden. Die bayerischen Außenhandelsdaten zei-

gen, dass der Handel mit den EU-Staaten mehr als die Hälfte, letztes Jahr 55 %, des gesamten bayerischen Handelsvolumens ausmacht. Unter den zehn wichtigsten bayerischen Handelspartnern in Europa sind drei Länder aus dem früheren Ostblock, die erst seit 2004 dabei sind und für Bayern ganz neue Märkte eröffnen – das sind die Tschechische Republik, Polen und Ungarn. Mit den zehn Staaten, die 2004 beigetreten sind, hat sich das Handelsvolumen in den letzten zehn Jahren von 22 Milliarden Euro auf 40 Milliarden Euro erhöht und damit fast verdoppelt. Wir wollen und brauchen daher die europäische Integration.

Wir wollen aber ein Europa der Regionen und keinen europäischen Zentralstaat. Nationen und Regionen gehören zur Identität Europas und müssen in einem Europa der Zukunft einen festen Platz haben. Das Europa der Zukunft braucht starke und eigenständige Regionen. Nur so wird Europa wieder zu einem echten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Damit Europa und seine Regionen stark bleiben, meine Damen und Herren, lehnen wir eine Aufweichung der Euro-Stabilitätskriterien strikt und nachdrücklich ab. Europa darf keine Schuldenunion werden,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist es schon!)

sondern muss seinen Weg in Richtung einer Stabilitätsunion fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Nur so sichern wir die Chancen und das Wachstum auch für unsere zukünftigen Generationen. Wir wollen ein Europa, das wirtschaftliche Stärke befördert, Arbeitsplätze schützt und Zukunftstechnologien gemeinsam voranbringt. Die Sanierung der Staatshaushalte in den Schuldenstaaten hat oberste Priorität. Krisenstaaten dürfen auch künftig nur Hilfe bekommen, wenn sie im Gegenzug dazu Reformen durchführen und ihre Schulden abbauen.

(Beifall bei der CSU)

Jedes Mitglied der Euro-Zone muss Haushaltsdisziplin zeigen und die Staatsverschuldung nachhaltig reduzieren, und vor allem müssen die bestehenden Stabilitätsregeln, die ja vorhanden sind, unangetastet bleiben. Die vorhandenen Instrumente vor allem des verschärften Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie des Fiskalpaktes müssen von der EU-Kommission und dem Rat konsequent angewendet werden. Eurobonds und eine Vergemeinschaftung der Staatsschul-

den, meine Damen und Herren, sind strikt abzulehnen und gibt es mit uns nicht.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Europäische Zentralbank muss sich künftig wieder allein dem Ziel der Geldwertstabilität widmen. Eine Finanzierung der Krisenstaaten über die Notenpresse lehnen wir strikt ab. Deutsche Sparer und deutsche Banken dürfen auch nicht zur Haftung für andere europäische Banken herangezogen werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Können Sie einmal ausführen, wofür Sie sind?)

Bayern ist eine der attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas und bestrebt, als erstes Land in Europa schuldenfrei zu sein und damit ein Vorbild für die Überwindung der Schuldenkrise zu geben. Deutschland und insbesondere Bayern haben frühzeitig und mit aller Schärfe darauf gedrängt, dass Europa keine Schuldenunion werden darf. Meine Damen und Herren, seitdem hat es merkbare Fortschritte im Kampf gegen die Verschuldung in Europa gegeben. Diese Politik muss uneingeschränkt weitergeführt werden. Das oberste Ziel einer gemeinsamen Währungspolitik muss die Stabilität unserer Währung, die Stabilität des Euro sein. Eine Aufweichung der Stabilitätsregeln ist der falsche Weg.

Die deutsche und insbesondere die bayerische Wirtschaft ist eine der wettbewerbsfähigsten und innovativsten der Welt, die global bestehen muss. Die Antwort Europas kann nicht sein, Deutschland dafür zu kritisieren oder Deutschland deswegen sogar zu bremsen – die Antwort muss vielmehr sein, dass sich unsere europäischen Nachbarländer anstrengen und selbst wettbewerbsfähiger werden. Auch in Europa gilt: Man hilft den Schwachen nicht, indem man die Starken schwächt.

Meine Damen und Herren, neben einem wirtschaftlich gesunden und starken Europa brauchen wir aber darüber hinaus auch ein Europa der Bürger. Wir brauchen das gerade deshalb, weil Europa bisher oft als Projekt der Eliten empfunden wurde. Europa muss aber ein Projekt der Bevölkerung werden. Es muss die Menschen nicht nur mitnehmen, sondern direkt einbinden. Deshalb ist es uns als CSU auch ein unglaublich wichtiges Anliegen, das Volk direkt mitstimmen zu lassen. Wir wollen Volksabstimmungen bei wichtigen europäischen Fragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das stimmt doch gar nicht!)

Genauso wichtig für eine größere Akzeptanz der EU ist auch das Bekenntnis zu unseren christlichen Wer-

ten, zu unserer abendländischen Kultur sowie zur sprachlichen und kulturellen Vielfalt.

(Beifall bei der CSU)

Dazu gehört vor allem auch die häufigere und konsequentere Verwendung der deutschen Sprache in den EU-Institutionen.

Meine Damen und Herren, ein gelebtes Europa, ein Europa der Bürger kann man nicht allein durch Verträge oder Regulierungen schaffen. Ein Europa der Bürger muss in den Herzen der Menschen entstehen und wachsen. Dafür stehen wir als CSU. Wir brauchen nicht mehr Europa, sondern ein besseres Europa, das heißt, ein transparenteres und bürgernahes Europa. Das ist unser Ziel. Dann wird Europa auch weiterhin das großartige Friedenswerk sein, zu dem es in den letzten Jahrzehnten geworden ist. Das vereinte Europa wird vor allem auch eines sein: nämlich stets im Dienst und zum Wohle der Menschen auf unserem Kontinent. Das wollen wir alle.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Hubert Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über das Thema Europa, und das ist gut so. Wir sollten das öfters tun. Wir sollten öfter darüber diskutieren, wie sich Entscheidungen aus Brüssel auf unsere Heimat auswirken und wie wir an einem Europa konstruktiv mitarbeiten können, dem ich gerne den Arbeitstitel "Gebt den Bürgern ihr Europa zurück" verpassen will. Denn der Punkt ist, dass die Bürger zwar zu Europa stehen, aber häufig nicht mehr mitgehen, weil sie sehen, dass im Namen Europas politischer Trickbetrug betrieben wird, wenn es heißt: Du musst für den Euro-Rettungsschirm die Hand heben, weil sonst Europa in Gefahr wäre. Dieses Wegbewegen von den Maastricht-Kriterien, die damals besagten, jeder haftet für seine Schulden selbst, wäre jetzt dringend nötig, um die Eurozone und den Frieden Europas zu retten. Genauso billig ist jetzt der Versuch aufseiten der Union, die SPD abzustempeln mit der Aussage: Ihr müsst klarstellen, wie ihr zu Eurobonds steht.

Sie brauchen die Eurobonds gar nicht mehr, um eine Schuldengemeinschaft auf den Weg zu bringen. Wir sind mittendrin, weil über den Rettungsschirm und über die EZB de facto bereits eine Gemeinschaftshaftung besteht. Das wissen Sie auch. Das wissen auch die Bürger draußen. Deshalb ist hier die Botschaft der FREIEN WÄHLER ganz klar, zu soliden Kriterien zu-

rückzukehren und der Finanzindustrie keine bloße rote Linie zu zeichnen, sondern endlich einmal eine rote Wand aufzustellen. Denn, meine Damen und Herren, wir wissen von Kindesalter an, dass über Linien drübergesprungen worden ist. Deshalb braucht man hier eine Wand, damit die Herren, die jetzt schon wieder fröhliche Urständ feiern, nicht in wenigen Monaten und Jahren wiederkommen und sagen werden: Wir müssen weiter mit Milliarden versorgt werden, damit der Laden weiterläuft.

Europa wird nicht infrage gestellt. Ich glaube, es gibt in diesem Saal – nicht einmal in diesem Land – kaum jemanden, der radikal gegen Europa ist. Das ist eine Minderheit im Promillebereich. Die Definition macht es aus. Wir müssen uns politisch zutrauen, Fehlentwicklungen, die im europäischen Namen passieren, den Schleier herunterzuziehen und zu fragen: Ist das denn im Sinne Europas, oder trägt es nur die Überschrift "Europa", um den kleinen Bürger einzuschüchtern und damit zum Mitmachen bei Themen zu bewegen, bei denen er eigentlich anderer Meinung ist?

Wenn Sie von Volksabstimmungen zu Europa reden, ist das leider Gottes nicht mehr als eine billige Wahlkampfpatrone. Sie, die Sie in Bayern noch den Bürgerentscheid zur dritten Startbahn infrage stellen und sagen, wir bauen sie trotzdem, Sie, die Sie sagen, wir machen in Bayern eine Volksabstimmung, aber nicht mit Entscheidungskompetenz, sondern nur als eine Art TED-Umfrage, um zu wissen, was das Volk so denkt, Sie suggerieren dem Wähler, Sie wollten zu europapolitischen Themen ernsthaft eine Abstimmung durchführen. Das ist leider Gottes nicht der Fall.

Wir fordern Sie auf – hier ist Schwarz wie Rot gefordert, Sie bestimmen das Handlungsregime zum europäischen Freihandelsabkommen mit Amerika –, diese Debatte in die Öffentlichkeit zu bringen und das Ganze nicht von einem Handelskommissar und ein paar Spitzenbeamten abwickeln zu lassen, sondern die Bevölkerung einzubinden. Sie werden sehen: Sie müssen mit den Menschen diskutieren. Wir FREIEN WÄHLER sind dafür, am Ende dem Souverän, dem Volk, dieses Machwerk zur Abstimmung vorzulegen. Dann kann es eben sein, dass man in der Autoindustrie die gleiche Blinkerfarbe bekommt. Aber die Bürger wollen im Gegenzug nicht das Chlorhühnchen auf den Tisch bekommen. Dann wird sich Ihr Freihandelsabkommen eben auf die Themen beschränken, die mehrheitsfähig und sinnvoll sind, wobei am Ende nicht Dinge mit eingekauft werden, die wir gar nicht wollen.

Lassen Sie hier das Volk mitreden und am Ende hierüber auch abstimmen. Das ist mein Appell an Sie. Ansonsten durchschaut der Bürger das Theaterspiel,

bei dem Sie immer zwei Spielkarten in der Jackentasche haben. Je nach Volk, das Sie gerade vor sich haben, ist Europa mal eine Ansammlung der Flaschenmannschaft – "Hurra, Schenkelklopfer", sagt jemand anderes, und ähnliche Sprüche –, mal eine Verantwortungs- und Friedensgemeinschaft. Am Ende wird dann der Frieden zitiert. Dann muss jeder, der irgendetwas kritisiert, in Deckung gehen, weil er sich sonst gegen Europa versündigt. Je nach Gefechtslage wird also mal munter drauflos kritisiert oder der große Heilsbringer Europa an die Wand gemalt. Die Wahrheit liegt in der Mitte.

Die Bürger wollen Europa und stehen zu Europa. Aber die Bürger stehen zu einem Europa der Bürger – nicht zu einem Europa der Lobbyisten und Konzerne. Wenn wir das gemeinsam vernünftig auf den Weg bringen, hat dieses Europa Zukunft. Ansonsten wenden sich die Menschen von Europa ab. Momentan sind wir genau auf der Wegmarke, wo wir noch beide Wege beschreiten können. Ich appelliere an Sie, den Bürgerweg zu beschreiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Ludwig Hartmann vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist absolut unstrittig, dass die europäische Einigung eine Erfolgsgeschichte ist. Es ist auch absolut unstrittig, dass wir auf diesem Kontinent den Nationalismus und vor allem die mörderischen Kriege, die uns im letzten Jahrhundert immer wieder begleitet haben, überwunden haben.

Ich möchte aber gleich am Anfang auf folgenden Punkt eingehen: Das europäische Projekt ist für junge Menschen in den letzten zehn Jahren eine Selbstverständlichkeit geworden. Selbstverständlich ist etwa, dass man ein paar Jahre im Ausland studiert – es muss nicht immer die deutsche Hochschule sein –, dort lebt oder zur Ausbildung ins Ausland geht, dort arbeitet und später wieder zurückkommt. Das ist ganz wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, entscheiden zu können, in welchem europäischen Land man seinem Arbeitsweg gehen möchte.

Unstrittig ist auch die Bedeutung der offenen Grenzen, des freien Warenflusses, aber auch der gemeinsamen Währung. Sie ist ein großer Garant für den Wohlstand in Bayern. Wir haben viele Unternehmen,

die vom Export in EU-Staaten gewaltig profitieren. Das muss deutlich gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich freue mich, dass die SPD heute diesen Titel für die Aktuelle Stunde gewählt hat. Wer sich die Rede des CSU-Kollegen Dr. Rieger angehört hat, guckt sich fast schon lieber den Werbespot des Ministerpräsidenten an, der um einiges europafreundlicher ist. Wie ich heute "Spiegel Online" entnehmen konnte – es gibt auch eine Uncut Version, die noch europafreundlicher wirkt –, ist das erst einmal positiv. Es scheint, als hätte es die Attacken der CSU-Kolleginnen und CSU-Kollegen auf die Europa-Union und auf den SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz nie gegeben. Aber die Hoffnung, dass es besser wird, ist nicht sehr begründet; denn aktuell steht die europäische Einigung nicht gerade auf festem Grund. Das gilt nicht nur wegen der rechten Parteien und der neuen populistischen Parteien, sondern bis weit in konservative Parteien hinein werden Vorurteile gegenüber EU-Staaten geschürt. Auf Mitgliedstaaten, die wirklich vor gewaltigen wirtschaftlichen Herausforderungen stehen, die für uns unvorstellbare wirtschaftliche Probleme und eine Jugendarbeitslosigkeit von über 60 % haben, wird herabgeschaut und gesagt, wie sie Politik betreiben sollen.

In Europa wächst vor allem in den südlichen europäischen Staaten eine junge Generation heran, die in den Medien bereits als verlorene Generation bezeichnet wird. Es ist jetzt an der Zeit, dass Europa zeigen muss: Wir sind mehr als eine bessere Freihandelszone.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer das Wahlprogramm der CSU zur Europawahl überfliegt und heute die Rede und den Werbespot des Ministerpräsidenten gehört hat, kann in Bezug auf das Wahlkampfkonzept Gerhard Polt zitieren: "Ein klares Ja zum Nein zu Europa."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt nicht auf alle Punkte eingehen, die in den letzten Wochen im Zuge des Europawahlkampfes diskutiert worden sind, sondern nur einen Bereich erwähnen, der mich erschreckt und erstaunt hat: Wer das Wahlprogramm der CSU liest, stellt immer wieder fest, dass Sie vom EU-Ausländer sprechen.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist das Beste!)

– Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, EU-Bürger sind Bürgerinnen und Bürger wie Sie und ich. Es sind

EU-Bürger und keine EU-Ausländer, von denen wir hier sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Einer Partei, die EU-Bürger als EU-Ausländer abstempelt, fehlt es nicht nur an einer Vision für Europa; die CSU ist und bleibt auch eine bayerische Provinzpartei, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CSU.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Lachen bei der CSU)

Es ist vollkommen richtig, was die Vorredner gesagt haben. Dem kann man sich anschließen. Wir alle wissen, dass die europäische Einigung nicht frei von kritikwürdigen Begleiterscheinungen ist. Kritik ist in vielen Bereichen angebracht. Darüber muss offen diskutiert, auch gestritten werden. Mit breiter Bürgerbeteiligung wollen wir dafür sorgen, dass Europa nicht eine Veranstaltung der Regierungen der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission, sondern der Bürgerinnen und Bürger ist. Richtig ist auch: Europa braucht mehr Transparenz und weniger Entscheidungen in Hinterzimmern, mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und weniger Einfluss von Lobbyisten. Vor allem muss uns die europäische Einigung eine Herzensangelegenheit sein; sie darf nicht auf einen technischen Prozess reduziert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Für uns ist Europa eine Wertegemeinschaft, nicht nur eine bessere Freihandelszone.

Am Schluss möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der uns von der Regierungspartei deutlich unterscheidet. Wenn Sie von der CSU Probleme mit Entscheidungen in Europa haben, dann schimpfen Sie meist pauschal auf die EU, statt sich vor Ort dafür einzusetzen, dass die Entscheidungen anders gefällt werden. Beispiele sind die Gentechnik, die Privatisierung der Trinkwasserversorgung und das Freihandelsabkommen mit den USA. Entscheiden Sie in Europa richtig mit! Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat Frau Kollegin Mechthilde Wittmann von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Mechthilde Wittmann (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Ja, ein

Europa der Bürger – genau das wollen wir. In einem Punkt teile ich die Auffassung meines Vorredners: Die Bürger, die noch relativ jung sind, haben nichts anderes erlebt als ein Europa ohne Grenzen und ohne Hindernisse, ein Europa, in dem die Kommunikation zwischen Bürgern unterschiedlicher Mitgliedstaaten etwas Selbstverständliches ist. Genau diese Bürger erwarten von uns, dass wir Europa so entwickeln, dass alle Menschen möglichst gute Lebensbedingungen haben.

Wir hatten mit dem Vertrag von Amsterdam begonnen, Europa auszuweiten, um dessen Attraktivität auch anderen Ländern zugänglich zu machen. Im Vertrag von Nizza haben wir nachgearbeitet. Ziel ist es gewesen, die europäischen Institutionen so zu reformieren, dass sie in der Lage sind, die Aufnahme neuer Länder tatsächlich zu realisieren und dennoch nahe am Bürger zu bleiben. In der Präambel des Vertrages von Lissabon ist schließlich die Absicht festgehalten worden, Europa noch demokratischer zu gestalten.

Im Vertrag von Lissabon ist uns die Demokratisierung Europas nicht gelungen. In dieser Einschätzung sind wir uns sicherlich alle einig. Wir haben mit dem Vertrag von Lissabon nicht nur das Ziel verfehlt, die Demokratie von den europäischen Institutionen näher zum Bürger zu bringen; wir haben auch nicht erreicht, die Effizienz europäischer Verfahren zu erhöhen.

Stattdessen ist uns wohl ein Fehler unterlaufen: Wir wollten Hoheitsrechte unserer nationalen Parlamente abgeben. Das Bundesverfassungsgericht hat uns gesagt: Das dürft ihr so weit, wie die eigene Souveränität nicht berührt ist. Im vereinfachten Gesetzgebungsverfahren, das gegenwärtig in Europa Anwendung findet – mit Hilfe von Brückenklauseln können wir es auch auf einigen Feldern einführen, die wir diesem Verfahren bislang nicht unterworfen haben –, haben wir als nationale Einheiten nichts mehr beizutragen oder einzubringen. Insoweit sind wir einen Schritt zu weit gegangen. Genau das hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt.

Es hat ferner klargestellt, dass es gilt, das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung zu wahren. Dieses Prinzip geben wir auf, wenn wir es zulassen, dass das Verfahren der begrenzten Einzelermächtigung immer mehr ausgeweitet wird bzw. eine einmal gegebene Ermächtigung ständig erweitert wird. Das sollten wir nicht fortsetzen. Wenn wir Europa für alle Bürger, auch für die jungen Menschen, wieder greifbar machen wollen, wenn wir tatsächlich dazu kommen wollen, dass die Bürger näher dran an den Entscheidungsprozessen sind, dann müssen wir Bürokratie abbauen, die delegierten Rechtsakte in das Parla-

ment zurückholen und uns selbst intensiver einbringen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Das bedeutet auch, das Prinzip der Subsidiarität wirklich wieder zu leben. Wir können vieles in unseren Regionen selbst regeln, weil wir wissen, was für unsere Regionen wichtig und richtig ist.

(Beifall bei der CSU)

Es gilt, wieder die altbairischen Worte "Best Practice" und "Peer Support" zur Geltung zu bringen. Auch andere Länder wollen Subsidiarität leben. Lassen Sie uns das, was wir gut können, dorthin transferieren und gleichzeitig das, was dort gut läuft, bei uns übernehmen. Last but not least: Lassen Sie uns den Ausschuss der Regionen – ursprünglich eine bayerische Idee – weiterentwickeln, damit er zu der Institution wird, die er sein soll. Dort sollen die Regionen Europas ihre jeweiligen Stärken einbringen. Wir müssen zu echter Subsidiarität kommen. Die Regionen brauchen insoweit ein echtes Vetorecht. Wenn uns das gelingt, sind wir näher dran an Europa, und wir werden aus unseren Bürgern wieder glühende Europäer machen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Kollege Hans-Ulrich Pfaffmann von der Fraktion der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Sie sind in einer doppelten Koalition! Das möchte ich Ihnen nur sagen!)

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): - Herr Seehofer, Sie sind aber daran nicht beteiligt. Das ist eine kommunale Koalition.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das glauben aber auch nur Sie, dass er nicht beteiligt ist!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir sind gespannt auf Ihre Worte, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Danke schön. Das freut mich. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant, dass alle Redner betont haben, wie wichtig ihnen Europa sei. Auch ich meine, Europa ist sehr wichtig. Das Europa, das wir heute kennen, ist Ergebnis eines langen Prozesses. Ich habe niemanden gehört, der Europa abschaffen will; auch das stimmt. Jeder bringt seine Vorschläge ein, jeder hat seine Ideen und Überzeugungen.

Es ist recht einfach zu fordern: "Wir brauchen ein Europa der Bürger!" Auch wir sind dieser Meinung. Ich hätte mir allerdings mehr Aussagen zur konkreten Ausgestaltung gewünscht. Welche politischen Entscheidungen sind zu treffen, um ein Europa für die Bürger zu generieren? - Meine Damen und Herren, ich nutze an dieser Stelle die Gelegenheit, meinem Ärger Ausdruck zu verleihen. Europa ist bei uns seit dem Zweiten Weltkrieg der Garant für den Frieden. Das stimmt, das sagen alle. Europa ist ein Garant der Stabilität. Ja, auch das stimmt. Wir alle loben Europa über den grünen Klee. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite hört man in der politischen Debatte folgende Kommentare: Ein Repräsentant Europas, Martin Schulz, ist angeblich Geschäftsführer von Schlepperbanden. Ein anderer, Herr Gauweiler, erklärt, die Europäische Kommission sei eine "Flaschenmannschaft", die ganz Europa durcheinanderbringe. Man hört Schlagworte wie "Sozialtourismus". Herr Seehofer sagt, wir wollten nicht zum Sozialamt Europas werden. Sätze wie "Wer betrügt, der fliegt" gehen durch die politische Diskussion. - Meine Damen und Herren, glauben Sie wirklich, mit einer solchen Rhetorik könnten wir die Akzeptanz Europas bei den Bürgern fördern? Ich glaube das nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage es ganz offen: Es ist unnötig, eine Diskussion über Kruzifixe oder Glaubenssymbole in Kirchen zu führen.

(Zuruf von der CSU)

- Ja, das ist unnötig. Ich sage das. Die Kommission hat dafür keine Zuständigkeit. Das zu sagen, gehört zur Ehrlichkeit dazu. Eine solche Diskussion ist nicht erforderlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Was solche Rhetorik in der politischen Auseinandersetzung angeht, steht die CSU auf meiner Liste meist an erster Stelle.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Ausschließlich!)

- Fast ausschließlich, stimmt. – Wer sich so äußert, fördert ein Europa der Bürger nicht. Es ist schon heuchlerisch, wenn man auf der einen Seite ein Europa der Bürger will und Europa auf der anderen Seite mit Kampfrhetorik bei den Bürgern gewissermaßen schlechtredet. Das fördert Europa nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich will einen weiteren Aspekt in die Diskussion einbringen. Was lesen die Bürgerinnen und Bürger, die 400 Millionen Europäerinnen und Europäer in den

verschiedenen Ländern, wenn sie die Zeitungen aufschlagen? Was hören sie, wenn sie im Radio Debatten zu Europa verfolgen? Sie hören: Schuldenkrise, Finanzmärkte, Bankenrettung, Stabilität, Eurobonds, Regulierung, Schuldengemeinschaft und vieles andere. Glauben Sie, dass die Menschen das noch akzeptieren wollen? Nein, das glaube ich nicht. Deswegen muss – die Gelegenheit besteht am nächsten Sonntag – der Wirtschafts- und Währungsunion in Europa der letzten Jahre endlich eine Sozialunion folgen. Ich glaube, Europa wird von den Menschen nur akzeptiert, wenn sie feststellen: Das ist nicht nur eine Institution für Großbanken, in der Milliarden hin- und geschoben werden. Das ist ein Land, ein Gebiet, ein Projekt, in dem soziale Stabilität herrscht und jungen Arbeitslosen geholfen wird und in dem nicht nur Rettungsschirme für Banken aufgespannt werden. Dort hilft man Familien und Rentnern und schafft soziale Sicherheit. Auf der politischen Ebene wird dies auch so gefordert.

Wir haben die Ära der Wirtschafts- und Währungsunion der letzten 10 oder 15 Jahre hinter uns. Wenn das alle parteiübergreifend wünschen, bin ich dafür, dass in den nächsten 15 Jahren die Ära Sozialunion folgt.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dann wird Europa zu einem Europa der Herzen. Dann wird Europa zu einem Europa der Bürger.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kein Mensch hat behauptet, dass es einen Dissens in der Frage der Regionen gibt. Nein, wir wollen auch nicht, dass die Kultur, die Vielfalt, die Wirtschaft und die örtlichen Betriebe durch Europa domestiziert werden. Das wollen wir auch nicht. Das ändert man nicht, indem man dies immer wieder betont. Man ändert das, indem man dafür sorgt, dass Europa akzeptiert wird. Das wäre eine allgemeine politische Aufgabe. Daran sollten wir arbeiten.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir überlegt, was ich inhaltlich noch alles sagen kann, weil die Kollegen Dr. Franz Rieger und Mechthilde Wittmann eigentlich alles gesagt haben. Ich bin über die Äußerung von Herrn Pfaffmann verwundert, der gesagt hat, er wolle es noch einmal ein Stück konkreter haben.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube, wir waren konkret genug. Ich finde das gerade vor einer Europawahl schwierig, weil wir über folgende Fragen diskutieren müssen: Woher kommen diese wirtschaftlichen Ungleichgewichte? Woher kommt der Unmut? Ich glaube schon, dass wir die richtigen Fragen stellen dürfen, ohne uns ausschimpfen lassen zu müssen, weil wir diese Fragen stellen; denn die Fragen sind wichtig. Das wissen Sie auch. Ich kann nur etwas weiterentwickeln, wenn ich bereit bin, kritische Fragen zu stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Diese Wahl ist besonders wichtig, weil die Kommission auf der einen und das Europäische Parlament auf der anderen Seite vor wichtigen Entscheidungen stehen. Wir diskutieren über die Erweiterung des Vertrags von Lissabon. Wir diskutieren über die Frage: Wer soll die Kommission vertreten? Es ist schon entscheidend, wer gewählt wird und wer uns vertritt. Herr Förster, Ihre Entschuldigung in allen Ehren, aber ich habe mir gestern Abend bewusst noch einmal Ihre Rede angehört. Ich wollte Sie einfach noch einmal genießen. Ich muss sagen, es ist ein Hammer, dass Sie eine große Volkspartei, die einzige Volkspartei in Bayern, so verunglimpfen, wie Sie das getan haben.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich möchte Ihnen ebenfalls sagen, dass eine Entschuldigung nicht besser wird, wenn man einen anderen dabei angreift. Insofern ist das wirklich mehr als schwierig.

Im Übrigen macht Ihr Kandidat, Herr Schulz, das Gleiche, indem er sagt: Kreuze in Räumen sind konservativ und rückwärtsgewandt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das sagt er nicht!
– Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich habe Ihnen das wörtliche Zitat mitgebracht. Das kann ich Ihnen gerne nachher geben. Im Übrigen hat Ihr ehemaliger Kollege, Herr Maget, heute in der Zeitung sehr deutlich formuliert, dass er das gleiche Problem sieht. Er schreibt, er wundere sich, dass EU-Parlamentskandidat Schulz dieses Thema angesprochen habe. Des Weiteren sagt er, er könne sich in Bayern keinen Berggipfel ohne ein Kreuz vorstellen. Er verstehe nicht, warum die Debatte so geführt werde.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen finde ich es schwierig, weil diese Entscheidung bekanntlich in den Mitgliedstaaten getroffen wird. Ich glaube, das wurde gerade schon von Herrn Kollegen Pfaffmann ausgeführt. Deswegen weiß ich nicht, warum er diesen Punkt auf diese Weise aufgreift. Dafür gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder weiß er es nicht, oder er verkauft an dieser Stelle unsere christlichen Werte. Das geht nun mal nicht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ich bin sehr froh, wenn junge Menschen christliche Werte leben und sich diesen nähern. Ich kann mir Räume ohne Kreuze nicht vorstellen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Der europäische Gedanke wurde von ganz vielen Menschen vorwärtsgebracht, sowohl von Sozialdemokraten als auch von CSU-lern. Sie haben für Frieden, Freiheit und Toleranz gekämpft.

(Unruhe)

Alle haben dieses Wertefundament. Genau deswegen sage ich: Martin Schulz hat sich mit seinen Aussagen disqualifiziert.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Wir sind stolz auf "Made in Germany". Wir sind stolz darauf, als Partei weiterhin die bayerischen Interessen zu vertreten.

Zum Abschluss zitiere ich aus dem "Südkurier" vom 17. Mai. Die Überschrift lautet: "Europawahl: Kein Kreuz für Martin Schulz". Ich finde, das muss am nächsten Sonntag entsprechend gewürdigt werden.

(Beifall bei der CSU)

Herr Förster ist Musiker. Keine Sorge, ich werde nicht anfangen zu singen. Das überlasse ich an der Stelle Frau Nahles. Ich möchte es noch einmal deutlich sagen. Die Kollegen können an der Stelle gerne mit-helfen: Kein Kreuz für Martin Schulz. Kein Kreuz für Martin Schulz!

(Widerspruch bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Können wir uns bitte wieder beruhigen?

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das müssen wir immer wieder rufen.

(Beifall bei der CSU – Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wenn sich die Unmutsäußerungen beruhigen, erteile ich Georg Rosenthal von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Georg Rosenthal (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gerade haben wir erlebt, wie man über das Thema Europa sicherlich nicht sprechen und diskutieren sollte. Über den Kern sind wir uns eigentlich einig: Es ist kein Europa der Ökonomen. Deswegen haben wir Europa zu Recht als Europa der Bürger, als Europa der Demokratie bezeichnet. Der Erste Weltkrieg war der Wendepunkt der europäischen Idee. Eine Epoche ging zu Ende, aber aus der kulturellen Identität und der kulturellen Kraft Europas entstand ein Einigungsprozess, auch wenn dieser durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft brutal verhindert und verändert wurde.

Wir können aus dieser Zeit lernen, dass ökonomische Verflechtungen ein Europa nicht verhindern, das in kriegerischer Auseinandersetzung verwickelt ist. Das Europa der Bürger ist ein Europa, das in den Herzen und in der Empathie der Menschen entstehen und sich festigen muss. Das hat die Idee am Anfang auch getan. Was wir jetzt hier erlebt haben, ist nicht das, was Europa braucht.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, wenn man zitiert, sollte man auch sauber zitieren.

(Beifall bei der SPD)

Gott sei Dank braucht Martin Schulz nicht Ihr Kreuzchen, sondern er wird viele andere Kreuzchen bekommen, weil er für ein emotionales Europa steht, für ein Europa, das die kulturelle Identität sprechen lässt. Denn auf unserem kulturellen Erbe bauen wir auf, und auf seiner Grundlage haben wir immer wieder Krisen bewältigt. Zahlen, Zeichen und wirtschaftliche Prosperität sind wichtig, aber sie genügen nicht, um Teilhabe zu organisieren und politische Prozesse zu verstehen: Meinen Sie, dass die Debatte, die Sie eben angezettelt haben, irgendein Bürger nachvollziehen kann?

(Beifall bei der SPD)

In der aktuellen Presse wird das Zitat einer hochgestellten Persönlichkeit wie folgt wiedergegeben:

Dieser Buchhändler aus Würselen, den keine Sau in Europa kannte, bis ihn ein durchgeknallter Lustgreis ... beschimpft hat.

An dieser Veranstaltung hat auch Markus Ferber teilgenommen. Ich habe nicht gehört, dass er aufgestanden ist und gesagt hat: Herr Imkamp, das geht zu weit.- Das hätte ich mir gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Kein Kontinent der Erde hat in Jahrtausenden auf so einem kleinen Raum eine derart vielfältige kulturelle Landschaft entwickelt. Daraus hat Europa immer wieder Kraft geschöpft. Diese Kraft war so groß, dass es damit auch andere Kontinente beerben konnte. Es gilt, diesen Kulturraum Europa zu stärken und wieder mit Leben zu erfüllen. Dazu ist ein grenzüberschreitender Dialog notwendig, aber es ist auch notwendig, die Ideen und die kulturelle Identität anderer Länder und Regionen verstehen zu wollen. Wenn ich den Dialog aufmerksam genug verfolgt habe, gelange ich zu dem Schluss, dass wir in dieser Hinsicht einen gehörigen Nachholbedarf haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir können auch lernen, dass die Kultur in Krisenzeiten ihre identitäts- und gemeinschaftsstiftende Kraft immer wieder entwickelt hat. Darauf sollten wir uns besinnen, wenn wir über ein Europa der Bürger reden, über ein Europa der demokratischen Formen. Wir sollten uns auch immer wieder darauf besinnen, dem Europa der Ökonomen diese identitätsstiftende Kraft der europäischen Kultur entgegenzustellen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Staatsministerin Dr. Beate Merk das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße den Konsens, dass die Bedeutung Europas für uns alle unbestritten ist. Wir wollen und brauchen ein besseres Europa. Wir brauchen mehr Diskussionen, wie wir sie in den vergangenen Wochen geführt haben; ich bedanke mich bei all denen, die sich darin eingebracht haben. Wir müssen Europa hier in diesem Haus einen Platz einräumen. - Unbestritten ist aber auch das Akzeptanzproblem, das heute immer wieder angesprochen worden ist. Sowohl Herr Kollege Förster als auch die Kollegen von der CSU, Herr Rieger, Frau Wittmann und Frau Schreyer-Stäblein, haben dazu Beispiele angeführt.

(Zuruf von der SPD: Die Letzte wohl nicht!)

Deshalb müssen wir uns dem Problem stellen und Europa gemeinsam zukunftsfest machen. Ich habe die nötigen Schritte für ein besseres Europa aus Sicht der Staatsregierung in meiner Regierungserklärung vor diesem Hohen Haus dargestellt. Wir haben hier darüber intensiv und gut diskutiert. Viele dieser Vorschläge sind heute in den Reden wieder aufgeschrieben.

Ehrlicherweise muss ich hinzufügen, dass manche Vorschläge nicht zu dem Ziel führen, was wir uns vorstellen. Sie sprechen von einer Sozialunion. In diesem Zusammenhang muss vieles aufgeklärt werden. Was bedeutet denn Sozialunion? Per se ist das zwar ein schönes Wort, aber wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch erklären, was es bedeutet, und das haben Sie nicht getan. Sie reden von einer europäischen Arbeitslosenversicherung und der Vereinheitlichung historisch gewachsener nationaler Sozialsysteme. Wer die Europäische Union für die Fehler der nationalen Sozialpolitik von anderen Mitgliedstaaten verantwortlich macht, trägt als Erster zum Akzeptanzverlust bei.

(Beifall bei der CSU)

Was wäre denn passiert, wenn wir Ihrem Vorschlag gefolgt wären, Eurobonds einzuführen? Diesem Vorschlag zufolge tragen die sieben kräftigsten und stabilsten Euroländer das Zinsrisiko für die übrigen Euroländer mit. Das hätte bedeutet, dass Deutschland zwei Prozentpunkte mehr an Zinsen, das sind 47 Milliarden Euro pro Jahr, hätte aufbringen müssen. Außerdem hatten Sie die Idee einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Eine solche Versicherung bedeutet nichts anderes, als dass die Staaten mit wenig Arbeitslosen die Kosten der hohen Arbeitslosigkeit in anderen Staaten mit übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Letztlich müssten dadurch die Versicherungsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung in Deutschland massiv ansteigen. Sollen wir wirklich die Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland künftig die Arbeitslosigkeit in Europa mitfinanzieren lassen? Ist das der richtige Weg? – Ich sage: Nein. Es ist sehr wichtig, zu verdeutlichen, dass die Wege, die wir gegangen sind, der Druck und die Hilfen zur Selbsthilfe der richtige Weg waren. All das hat den Menschen geholfen.

Sie haben die Euro-Rettungspolitik angegriffen. Sie drücken hier die Augen fest zu, um die Erfolge nicht zu sehen. Die vorher noch explodierenden Zinsen sind gesunken. Alle Staaten haben sich im Fiskalpakt auf ausgeglichene Haushalte verständigt. Der Reihe nach verlassen alle Krisenstaaten den Rettungsschirm. In Irland, Portugal, Spanien und bald auch in

Griechenland sind Erfolge zu sehen. Dahinter steht zwar eine unwahrscheinliche Anstrengung, aber wir sehen, dass es klappt.

(Bernhard Roos (SPD): Weil die EZB unbegrenzt Staatsanleihen ankauft!)

Das ist der Erfolg der Bundesregierung. Das ist der Erfolg der Union, die eine Politik der Hilfe zur Selbsthilfe, eine Politik, die die Reformen in den Mittelpunkt stellt, durchgesetzt hat.

Wir können nicht auf Dauer nur Gelder transferieren und dabei zuschauen, wenn Länder sich nicht in der Lage sehen, Reformen durchzusetzen. Das wesentliche Kriterium ist, mit der Unterstützung durch die kollegialen Mitgliedstaaten den Mut und die Kraft zu haben, auf Reformen zuzugehen. Das müssen wir einigen der Länder, die jetzt noch in Schwierigkeiten sind, näherbringen.

Herr Kollege Förster hat das Thema Bürgernähe angesprochen. Bürgernähe ist immer das zentrale Thema unserer Politik gewesen. Sie bedeutet, im Gespräch mit den Bürgern zu sein, von ihnen zu hören, wo es Probleme gibt, Lösungswege zu diskutieren, Defizite zu benennen und zugleich eine Lösung in petto zu haben. Die Staatsregierung fordert seit Langem, die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen europapolitischen Fragestellungen stärker zu beteiligen. Wir bekennen ganz klar: Wir haben keine Angst vor Demokratie, sondern wir setzen darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger uns auf den Weg verweisen, den sie für richtig halten, und gemeinsam mit uns Lösungen finden. Das sehen nicht alle so, leider auch nicht SPD und GRÜNE. An ihnen scheiterte unsere Initiative, mit der wir Volksabstimmungen zu wichtigen europapolitischen Fragen auf Bundesebene verankern wollten.

Beim Thema soziales Europa möchte ich auch auf das Freihandelsabkommen eingehen. Hier wird vielfach mit Schlagworten Angst geschürt. Auf Entwicklungen wird nicht eingegangen. Da fehlt die Kenntnis, wie man ein so großes Verhandlungspaket mit einem so immensen Umfang überhaupt auf den Weg bringen kann. Es wird zum Beispiel nicht gesagt, was wir bereits an Transparenz erreicht haben, dass die Kommission inzwischen ein Konsultationsverfahren auf den Weg bringt, dass viel mehr Informationen an die Bürgerinnen und Bürger weitergereicht werden, dass wir uns längst klipp und klar dafür ausgesprochen haben, dass es an unseren Standards keine Abstriche geben darf, und sollte das doch der Fall sein, dann wird das Freihandelsabkommen von uns nicht unterstützt.

Mit einem Freihandelsabkommen dafür zu sorgen, dass mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze in Europa neu entstehen können, ist der richtige Weg, um jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Zukunft selbst zu gestalten, selbstständig zu leben. Sie bekommen in den Ländern, in denen sie derzeit zu 50 % und mehr arbeitslos sind, wieder Arbeitsplätze. Das ist der Weg zu einem sozialen Europa.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wie, wenn nicht durch ein engagiertes Auftreten, soll man denn für Europa werben? Insofern kann ich nur sagen: Ich verstehe viele Ihrer Erklärungen nicht. Bei aller Kritik an Ihren Vorstellungen von Europa sind wir uns dennoch in einem Punkt einig: Es ist gut, dass wir leidenschaftlich über dieses Europa reden und über den richtigen Weg zu einem besseren Europa streiten. Das hat lange gefehlt. Ich möchte vor dem Hintergrund der brandgefährlichen Situation in der Ukraine sagen: Die große Friedensleistung Europas und die Kraft der europäischen Idee werden uns jetzt wieder deutlich.

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Sie hat jetzt wieder große Überzeugungskraft für die Menschen. Deswegen, meine ich, ist es wichtig, die Menschen aufzurufen, zu den Wahlen zu gehen und die Parteien zu wählen, die europafreundlich sind, und nicht die Parteien, die extrem oder radikal sind.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD) – Margarete Bause (GRÜNE): Wie die CSU!)

Sie sollten sehr deutlich zeigen: Das Wahlrecht, der Rechtsstaat, die Demokratie liegen uns am Herzen, wir unterstützen diejenigen mit unserer Stimme, die darum so sehr ringen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 2 und 3** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)

(Drs. 17/875)

- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsanträge
zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014:**

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

(Drs. 17/1682)

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

(Drs. 17/1683)

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

(Drs. 17/1684)

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
Zweites Gesetz zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014) (Drs. 17/876)**
- Zweite Lesung -

hierzu:

**Änderungsanträge
zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das
Haushaltsjahr 2014:**

**Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-
Fraktion**

Drs. 17/1343 mit 17/1355 und 17/1732

und

**Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-
Fraktion**
**Drs. 17/1369 mit 17/1424, 17/1448 mit 17/1453,
17/1455 mit 17/1458, 17/1474, 17/1587 mit 17/1599
und 17/1608 mit 17/1614**

und

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER
**Drs. 17/1275 mit 17/1320, 17/1323 mit 17/1339,
17/1586, 17/1645 mit 17/1647, 17/1649 mit 17/1672
und 17/1714**

und

**Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN**

Drs. 17/1231 mit 17/1261 und 17/1263 mit 17/1268

und

**Änderungsanträge
zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014:**

**Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a.**

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Drs. 17/1681)

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6 b HG
(Drs. 17/1685)

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**hier: Streichung des kw-Vermerks für
Steuersekretäre, Steuersekretärinnen**
(Drs. 17/1686)

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar
Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u. a.**

(SPD)
(Drs. 17/1723)

und

**Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar
Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u. a. (SPD)**
hier: Rückholung der demografischen Rendite
(Drs. 17/1806)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Der erste Redner ist der Kollege Bachhuber. – Bitte schön, Herr Bachhuber.

Martin Bachhuber (CSU): Verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Beim Blick auf den vorliegenden Nachtragshaushalt und den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes kann man der Staatsregierung und unserem Herrgott eigentlich nur dafür danken, dass wir hier in Bayern leben.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

– In umgekehrter Reihenfolge.

Einige Hundert Kilometer von hier entfernt, ob östlich, nördlich, westlich oder südlich, schaut die Welt, zumindest die Finanzwelt, ganz anders aus. Ich zitiere hier die "Frankfurter Allgemeine" von vor einer Woche; sie schreibt:

Auch wenn Baden-Württemberg im vergangenen Jahr Rekordsteuereinnahmen von 30,1 Milliarden Euro verzeichnen konnte, nimmt es mit einer Neuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2013 einen Spitzenplatz ein ... Mit den Zahlungen in den Länderfinanzausgleich lässt sich die Neuverschuldung nicht erklären, denn Bayern, dem größten Zahlerland, gelang es sogar, einen Überschuss von 1,7 Milliarden Euro zu erzielen.

(Zuruf von der SPD: Altlasten!)

Das ist nur eine von vielen Begründungen dafür, warum es Bayern besser geht als vielen anderen Bundesländern. Wer den Medienberichten nicht glauben will, dem sei noch kurz gesagt: Die Ratingagentur Moody's hat dem bayerischen Staatshaushalt vor Kurzem das Rating AAA bescheinigt.

(Beifall bei der CSU)

Wir machen keine neuen Schulden, sondern wir zahlen alte Schulden zurück, und wir legen Rücklagen an.

(Widerspruch der Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) und Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besser geht es nicht!

(Beifall bei der CSU)

Weil die Bayerische Staatsregierung im Kern schon immer eine solide, eine verantwortungsvolle

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aber nur im Kern!)

und eine nachhaltige Finanzpolitik verfolgt hat,

(Peter Winter (CSU): Richtig!)

können wir den Kommunen in diesem Jahr so viel Geld in die Hand geben wie noch nie zuvor in der bayerischen und der deutschen Geschichte.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Weil die Steuereinnahmen so hoch sind! Täuschen Sie die Leute nicht!

– Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir geben den Kommunen 8 Milliarden Euro in die Hand. Kein anderes Land in Deutschland gibt den Kommunen so viel. Wir haben den Kommunen gegenüber dem Jahr 2013 215 Millionen Euro mehr gegeben. Die reinen Leistungen im Finanzausgleich 2014 stiegen gegenüber 2013 um 189 Millionen auf 7,52 Milliarden Euro. Die Schlüsselzuweisungen – jeder Kommunalpolitiker weiß, was das für die Kommunen bedeutet – stiegen um 85 Millionen Euro, fast 3 %, auf beinahe 3 Milliarden Euro.

Ich bin immer noch sehr stark in der Kommunalpolitik verwurzelt und tätig. Ich freue mich, dass wir die Krankenhausfinanzierung mit 500 Millionen Euro auf hohem Niveau fortführen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es waren einmal über 600 Millionen! Das ist von 600 auf 500 Millionen gekürzt worden!)

Für den Straßenbau und den Straßenunterhalt stellen wir 23 Millionen Euro mehr zur Verfügung. Insbesondere die strukturschwachen und von Bevölkerungsrückgang betroffenen Kommunen in Bayern werden in diesem Finanzausgleich sehr stark berücksichtigt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wer ist daran schuld?)

In den vergangenen Jahren wurden die Verlängerung des Demografiefaktors von 5 auf 10 Jahre und die Anhebung der untersten Hauptansatzstufe bei den Gemeindeschlüsselzuweisungen von 108 % auf 112 % bayernweit vollzogen. Insbesondere von kleineren Kommunen wird besonders begrüßt, dass die Mittel für die Investitionspauschale – keine Gemeinde muss einen Antrag stellen – von 2011 bis 2014 um 173 Millionen auf 365 Millionen Euro angehoben wurden. Das ist ein Plus von 110 %. Der Mindestbeitrag, insbesondere für kleine Kommunen, stieg von 26.000 Euro im Jahr 2011 auf jetzt 105.000 Euro. Das ist eine Vervierfachung. Viele Bürgermeister, insbesondere kleiner Gemeinden, sagen der Staatsregierung ein herzliches "Vergelt's Gott".

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich noch kurz bei den Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen bleiben; diese haben wir im Jahr 2013 vervierfacht. Wir werden sie auch im Jahr 2014 bei 100 Millionen Euro belassen. Damit konnten wir im Jahr 2013 27 Landkreisen und 120 Städten und Gemeinden gezielt helfen. Alles in allem schnüren wir ein Paket, das die herausragende, wich-

tige Position der bayerischen Kommunen im bundesweiten Vergleich weiterhin stärkt und festigt.

Aber mit dem neuen Finanzausgleich schreiben wir nicht nur den kommunalen Finanzausgleich auf einem neuen Niveau fest, sondern schaffen auch im Detail wichtige und zum Teil erhebliche Verbesserungen für die Kommunen. Mit der Abschaffung der örtlichen Beteiligung stellen wir jene Kommunen, die ihre Krankenhäuser Gott sei Dank noch selbst betreiben, gleich mit denjenigen Kommunen, die den Betrieb inzwischen an private Betreiber abgegeben haben. Damit werden gerade diese Kommunen bei der Durchführung ihrer Krankenhausbauplanung weiterhin finanziell entlastet. Wir heben auch den Anteil der Kommunen am Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund an, um den Kommunen mehr Mittel für den Straßenunterhalt und den Winterdienst zur Verfügung zu stellen. So können wir die entsprechenden Pauschalen im Jahr 2014 nochmals um über 10 % erhöhen, nachdem bereits 2013 die Straßenunterhaltspauschalen um 15,9 % angehoben wurden.

Was bei allen Kommunen – ob Bezirk, Landkreis, Stadt oder Gemeinde – für eine große Erleichterung sorgt, ja geradezu ein Befreiungsschlag ist, ist die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund, der die bayerischen Kommunen im Vergleich zur Rechtslage 2011 um 550 Millionen Euro entlastet. Hier hat die jetzige Bundesregierung den ordnungspolitischen Murks von Rot-Grün bereinigt. Dafür sagen auch die Kommunen einen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Eine Entlastung um weitere 700 Millionen Euro jährlich wird den bayerischen Kommunen durch das im Koalitionsvertrag in Berlin zugesagte Bundesteilhabegesetz in Bezug auf die Eingliederungshilfe in Aussicht gestellt. Ich bin nicht unbedingt berufen, für alle Kommunen zu sprechen, aber ich möchte einen herzlichen Dank an den Bayerischen Ministerpräsidenten sagen. Seinem persönlichen Einsatz in Berlin ist es zu verdanken, dass die Kommunen in Bayern jährlich in Zukunft um 700 Millionen Euro bei der Eingliederungshilfe entlastet werden. Vergelt's Gott, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CSU)

Noch bevor dieses Bundesteilhabegesetz in Kraft tritt, werden die Kommunen schon jetzt um 115 Millionen Euro entlastet. Auch dafür einen Dank der Kommunen.

Wenn wir genau hinschauen, müssen wir ehrlicherweise feststellen, dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Finanzsituation der bayerischen Kommu-

nen besser entwickelt hat als die des Freistaats Bayern. Die Kommunen haben in den vergangenen zehn Jahren ein Steuerplus von 68 % verbuchen können. Das Plus des Freistaats Bayern nach dem leidigen Länderfinanzausgleich lag gerade einmal bei 35 %. Ich kann als jemand, der 24 Jahre lang als Bürgermeister tätig war, nur sagen: Ich hätte mich narrisch gefreut, wenn damals der Freistaat Bayern in der Lage gewesen wäre, die Kommunen in diesem Maße zu unterstützen, wie er es mit diesem Gesetzentwurf tun kann.

Ich möchte mich abschließend für die größtenteils sachliche Diskussion im Haushaltsausschuss bedanken. Die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN haben sich zumindest bemüht, bei ihren Änderungsanträgen auch Deckungsvorschläge zu machen. Es ist aber nur bei einem Bemühen geblieben. Um eine Versetzung nicht zu gefährden, wäre eine weitere Annäherung an die Finanzpolitik der CSU dringend angeraten und erforderlich.

(Beifall bei der CSU)

Noch ein Wort zu den FREIEN WÄHLERN: Änderungsvorschläge in Höhe von über 1 Milliarde Euro vorzulegen, ist Populismus pur. Das ist verantwortungslos und unseriös; um in der Schulsprache zu bleiben: Note 6, setzen.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang fällt mir die Geschichte von den zehn Jungfrauen ein. Sie kennen die Geschichte: Zehn Jungfrauen – fünf kluge, fünf törichte – machten sich auf den Weg. Die fünf Klugen nahmen die Lampen und das Öl mit, die Törichten nur die Lampen. Als sich die Ankunft verspätete, machten die fünf Törichten kehrt, weil ihnen das Öl ausgegangen war. Sie kamen dann verspätet an, aber der Saal der Glückseligen war geschlossen. Sie klopfen an, und es klang eine Stimme aus dem Inneren: Ich kenne euch nicht. Wenn die FREIEN WÄHLER mit ihrer Politik so weitermachen, dann wird wahrscheinlich der bayerische Wähler auch sagen: Ich kenne euch nicht.

(Beifall bei der CSU)

Mit diesem Finanzausgleich – das müssen wir klar feststellen, dass wissen auch unsere Kommunen, und das weiß auch ein Oberbürgermeister Ulrich Maly aus Nürnberg, der die Kommunalfreundlichkeit der Bayerischen Staatsregierung ausdrücklich gelobt hat – geht fast jeder vierte Euro des Freistaats an die Kommunen. Damit wird ganz stark unterstrichen: Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion bleiben der faire und starke Partner unserer Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden. Es bleibt weiter

festzuhalten: Bayern ist das kommunalfreundlichste Land in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb kann ich Sie nur auffordern: Wer an dem Wohlergehen der bayerischen Kommunen Interesse hat, der muss diesem Nachtragshaushalt und diesem Finanzausgleichsgesetz zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Stamm gemeldet.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Bachhuber, im Ausschuss klang es anders. Dort haben Sie uns bescheinigt, dass unsere Anträge gegenfinanziert sind, und das sind sie auch, im Gegensatz zu den Ihren. Sie haben gesagt: Klassenziel noch nicht erreicht. Sie haben nochmals 20 Millionen Euro mehr für Ihren Straßenbau beantragt. Das ist zum einen eine weitere Entnahme aus der Haushaltsrücklage. Zum anderen gab es diverse Nachschublisten von der Staatsregierung. Diese haben wir gar nicht mit hineingerechnet. Schauen Sie also bitte erst einmal, was Sie machen. Sie haben auch das Spielgeld, das es Ihnen ermöglicht, als CSU-Fraktion schön Geld zu verteilen. Unsere Anträge sind gegenfinanziert, aber Ihre nicht. Sie haben auch noch Nachschublisten gehabt. Es besteht eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von 830 Millionen Euro in Bezug auf den Nachtragshaushalt und die Nachschublisten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Zunächst einmal möchte ich klar und deutlich ausdrücken: Ich habe gesagt, die GRÜNEN hätten zu ihren Änderungsvorschlägen auch Deckungsvorschläge gemacht, das reicht aber noch nicht für eine Versetzung aus, Sie sollten sich weiterhin der Finanzpolitik der CSU anschließen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Spielgeld, das Sie ansprechen, haben wir gerade für die Gemeinden im ländlichen Raum – ich komme aus einem Flächenlandkreis – etwas gemacht; denn dort ist es mehr als notwendig, in den Straßenunterhalt und den Straßenausbau zu investieren. Die Bürger danken es uns.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bleiben Sie bitte weiter da. Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung des Kollegen Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich hätte eine Frage: Sie haben vorhin die 500 Millionen Euro für die Krankenhausfinanzierung so groß herausgestellt. Ist Ihnen bewusst, dass Bayern im Jahre 1990 660 Millionen Euro bezahlt hat, heute aber nur noch 500 Millionen bezahlt? Wie beurteilen Sie das?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Ich kann nur sagen: Mir ist kein Krankenhaus bekannt, das auf Baukostenzuschüsse warten müsste. Die beantragten Baukosten sind abfinanziert. Ich kann nur für meinen Stimmkreis Garmisch-Partenkirchen, Bad Tölz, Wolfratshausen reden: Hier wurde das mit den Investitionszuschüssen der Staatsregierung entsprechend finanziert, und den beiden Krankenhäuser steht die Summe zu. Vielleicht liegt es am örtlichen Betreiber, weil dieser nicht nachhaltig bei der Regierung vorstellig geworden ist. Ich kann aber nur sagen: Diese Mittel reichen momentan aus.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Bachhuber. Bevor ich dem nächsten Kollegen das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, dass wir nach dieser Debatte eine ganze Reihe von namentlichen Abstimmungen durchführen werden. - Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Knoblauch gemeldet.

Günther Knoblauch (SPD): Werte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Bachhuber, ich war in den letzten 24 Jahren Bürgermeister. Ich habe den Eindruck, Sie haben in den letzten fünf Jahren nicht mehr mitbekommen, was in den Kommunen draußen passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin in diesem Jahr zum ersten Mal in die Haushaltsberatungen des Freistaats eingebunden gewesen. Die Spannung war ebenso groß wie die Erwartung. Seit der ersten Vorlage des Nachtragshaushalts wurden über 240 Änderungsanträge gestellt; 225 Änderungsanträge kamen von der Opposition, allein 90 von der SPD. Dies waren Angebote, mitzuwirken. Enttäuschend ist aber: Fast allen Angeboten der Opposition hat sich die CSU verweigert. Lediglich bei wenigen, einzelnen Anträgen - eine Eingabe stammte von den Kommunen - hat sich die CSU gebeugt. Sie hat

diese Eingabe an die Staatsregierung überwiesen, damit diese weiter darüber nachdenken kann.

Auffällig und bemerkenswert war für mich auch, dass bei über 40 Anträgen seitens der Regierungspartei Handlungsbedarf anerkannt wurde. Die Anträge wurden trotzdem abgelehnt. Da kann ich nur frei nach Valentin sagen: Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut.

(Beifall bei der SPD)

Verehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben bei Ihrer Regierungserklärung im Oktober unsere Fraktion aufgefordert, im Hinblick auf die Große Koalition in Berlin mitzuwirken und die Kooperation zu suchen. Wir haben wirklich ausgewogene Anträge gestellt, die mit den zusätzlichen Steuereinnahmen hätten finanziert werden können. Nach den Erfahrungen bei den Beratungen habe ich mir gedacht, der Ministerpräsident hätte viel intensiver, viel öfter und deutlicher auf seine Fraktion einwirken müssen, den gemeinsamen Gedanken der Großen Koalition im Interesse unserer Kommunen und der Bürgerinnen und Bürger in Bayern in Berlin umzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben bei den Verhandlungen skurrile Situationen erlebt. Anträge wurden aus grundsätzlichen Erwägungen abgelehnt mit der Aussage, beim Nachtrag sollte kein zusätzliches Geld ausgegeben werden. Bei den nächsten 15 Anträgen der CSU wurden jedoch nicht nur die von Frau Kollegin Stamm genannten 30 Millionen Euro Spielgeld verbraucht, sondern auch noch zusätzlich 20 Millionen Euro aus den Rücklagen. Bei 20 weiteren Anträgen wurde der Handlungsbedarf ausdrücklich anerkannt, die Bereitstellung der Mittel jedoch abgelehnt, aber – das ist die Hoffnung, die wir haben - für den Haushalt 2015/2016 angekündigt.

Ich möchte sagen: Wenn erfahrungsgemäß die Plagiatanträge der CSU kommen, bekommt dies einen positiven Touch. Dann haben wir nämlich eine Plagiatrendite der Mittelausweisung beim künftigen Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Bachhuber, betrachtet man den kommunalen Finanzausgleich und den Umgang mit den Kommunen, komme ich zu einem anderen Bild als dem, das Sie gezeichnet haben. Sicher ist das Ergebnis mit über 8 Milliarden Euro bemerkenswert und wird gefeiert. Sie täuschen jedoch über die gefährliche Entwicklung bei unseren Kommunen und die Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise hinweg. Immer wieder wird zitiert, was es für ein Glück sei,

dass wir in Bayern leben. Sie haben das ebenfalls anklingen lassen. Wir sagen das auch. Der Ministerpräsident hat gesagt, Bayern sei die Vorstufe des Paradieses. Er hat nur übersehen, dass die Vorstufe des Paradieses das Fegefeuer ist.

(Beifall bei der SPD – Ministerpräsident Horst Seehofer: Das ist aufgeklärt! Das ist falsch!)

Dieses Fegefeuer wird in den nächsten Jahren auf die Kommunen zukommen. Ich möchte Ihnen ganz deutlich sagen: Mich interessieren nicht die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, Brandenburg oder sonstwo in der BRD. Mich interessieren die Kommunen Landshut, Garmisch, Töging, Tirschenreuth, Wunsiedel und und und, die hier bei uns sind und die hoffen, dass wir ihnen bei ihrer täglichen Arbeit, bei ihrer Selbstverwaltung im ländlichen Bereich helfen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsache ist, dass die Kommunen trotz dieser 8 Milliarden Euro dringende Maßnahmen in die Zukunft verschieben müssen: Straßenbau, Gebäudesanierung, Kulturangebote und Freizeitangebote. Sie leiden unter den Schulden, die sie wegen der Vorgaben von Bund und Land aufgenommen haben. Meine Heimatstadt Mühldorf hat die höchsten Gewerbesteuererinnahmen seit Jahrzehnten. Trotzdem müssen Investitionen in Höhe von zig Millionen Euro verschoben werden, weil die Aufgaben nicht zu bewältigen sind. In den letzten Jahren wurden dort fünf Kindergärten gebaut. Jetzt ist die Kommune an dem Punkt, wo sie sich das nicht mehr leisten kann, wenn der kommunale Finanzausgleich nicht verändert wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen darauf reagieren. Wir dürfen nicht zuschauen, wie die Kommunen unter dieser Situation leiden. Ich möchte ein paar Anmerkungen machen. Ein Drittel der Schulden von Staat und Kommunen liegt bei den Kommunen. Unser Angebot war, von den 540 Millionen Euro, die der Freistaat Bayern an Schulden tilgen möchte, 100 Millionen Euro für einen Start des Entschuldungsfonds zu verwenden. Dies wäre ein kleiner Ausgleich und ein Signal an die Kommunen gewesen, dass wir ihre Probleme ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Übertragung der staatlichen Aufgaben: Ich kann Ihnen den Brief eines CSU-Landrats vorlesen, der schreibt, dass er sich vom Freistaat Bayern bei der Personalausstattung alleingelassen fühle. Er müsse das Personal selbst anstellen und es den

Kommunen, den Städten und Gemeinden in Rechnung stellen. So kann es doch nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns eines überlegen: Wir haben die Tendenz und den Trend, dass die Kreisumlagen auf über 50 % steigen. Sie liegen bei 54 oder 56 %. Die Kreisumlagen sind oft höher als die Gewerbesteuererinnahmen einer Gemeinde. Wie sollen die Kommunen so ihre Schulden und Aufgaben bewältigen? Hier müssen wir etwas machen. Bei den Kommunen ist es genauso. Herr Bachhuber, wir haben die Resolution der Stadt Landshut behandelt. Dort regiert mit Sicherheit kein SPD-Bürgermeister. Einstimmig wurde dort gesagt: Wir brauchen dringend Hilfe, wir können die Schulden nicht mehr schultern, wir können verschiedene Aufgaben wie die energetische Sanierung nicht mehr übernehmen, nur mit äußerstem Nachdruck haben wir erreicht, dass dieses Problem der Staatsregierung zugeleitet worden ist.

Meine Damen und Herren, beim Finanzausgleich müssen wir uns eines überlegen: Wir fördern verschiedene Maßnahmen und haben dabei das Gleichgewicht verloren. Statt die Schlüsselzuweisungen und die Grundstruktur zu verbessern, verwenden wir für die verschiedenen Bereiche die unterschiedlichsten Fördersätze. Wir sagen, wie wichtig die Bildung ist, gleichzeitig stimmen dort aber die Fördersätze nicht mehr. Sicherlich ist es gut, Radwege zu bauen und dafür eine Förderung von 8 % zu bekommen. Für den Bau von Staatsstraßen für den Freistaat bekommt man, wenn es gut geht, ebenfalls 8 %. Wenn es jedoch um ein Schulhaus geht, um eine Ganztagschule, die dringend gebaut werden muss, erhalten die Kommunen bestenfalls 40 %. Hier hinkt die Bildung hinterher. Auch hier muss sich etwas ändern.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte auch darauf eingehen, dass man die Mindestgröße bzw. die untere Ebene bei den Schlüsselzuweisungen beim FAG nicht oder nur ein bisschen verändert hat. Man muss sich über eines im Klaren sein: Es gibt sicherlich viele kleine Kommunen, die viel leisten. Aber in jedem Landkreis gibt es zwei, drei oder vier Kommunen, die Leistungsträger par excellence sind und die viele Angebote machen: Kulturangebote, Trägerschaft von Musikschulen, Förderung von Erwachsenenbildung, Bildungsangebote, Büchereien, Sporteinrichtungen, Freibäder oder Hallenbäder. Die Kommunen können das nicht mehr bezahlen. Sie müssen beim Finanzausgleich stärker berücksichtigt werden. Das geschieht in diesem Nachtragshaushalt,

bei diesem FAG, nicht. Deshalb sind wir auch nicht in der Lage, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen. Er entspricht nicht den Bedürfnissen, die, wie wir sehen, in unseren Kommunen gedeckt werden müssen.

Gleichzeitig möchte ich mich aber beim Vorsitzenden Winter sehr herzlich für die sehr zügige Bearbeitung der Anträge und Abwicklung der Sitzungen bedanken. Aber ich hoffe – und das möchte ich auch allen Kolleginnen und Kollegen der CSU im Haushaltsausschuss mitgeben –, dass wir beim Haushalt 2015/16 all das wiederfinden, was Sie im Hinblick auf den Haushalt 2015/16 versprochen haben, und dass auch den von uns gestellten, notwendigen Anträgen Rechnung getragen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Knoblauch. Der nächste Redner ist Herr Kollege Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Bachhuber! Ich glaube, Sie haben vergessen, dass Sie hier im Parlament sitzen, nicht in einem Hochamt. So viel Huldigung und Dank wie heute von Ihnen habe ich in diesem Hohen Haus in den letzten sechs Jahren noch nie vernommen.

(Unruhe bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, vielleicht haben Sie ihn ja für den Posten des Dankbeauftragten vorgeschlagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer weiß, vielleicht brauchen wir diese Position auch noch, damit Ihre Leistungen aus dem Kreis der Parlamentier entsprechend gewürdigt werden.

(Zuruf von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Haushaltspolitik heißt nicht, über fehlendes Geld zu jammern. Haushaltspolitik heißt nach den Vorstellungen der FREIEN WÄHLER, richtige Schwerpunkte zu setzen. Leider – Herr Kollege Knoblauch, Sie haben es angemerkt – war der Debattenstil zwar erfreulich, aber das Ergebnis ernüchternd, Herr Vorsitzender. Die CSU-Mehrheit hat sich nicht sachlich mit den Anträgen der anderen Fraktionen auseinandergesetzt, sondern alle pauschal in Bausch und Bogen abgelehnt. Da wäre vielleicht einmal zu überlegen, ob eine absolute Mehr-

heit wirklich immer richtig liegt, alle anderen aber immer falsch.

(Ingrid Heckner (CSU): Deswegen haben wir ja die Mehrheit!)

Frau Kollegin Heckner, vielleicht hätte es uns allen gutgetan, wenn wir Dinge im Konsens erledigt hätten, wo es möglich ist. Von daher wird es Sie nicht verwundern, dass ein Nachtragshaushalt, an dem die anderen Fraktionen faktisch nicht beteiligt waren, weil so gut wie kein Antrag durchgegangen ist, für uns natürlich auch nicht genehmigungs- und zustimmungsfähig ist, auch wenn das eine oder andere darin durchaus richtig sein mag.

Beginnen wir mit den Einnahmen. Die Einnahmen nehmen leider in Haushaltsberatungen, Haushaltsreden und im Parlament einen zu geringen Raum ein; denn die Einnahmen versetzen uns doch in die Lage, über zusätzliche Ausgaben und das Zurückfahren von Schulden nachzudenken. Es gab Zeiten, in denen Nachtragshaushalte davon geprägt waren, dass man zusätzlich Geld benötigte. Dann hat man sich nächtelang darüber gestritten, ob man Schulden erhöhen oder Leistungen streichen will. Deswegen sind wir jetzt in einer eher komfortablen Situation, da es im Nachtragshaushalt etwas zu verteilen gilt.

Diese erfreuliche Erkenntnis ist Ausfluss des großen Fleißes unserer Bevölkerung. Unsere Steuerzahler haben sehr viel geleistet, mehr als wir ihnen zugetraut haben. Deswegen gibt es jetzt diesen positiven Nachtragshaushalt. Deswegen danke ich den Steuerzahlern, der Wirtschaft, den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften, die natürlich auch für dieses positive Klima in der Wirtschaft verantwortlich sind. Mein Dank gilt natürlich auch den politisch Verantwortlichen in Bund und Land, die durch die Schaffung richtiger Rahmenbedingungen dazu beigetragen haben, dass die Wirtschaft anders als in anderen Ländern Europas gut läuft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, man sollte den Steuerzahler bei Laune halten. Wir haben vor gar nicht allzu langer Zeit – ich meine, vor zwei Wochen – über einen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zur Abschaffung der kalten Progression debattiert, ein Projekt, das Sie als Wahlversprechen schon seit über einem Jahrzehnt vor sich hertragen, ohne dass merklich etwas passiert. In der letzten Legislaturperiode konnten Sie sich hinter den Sozialdemokraten und den GRÜNEN verstecken, die über den Bundesrat signalisiert haben: Da machen wir nicht mit. - Jetzt wird es schwieriger. Ich war einigermaßen davon

überrascht, dass Sie unseren Antrag zur Abschaffung der kalten Progression abgelehnt haben. Das ist nicht unbedingt glaubwürdig, wenn Sie dann, Herr Staatsminister Söder, am letzten Donnerstag bei der IHK in Memmingen lauthals verkünden, es sei eine Frage der Gerechtigkeit, die kalte Progression zu beseitigen. Ich werde nachschauen, ob Sie sich an der namentlichen Abstimmung beteiligt und wie Sie abgestimmt haben. Vielleicht waren Sie ja der Abwechler in der eigenen Fraktion. Wenn ja, dann wäre Ihnen dafür zu danken. Ansonsten sind die Ausführungen vom letzten Donnerstag etwas fragwürdig. Unabhängig davon müssen wir dieses Problem angehen, weil wir bei einem Sinken der Steuereinnahmen andere Debatten führen müssen als die, die wir heute hier zu führen haben.

Der Länderfinanzausgleich ist ein anderer Punkt auf der Einnahmenseite. Auch dieser wird von Ihnen ständig strapaziert. Sie wissen, dass wir Ihre Klage unterstützt haben. Die Frage ist, wann da endlich etwas im Sinne des Freistaats Bayern entschieden wird. Ich sage ganz deutlich: Wenn hier im Sinne des Freistaats Bayern entschieden wird, haben wir zusätzliche Gestaltungsspielräume, die wir jetzt deswegen nicht haben, weil der Länderfinanzausgleich von Ihrem Vorgänger damals dilettantisch ausgehandelt wurde. Darunter leiden wir noch heute. Es ist Ihnen zu danken, dass Sie Ihrem Vorgänger hier die rote Karte zeigen und sagen: Mein Lieber, so geht es nicht; wir wollen hier mit den anderen Bundesländern eine gerechte Lösung finden und nicht das, was der damalige Ministerpräsident Stoiber zugunsten schwächerer Länder versprochen hat, möglicherweise in der Erwartung, irgendwann einmal Bundeskanzler des geeinten Deutschlands zu werden. Die Erwartung hat sich dann nicht erfüllt.

Nun kommen wir zu den Ausgaben. Bei den Ausgaben geht es darum, Schwerpunkte zu setzen. Natürlich hat da jede politische Kraft ihre eigenen Schwerpunkte. Unser Hauptschwerpunkt war und ist die Stärkung der Kommunen. Herr Kollege Bachhuber, deswegen haben wir Änderungsanträge mit einem Volumen von 1 Milliarde Euro eingebracht. Wenn Sie sagen, das sei unseriös, frage ich: Wie ist denn das, was Sie hier machen, zu beschreiben? Wir beschließen eine Schuldenbremse, die auch für die Kommunen wirkt, eine Schuldenbremse, die die Kommunen einzuhalten haben. Wir, der Freistaat Bayern, vereinnahmen das Geld treuhänderisch für die Kommunen, das wir dann im Finanzausgleich teilweise an sie weitergeben müssen. Die Kommunen sind nicht originär an der Einkommensteuer beteiligt, sondern erhalten ihre Anteile über den Finanzausgleich. Genau da sind wir gefordert, die Kommunen vernünftig auszustatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt sagen Sie, meine Damen und Herren: Momentan sind es 8 Milliarden Euro. Das sind aber nicht, lieber Herr Bachhuber, 8 Milliarden Euro, die wir den Kommunen geben. Diese gönnerhafte Art finde ich sehr bedenklich; denn die Kommunen haben einen verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, finanziell ordentlich ausgestattet zu sein. Nein, wir als Treuhänder müssen die Kommunen so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben vernünftig wahrnehmen können.

Meine Damen und Herren, ohne die Kommunen können wir in München, können wir in Berlin und können die Zuständigen in Europa Gesetze und Verordnungen beschließen, Dinge, die das Leben der Menschen besser machen sollen, aber wenn die Kommunen diese Dinge nicht kofinanzieren können, wenn die Kommunen nicht in der Lage sind, diese Gesetze in die Praxis umzusetzen, dann ist all das, was wir hier machen, für den Papierkorb. Die Kommunen sind diejenigen, die für das Leben vor Ort verantwortlich sind, für die Umsetzung unserer Ideen und Vorgaben, und dafür brauchen sie eine vernünftige finanzielle Ausstattung. Deswegen wollen wir das Verhältnis zwischen Freistaat Bayern und Kommunen in finanzieller Hinsicht auf neue Beine stellen. Dabei muss sich der Freistaat Bayern zukünftig mit etwas weniger begnügen, wohingegen die Kommunen etwas mehr bekommen. Das ist die Logik unserer Anträge.

Natürlich können wir in einen bestehenden Haushalt nicht eingreifen, Herr Kollege Bachhuber, das ist Ihnen sicherlich klar. Wir können nicht rückwirkend irgendwelche Kürzungen beschließen. Deswegen ist dieser Haushalt richtigerweise momentan aus Ihrer Sicht unterfinanziert, aus unserer Sicht sagen wir, wir verteilen die Finanzmittel anders. Das ist der Schwerpunkt, den wir setzen; denn wir sagen nicht nur bei Sonntagsreden, wir wollen die Kommunen stärken, wir untermauern dies auch durch unsere Politik im Bayerischen Landtag.

Und deswegen, meine Damen und Herren, brauchen wir die 15 % FAG-Mittel, die wir fordern. Wenn wir den nächsten Doppelhaushalt beraten, werden wir klar und deutlich sagen, wo dafür Kürzungen vorgenommen werden müssen. Ich gehe aber schon davon aus, dass die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht nicht einvernehmlich halb ruhend gestellt wird und erst im Jahr 2019 entschieden wird, wenn alles vorbei ist. Irgendwann wird man ja wohl hoffentlich eine Entscheidung bekommen, auf deren Grundlage man haushaltswirksam handeln kann.

Ich komme zu unseren Schwerpunkten im Bereich der Polizei. Hier muss ich einen Antrag herausgreifen, bei

dem mir die Ablehnung im Ausschuss sehr wehgetan hat. Ich rede davon, dass wir 5 Millionen Euro für Schmerzensgeldansprüche von im Dienst verletzten Polizeibeamten bereitstellen wollten. Kollege Florian Herrmann, der hier vor mir sitzt, und ich haben es Ende der letzten Legislaturperiode nach jahrelangem Kampf im Ausschuss endlich durchgesetzt, dass wir einen Beschluss gefasst haben, dass diese Beamten entschädigt werden müssen. Wir haben es geschafft. Und jetzt, wenn wir das Ganze finanziell mit gerade einmal 5 Millionen Euro unterlegen wollen, scheidet das an der Mehrheit der CSU. Das verstehe, wer will.

Mit welchen Mitteln wollen wir die Polizeibeamten denn entschädigen, meine Damen und Herren? Oder war das nur ein Beschluss des unwichtigen Innenausschusses, und ein wichtiger Haushaltsausschuss gibt den Takt vor, und das Plenum nickt es ab? Wenn ich dann dagegensetze – auch das eine Kleinigkeit –, dass wir im Wirtschaftsministerium einen zweiten Amtschef brauchen, der entsprechend besoldet wird, während das Finanzministerium bekanntlich mit einem Amtschef auskommt, obwohl es nach meiner Auffassung in seiner Bedeutung und in seinen Aufgaben nicht geringer zu bewerten ist als das Wirtschaftsministerium, dann frage ich mich schon, wie andere hier Schwerpunkte setzen.

Unsere Schwerpunkte liegen bei der Polizei, der Bildung, der Jugend, der Gesundheit, den gleichwertigen Lebensverhältnissen und insbesondere der Infrastruktur. Der Kollege Muthmann wird im zweiten Teil noch vertieft und detailliert auf diese Themen eingehen. Ich denke, unsere Handschrift ist in den Anträgen deutlich erkennbar. Ich finde es sehr schade, dass die Mehrheit in diesem Hause der Meinung ist, all das könne man vom Tisch wischen. Aber, Herr Kollege Bachhuber, wie Sie richtig sagen, der Wähler vergisst nicht, auch wenn Sie Jahr für Jahr und Wahl für Wahl darauf hoffen. Leider Gottes wird es aus Ihrer Sicht immer schlimmer, auch wenn es das letzte Mal eine kleine Verschnaufpause für Sie gegeben hat.

Aber kommen wir zur Sache selbst zurück. Ich meine, dass es – jetzt rede ich von Ihrem Stimmkreis, Herr Bachhuber, auch gern von einem Teil meines Stimmkreises – sehr wohl Regionen, Landkreise und Kommunen gibt, die dringend Hilfe brauchen, und dass wir in Bayern beileibe nicht in der Vorstufe des Paradieses sind. Oder wenn wir es denn sind, dann ist das Paradies so besonders erstrebenswert nicht, muss ich ganz ehrlich sagen.

(Widerspruch bei der CSU)

- Ich weiß, Ihr Anspruch ist etwas geringer, liebe Kollegen. Aber es gibt hier im Freistaat noch vieles anzu-

packen und zu verbessern. Wenn Sie meinen, man könne sich behaglich zurücklehnen, dann überlassen Sie lieber denjenigen das Feld, die noch Engagement und Begeisterung dafür haben, etwas zu verbessern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm. Bitte schön, Frau Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Was ist passiert seit der Ersten Lesung zum Haushalt? – Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat in der Zwischenzeit seinen Jahresbericht vorgelegt. Darin steht genau das, was ich hier in der Ersten Lesung zum Nachtragshaushalt gesagt habe: Zu viele Ausgaben, auf Dauer kann das nicht gutgehen. Ich zitiere den Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs, Herrn Dr. Fischer-Heidlberger:

Diesen rasanten Ausgabenzuwachs halte ich für bedenklich. Das süße Gift der stetig steigenden Steuereinnahmen darf die Staatsregierung nicht dazu verleiten, bei der Ausgabendisziplin alle Zügel schleifen zu lassen.

Meine Rede in der Ersten Lesung:

Eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik sieht anders aus. Ziel muss es sein, dass Ausgaben und Einnahmen deckungsgleich sind, gerade in diesen wirtschaftlich florierenden Zeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist dann passiert? – Die CSU war unglaublich aufgeregt und ungehalten. Es war die Rede davon, eine Behördenverlagerung durchzuführen und den Bayerischen Obersten Rechnungshof nach Oberfranken zu verlagern. Aha: Behördenverlagerung als pädagogisches Element in der Politik der CSU? – Auch spannend.

Übrigens, diese Drohgebärden in Richtung ORH gab es nun schon zum zweiten Mal. Auch beim letzten Bericht des Rechnungshofes, also dem vorhergehenden, hieß es in etwa, auch in Wunsiedel gäbe es freie Gebäude. Was ist dann passiert? Man hat zusammen Kaffee getrunken, der Präsident des Bayerischen Obersten Rechnungshofes, der Ministerpräsident und der Finanzminister. Das Ergebnis des Gesprächs war – zumindest war es in den Medien so zu lesen –, der Ministerpräsident sei sich mit dem ORH einig. Laut Ministerpräsident Seehofer hat der Bayerische Oberste Rechnungshof recht; denn so könne es nicht weitergehen. Die Ausgaben stiegen zu extrem an.

Man muss schon erwähnen, dass es ganz erstaunlich ist, wenn dem ORH jetzt plötzlich in diesem Punkt recht gegeben wird. Ein kleiner Einschub an dieser Stelle: Schon in der Regierungserklärung vom November 2013, Herr Ministerpräsident, hieß es, ab sofort würden die Ausgaben gedrosselt. Schon da war Ausgabendisziplin verordnet worden. Oder noch einmal anders gesagt: Gestern haben Sie – das habe ich auch gelesen – für die Zukunft Mäßigung und solides Haushalten versprochen. Heute wollen Sie hier Rekordausgaben ohne Ende beschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gilt heute schon wieder einmal nicht mehr das, was Sie gestern gesagt haben? Um 31 % ist der Haushalt gestiegen, seitdem der Ministerpräsident Seehofer heißt. Darin sind nicht einmal die Schulden der Landesbank eingeschlossen. Eine Drei-Prozent-Bremse wollen Sie sich bei den Ausgaben auferlegen. 3 % ist nicht mäßig oder solide, und das schon gar nicht, wenn man die um 31 % gestiegenen Ausgaben mit hineinrechnet. Wenn die Ausgaben 2015 und in den darauffolgenden Jahren um 3 % steigen, sind es knapp 1,5 Milliarden Euro mehr. Gleichzeitig sollen die Steuereinnahmen – das ist das offizielle Schreiben des Ministers – 2015 nur um 503 Millionen Euro und 2016 nur um knapp 590 Millionen Euro steigen. Damit ist das nächste Defizit vorprogrammiert. Die Steuereinnahmen lassen nur ein Wachstum von circa einem Prozent zu. Ich wiederhole: Ein Wachstum von 3 % in den Ausgaben bedeutet 1,5 Milliarden Euro mehr. Dem stehen bei den Steuermehreinnahmen einmal nur 500 Millionen und beim nächsten Mal nur knapp 600 Millionen Euro entgegen. Das heißt, das Defizit ist vorprogrammiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zurück zum Bayerischen Obersten Rechnungshof und zum Kaffeetrinken. Der Bayerische Oberste Rechnungshof habe recht, sagte der Ministerpräsident öffentlich. Oder sollte damit eher Finanzminister Söder wieder etwas in die Schranken gewiesen werden? Das alte Spiel: Jemand wird öffentlich gestutzt, damit niemand in der Nachfolgedebatte zu groß wird. Dass es ein "Weiter so" nicht geben kann, ist offensichtlich auch dem Finanzminister klar.

Ich zitiere aus einem internen Aufstellungsschreiben der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2015/2016: Die Steigerungsraten des Staatshaushaltes der letzten Jahre lägen massiv über der Preissteigerungsrate. In diesem internen Schreiben gibt es schöne Grafiken, daran sieht man das richtig. Ich zitiere weiter: Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass derartige Ausgabenzuwächse auf Dauer darge-

stellt werden können. Daher müssen wir sparsam und überlegt wirtschaften. – Dass jetzt solche Worte gewählt werden, ist doch nur ein Ausdruck dessen, dass demnächst keine Wahlen anstehen. Die Aussage, dass man nur noch 3 % mehr ausgeben möchte, ist das Eingeständnis, dass alle Wahlen vorbei sind, dass man keine Wahlgeschenke mehr machen muss und dass man deswegen jetzt theoretisch Ausgabendisziplin verordnen könnte. Allein mir fehlt der Glaube, denn das wäre eine ganz neue Haushaltspolitik. Man müsste nämlich das machen, was die Haushaltspolitik eigentlich verlangt, nämlich Prioritäten setzen und umschichten. Man müsste auch einmal unpopuläre Entscheidungen treffen.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das machen die nicht!)

Das sind genau die Prinzipien, nach denen wir unsere Haushaltspolitik gestalten: Prioritäten setzen und umschichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Schwerpunkte für diesen Nachtragshaushalt sind: Die Energiewende vorantreiben, den Klimawandel stoppen, für die Inklusion wenigstens ansatzweise etwas tun und die Bildung. Wenn Sie, liebe Staatsregierung, Ihre Politik endlich an diesen Prinzipien ausrichten würden, könnten Sie sich nicht immer nur die Gunst der Wählerinnen und Wähler oder die Gunst der eigenen Leute im Wettkampf um die Nachfolge des Ministerpräsidenten erkaufen. Besonders schön ist das bei einem Zitat von Markus Söder zu sehen. Nach der Kabinettsitzung vor zwei Wochen hieß es, dass auch ein starkes Land wie Bayern die Steigerungsraten der letzten drei Jahre bei den Ausgaben nicht auf Dauer durchhalten könne. Ziel sei es, die erfolgreiche Haushaltspolitik des Freistaates fortzusetzen. Markus Söder will also die Haushaltspolitik fortsetzen, obwohl sie nicht durchzuhalten ist. Das ist interessant. Das ist nicht nur ein semantisches, sondern auch ein praktisches Problem.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das, was in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Seehofer gesagt wurde, sind alles schöne Ziele. Doch wenn man es nur ein bisschen ernst meinen würde, dann wüsste man, was es kostet, diese Ziele zu erreichen, und vor allem, wie man die Umsetzung dieser Ziele finanzieren will und kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier stelle ich jedoch Fehlanzeige fest. Nehmen wir als Beispiel die Garantie für die Grundschulen. In der Regierungserklärung hieß es recht wohlklingend, dass keine Grundschule geschlossen werden müsse.

Das klingt sehr gut und wäre auch für uns ein sehr erstrebenswertes Ziel. Was ist aber seitdem passiert? Die Grundschule in Unterjoch muss schließen. Nichtselbstständige Grundschulen waren angeblich mit dieser Aussage nie gemeint. So stand es aber nicht in der Regierungserklärung. Das ist erst im Nachhinein so erklärt worden. Auf die Frage, wie und mit welchem Konzept selbstständige Grundschulen Bestandsgarantie haben sollen, sind Sie uns im Landtag, aber auch den Wählerinnen und Wählern bislang eine Antwort schuldig geblieben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen passiert Folgendes: Wir beantragen ein Modellkonzept für den Erhalt von Grundschulen. Ich halte das für eine vernünftige Lösung. Wir beantragen nicht, dass jede Grundschule erhalten wird, sondern wir beantragen ein Modellkonzept. Was ist mit unserem Antrag passiert? - Er wurde abgelehnt.

Das nächste Versprechen aus der Regierungserklärung war die Ganztagsgarantie. Ganz abgesehen davon, dass dieses Versprechen nicht im Haushalt abgebildet ist, wurde es im November abgegeben. Was ist eigentlich mit der Ganztagsgarantie gemeint? Diese Frage habe ich schon bei der Ersten Lesung gestellt und leider keine Antwort darauf bekommen. Alle Kinder bis vierzehn, hieß es, sollen diese Garantie bekommen. Was meinen Sie damit? Welche Klasse soll das sein, und sollen es alle sein, die das wollen? Oder soll es nur ein Rechtsanspruch entsprechend dem Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte sein? Was ist mit der Ganztagsgarantie gemeint? Was ist seitdem passiert? - Nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das nächste Versprechen aus der Regierungserklärung hieß "Bayern barrierefrei bis 2023". Wie und wann soll das finanziert werden? Ist "Bayern barrierefrei 2023" das neue Schlagwort nach "Bayern schuldenfrei bis 2030"? Ist das wieder nur ein Motto ohne Plan und ohne Geld reinzustecken? Schon bei der Ersten Lesung hatte ich darauf hingewiesen, dass es Haushaltsreste in Höhe von 410 Millionen Euro gibt, mit denen unter anderem Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut werden könnten. Das wäre doch etwas. Verwenden Sie doch wenigstens die Haushaltsreste und gehen Sie ein kleines Stück in Richtung "Bayern barrierefrei".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ebenso habe ich bei der Ersten Lesung mir und Ihnen die Frage gestellt, mit wie viel Geld die CSU-Fraktion die Kürzungen der Staatsregierung bei der klassischen Behindertenhilfe ausgleichen will. Meine sehr

geehrten Damen und Herren, ich spreche hier nicht von der Inklusion oder von Geld für die Inklusion, sondern schlicht und einfach von der klassischen Behindertenhilfe, also von Investitionszuschüssen für Menschen mit Behinderung. Wir wissen doch alle, dass Menschen mit Behinderung heutzutage aufgrund der medizinischen Fortschritte Gott sei Dank älter werden. Was heißt das aber? Man bräuchte mehr Geld für Menschen mit Behinderung; denn dafür steigen die Ausgaben. Um es ganz klar zu sagen, wir brauchen mehr Geld für die Menschen mit Behinderung und die dafür erforderliche Infrastruktur.

Was passiert bei diesem Nachtragshaushalt? Mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2014 steigt das Volumen auf fast 50 Milliarden Euro. Was machen Sie, liebe Staatsregierung, sehr geehrte Frau Sozialministerin Müller? – Sie lassen bei der klassischen Behindertenhilfe tatsächlich eine Kürzung um 3,5 Millionen Euro zu.

Die CSU-Fraktion mildert die Kürzung zwar ab; aber im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt 2011/12 fehlen immer noch 1,5 Millionen Euro. Da kann ein Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung noch so sehr vom Ziel "Bayern barrierefrei 2023" reden, das nützt nichts, wenn hierfür kein Geld in den Haushalt eingestellt wird und wenn dann in der klassischen Behindertenhilfe sogar noch gekürzt wird. Genau deswegen stellen wir unsere beiden Anträge namentlich zur Abstimmung, die lediglich eine Zurücknahme der Kürzung beinhalten, die also nicht mehr Geld fordern, sondern einfach die Kürzung, die die Staatsregierung eingestellt und die CSU-Fraktion nicht ausgeglichen hat, zurücknehmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns bislang außerdem Geld kostet, und zwar bislang unsinnig – es fehlt auch jeglicher Beweis eines positiven Effektes –, ist die Verlagerung bzw. Teilverlagerung von Behörden. Mit diesem Nachtragshaushalt hätten wir noch einmal die Chance gehabt, eine Ausgabe zu stoppen, die die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen 20 Millionen Euro kostet, nämlich die unsinnige Verlagerung der Bewertungsstelle des Finanzamtes München nach Höchstädt.

Außerdem wurde auch noch der Bayernplan groß angekündigt und wurden weitere Behördenverlagerungen angedroht. Anders kann man es nicht sagen, weil das bisher nie effektiv war und einfach viel Geld gekostet hat. Es wurde auch schon vom Bayerischen Obersten Rechnungshof bemängelt. Strukturpolitik auf Kosten der Verwaltung, der Menschen in der Verwaltung und auf Kosten von Synergieeffekten in der Verwaltung ist ein Armutszeugnis.

Mit diesem Nachtragshaushalt wird zum ersten Mal der neue Ressortzuschnitt abgebildet. Was ist passiert? Ein Finanzminister, gleichzeitig der neue Heimatminister, bekommt einen beträchtlichen Teil an Zuständigkeiten, wofür Geld ausgegeben werden muss. Ich werde im Gegensatz zur Ersten Lesung nicht weiter ausführen, wie der Heimatminister den Finanzminister darum bittet, im Haushaltsvollzug Ausgaben zu genehmigen, und sich dann über die durch den Finanzminister Dr. Söder, den Bezirkschef oder den Ich-möchte-gerne-Ministerpräsident-werden-Söder genehmigten Ausgaben freut.

Wie das so zugeht, haben wir gerade erst bei dem Kompetenzgerangel um den digitalen Aufbruch in Bayern in der Aktuellen Stunde erlebt. Darauf möchte ich auch nicht weiter eingehen; das haben wir alle in der letzten Woche hier leibhaftig erlebt.

Was ist in der Ressortverteilung noch passiert? Durch die Zusammenlegung von Schule und Hochschule ist ein Superministerium gebildet worden. Ich bin ganz ehrlich: Auch ich als haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion dachte ziemlich lange, dass das eine gute Möglichkeit wäre, in der Ministerialbürokratie Geld zu sparen. Aber dann habe ich Gespräche mit Verbänden und Vertretern aus den Ministerien geführt und erkannt, dass die Zusammenlegung kaum einen Spareffekt hat und vor allem nichts bringt bzw. ein viel zu großes Monstrum geschaffen hat. Ich erspare Ihnen und mir die Zitate, die aus Ihren eigenen Reihen über den neuen Superminister Spaenle in der Debatte um die Lehrer- und Lehrerinnenstellen fielen. Sie würden sehr wohl deutlich machen, dass man mit der Führung dieses Amtes nicht zufrieden ist. Aber Ressortzuschnitte kann man ja auch wieder ändern, liebe, sehr geehrte Staatsregierung.

Dann gibt es ein paar kleinere Zuschnitte, zum Beispiel die sinnvolle Verlagerung der Schiene zur Straße ins Innenministerium. Vielleicht erkennt man dann endlich, dass die Schiene etwas mehr Bedeutung bräuchte. Dann gibt es noch das angeblich andere Superministerium, das der Wirtschaft. Weil dort große Teile wie die Schiene und das Landesentwicklungsprogramm herausgenommen wurden, gibt es da jetzt zwei Amtschefs. So macht man es. Wenn man auf der Personalseite einsparen will, nimmt man Bereiche aus einem Ministerium heraus, und dafür gibt es zwei B-9-Stellen.

Für all diese Ausgaben, für all die Versprechen, die der Ministerpräsident hier und sonstwo macht, braucht man Einnahmen. In dem internen Aufstellungsschreiben zum nächsten Doppelhaushalt steht lapidar: Alle Möglichkeiten, Einnahmenansätze zu erhöhen, sind weiterhin konsequent auszuschöpfen. Im

Hinblick auf die Politik und auf das, was in Bayern bisher passiert ist, ist das zwar ein Widerspruch in sich – ich komme darauf gleich zu sprechen –; aber das wäre ein Leichtes für den Freistaat.

Jahr für Jahr bemängelt der Bayerische Oberste Rechnungshof: Die Finanzverwaltung ist massiv unterbesetzt. Vor einigen Jahrzehnten hat das an der gleichen Stelle meine Vorgängerin Emma Kellner bemängelt, und selbst in den eigenen Reihen heißt es, wie gesagt, mehr oder weniger offiziell, die Unterbesetzung der Finanzverwaltung sei Absicht, weil man damit Betriebe und reiche Menschen nach Bayern locken möchte. Doch gerecht geht anders. Vor allem brauchen wir diese Einnahmen, um das, was Sie sich oder wir uns vorgenommen haben, in den nächsten Jahren zu finanzieren.

Bisher habe ich über das gesprochen, was wir mindestens einmal im Halbjahrestakt – beim Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs und bei den Haushaltsberatungen – hier im Landtag diskutieren. Sie weisen im Bereich der Finanzverwaltung mit Absicht zu wenig Stellen aus. Doch dieses Mal ist es noch anders. Die Staatsregierung hat der Steuerverwaltung versprochen, dass dann, wenn die Bearbeitung der Kfz-Steuer an den Bund übergeht, die Steuerverwaltung alle diese Stellen bekommt. Der Vermerk "künftig wegfallend" wird analog zu dem, was aufgrund des Druckes durch die Kommunalwahlen jetzt zum Glück bei den Lehrerstellen passiert ist, gestrichen. Damit werden die Stellen erhalten.

Doch was ist passiert? - 25 der der Finanzverwaltung versprochenen Stellen gehen einmal wieder in den Topf, nämlich dahin, wo man laut eigener Bekundungen abbauen will. Aber man braucht eine neue Spielwiese für den Finanzminister: die Filiale des neu geschaffenen Heimatministeriums in Nürnberg. Dorthin gehen nun eben einmal die 100 Stellen, die man eigentlich ganz dringend in der Finanzverwaltung bräuchte.

Schauen wir uns doch einmal den Bundesländervergleich an. In der Steuerverwaltung belegt Bayern fast immer den letzten Platz bei der Betriebsprüfung und bei der Steuerfahndung. Dabei will Bayern immer spitze sein. Seien Sie doch einmal spitze! Das wäre erstrebenswert. Streichen Sie den kw-Vermerk und lassen Sie die Stellen für die Kfz-Steuer bei der Steuerverwaltung. Sie würden damit auch etwas für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Freistaates tun; denn diese würden endlich entlastet. Dass die bayerische Steuerverwaltung sehr, sehr gute Arbeit leistet, zeigen die guten Prüfergebnisse, die so gerne von Ihnen zitiert werden. Tun Sie etwas für die

Einnahmen Bayerns! Stärken Sie die Steuerverwaltung, so wie Sie es versprochen haben!

Jetzt müssen wir noch drei Schritte zurückgehen; denn Sie müssten mehr Planstellen einrichten, um die Steuerverwaltung zu stärken. Sie müssten alle Stellen, die Sie der Steuerverwaltung versprochen haben, der Steuerverwaltung überlassen. Aber jetzt wird es völlig absurd. Wir hier im Hohen Haus sind uns alle einig, dass wir mehr Menschen in der Finanzverwaltung brauchen. Da nehme ich auch gern die Aussagen und die Stoßrichtung der Staatsregierung wahr und begrüße sie. Doch was passiert? - Stellen bleiben unbesetzt. Im Haushaltsplan stehen fast 2.000 Stellen mehr, als in der Finanzverwaltung tatsächlich besetzt sind. Da frage ich mich schon, wie so etwas sein kann. Weigert sich etwa das Finanzministerium, den Haushaltsplan zu vollziehen? Was nützt es, wenn der Landtag einen Stellenplan beschließt und die Regierung die Hände in den Schoß legt?

Ein nächster Punkt. Wir brauchen mehr Stellen in der Finanzverwaltung; da sind wir uns alle einig – so einig, dass Finanzminister Söder sogar behauptet, die Steuerverwaltung habe 2009 fast 1.500 zusätzliche Stellen erhalten. 1.500 neue Stellen für Steuerfahnder sind geschaffen worden. Da frage ich mich schon, wie das gehen soll, wenn die Zahl der Planstellen in der Finanzverwaltung nur um gut 400 gestiegen ist. Angeblich sind 1.500 neue Stellen geschaffen worden; aber die Zahl der Planstellen ist nur um 400 angewachsen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Diese Rechnung schafft nur Markus Söder!)

- Danke, Herr Kollege Halbleib. Neue Zahlen- und Rechenricks vonseiten der Staatsregierung, die wir aus der Diskussion um Lehrerstellen schon gewohnt sind, schlagen jetzt auch hier auf. Bei der Höhe der Rücklage kann man allerdings nicht mehr nett von Rechenricks reden. Da gibt es nichts weiter als eine falsche Darstellung der Tatsachen, Herr Dr. Söder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu Beginn dieses Doppelhaushalts hatten wir gut 4 Milliarden Euro in der Rücklage. Ende 2014 werden es nach Ihren eigenen Angaben 3 Milliarden Euro sein. Wenn also der Finanzminister sagt, dass er die Rücklage aufgestockt hat, ist das schlichtweg falsch. 3 Milliarden Euro sind weniger als 4 Milliarden Euro. Das ist ganz einfach und schlicht festzustellen.

Apropos fehlende Einnahmen: Bei der Landesbank sah es einmal kurz, ganz zufällig vor der Landtagswahl, so aus, als ob die Landesbank in Zukunft tatsächlich dem Staat wieder mehr Geld einbringt, als

sie ihn kosten würde. Dies war einmal ganz kurz vor der Landtagswahl. Jetzt ist es wie folgt: Die BayernLB hat im vergangenen Jahr keinen Gewinn erzielt, und jetzt darf sie keine Dividende ausschütten. Um das auszugleichen, zahlen Sie aus dem entsprechenden Kapitel, der stillen Einlage, knapp 400 Millionen Euro, damit das Loch in diesem Jahr gestopft wird. – Schön und gut. Aber: Mehr Geld gibt es dadurch auf Dauer nicht. Die Rückzahlung der stillen Einlage wird einfach nur vorgezogen, um die ausbleibenden Zahlungen auszugleichen.

Trotz aller Rückzahlungsrhetorik vonseiten der Staatsregierung sieht die Bilanz für den Haushalt immer noch negativ aus. Die Landesbankrettung wird die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bis Jahresende gut 12 Milliarden Euro gekostet haben. Wenn der Plan aufgeht, aber auch nur dann, wird die Bank bis Jahresende knapp 1,7 Milliarden Euro an den Staat gezahlt haben. Es bleibt immer noch ein Minus von gut 10,5 Milliarden Euro übrig. Die Tilgung der Schulden der Landesbank ist also bis auf Weiteres verschoben – ganz zu schweigen von den Risiken, die aufgrund der Hypo Alpe Adria noch bestehen könnten.

Auf der Einnahmenseite gab es an dieser Stelle zumindest noch in der letzten Legislatur, also vor nicht gar zu langer Zeit, einen Punkt, über den wir einen ganz großen Dissens hatten. Sie waren hier und erklärten es als Ihr wichtigstes Ziel, das Einzige, was erstrebenswert ist, die kalte Progression abzubauen. Wenn wir in der letzten Legislatur, meist in Person von Eike Hallitzky, auch nur wagten zu sagen, dass dieses zwar ein schönes, ein wirklich erstrebenswertes Ziel sei, man aber für eine Gegenfinanzierung sorgen müsse, bevor man an den Abbau der kalten Progression herangehen könne, weil alles andere unsolid sei, was passierte dann? – Da war das Geschrei auf dieser Seite des Hauses groß, allen voran von Dr. Söder, dass die GRÜNEN dem kleinen Mann wieder nichts von seiner Hände Arbeit gönnen usw. und so fort. Was Sie, Herr Dr. Söder und Herr Ministerpräsident, in Bezug auf die kalte Progression vor der Wahl und nach der Wahl gesagt haben, ist schlicht und einfach Wählertäuschung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert denn seitdem mit den Einnahmen? - Sie sprudeln weiterhin. Man will dies gar nicht wahrhaben. Es gibt aber immer mehr Steuermehreinnahmen; das ist so. Deswegen ist dies Wählertäuschung.

Ganz kurz zum FAG. Auch wir wollen – das haben wir im letzten Doppelhaushalt beantragt und werden es auch wieder tun – den kommunalen Anteil am allge-

meinen Steuerverbund von 15 % anheben. Das haben wir jetzt im Nachtragshaushalt nicht abgebildet; wir werden es aber noch tun. Wir finden es sehr wichtig, dass der kommunale Anteil angehoben wird. Wir wollen nicht den goldenen Zügel nach dem Motto: hier einmal und da einmal eine Bezuschussung, sondern wir wollen den Anteil am allgemeinen Steuerverbund anheben.

Was ist seit der Ersten Lesung passiert? – Sie, die CSU-Fraktion, haben den Haushalt kein bisschen generationengerechter gemacht. Nach wie vor gilt der Grundsatz: Egal, wie unsolid es ist, werden die Schulden PR-wirksam getilgt, statt etwas für die Vorsorge zu tun. Warum unsolid? – Die Schuldentilgung ist geringer als die Rückzahlung der BayernLB und die ersparten Mittel für die Vorsorge insgesamt. Das belegt, dass das Konzept mit dem neuen Pensionsfonds schon im Eimer ist, bevor es richtig losgeht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist Wähler- und Beamtentäuschung. Noch einmal anders gesagt: Der Griff in die Rücklage, um Einnahmen und Ausgaben bei diesem Nachtragshaushalt auszugleichen – das sind über 800 Millionen Euro –, ist größer als die angebliche Schuldentilgung von 500 Millionen Euro.

Wir wollen stattdessen einen Haushalt, der grün, generationengerecht und sozial gerecht ist. Unsere Schwerpunkte sind: mehr Geld für energetische Sanierung, weniger für Staatsstraßen, im Bereich Soziales mehr Geld für Schwerbehinderte, Blindengeld, keine Kürzung im Behindertenplan, mehr Geld für die Asylsozialberatung, in der Bildung mehr Geld für Ganztagschule und Inklusion. Alle unsere Anträge sind gegenfinanziert, wie Kollege Bachhuber vorher bestätigt hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielen Dank für die Ehrlichkeit an dieser Stelle und auch im Ausschuss. Ich habe das vorher schon in einer Zwischenbemerkung gesagt. Im Gegensatz zur CSU sind wir mit unseren Anträgen ohne Mehrausgaben ausgekommen. Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Der nächste Redner ist Herr Kollege Peter Winter von der CSU.

Peter Winter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Herr Ministerpräsident! Liebe Frau Stamm, Schuldentilgung ist Vorsorge. Ich hätte mir Visionen gewünscht. Stattdessen haben Sie im Klein-Klein irgendwelche Dinge aus dem Haushalt he-

rausgepickt, um dann darzustellen, wie Sie sich Haushaltsgestaltung vorstellen. Ich habe eigentlich geglaubt, dass Sie in die Zukunft blicken, statt nur rückwärtsgewandt irgendwelche Thesen zu vertreten, auf die ich noch eingehen werde.

(Beifall bei der CSU)

Ich freue mich, dass wir heute nach wirklich arbeitsintensiven Wochen der Beratungen im Haushaltsausschuss den 2. Nachtragshaushalt 2014 beschließen können. Auch ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss bedanken. In fünf Sitzungen haben wir in über 22 Stunden Sitzungszeit in der Sache oft streitig, aber, wie ich meine, letztlich doch konstruktiv zusammengearbeitet. Lieber Herr Kollege Knoblauch, auch wir wissen, auch aus unserer kommunalen Tätigkeit, dass Haushalte keine Wunschkonzerte sind, sondern dass man Einnahmen und Ausgaben immer sehr sorgfältig abwägen muss.

Mein Dank gilt unserem Finanzminister und seinen beiden Staatssekretären für ihre stetige und aktive Präsenz bei unseren Beratungen. Aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, der Fraktionen sowie der Ministerien gilt der Dank für die gute Vorbereitung unserer Sitzungen.

(Beifall der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

- Sehr schön!

(Allgemeiner Beifall)

- Das wird den Mitarbeitern gefallen. Ich danke Ihnen.

Wir haben neben dem Nachtragshaushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 14 verschiedene Einzelpläne beraten. Dabei musste der Ausschuss 238 Änderungsanträge und eine stattliche Zahl von Eingaben bewältigen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen der Opposition, ich kann die Worte von Franz Müntefering sehr gut nachvollziehen, dass es schwer ist, einem solchen positiven Zahlenwerk, das den Menschen in Bayern hilft, etwas entgegenzuhalten, wenn die Faktenlage eindeutig ist.

Wir, die CSU-Fraktion, haben mit 17 eigenen Anträgen deutliche Akzente im Nachtragshaushalt gesetzt, auf die ich später eingehen werde. Ich bedanke mich auch für die nahezu einstimmige Zustimmung zu diesen Anträgen der CSU-Fraktion.

Bayern ist das Land der stabilen Staatsfinanzen. Daran lassen wir nicht rütteln. Wir haben in Bayern gezeigt, dass solide Haushaltspolitik zugleich die

Grundlage für eine Politik der Zukunftsgestaltung ist. Abgesehen von unserer Investitionsrate investieren wir in unsere Familien, in beste Bildung und in Innovation. Der Haushalt ohne neue Schulden und seit 2012 der konsequente Schuldenabbau sind wesentliche Bausteine unserer erfolgreichen Strategie. Wir stärken den Standort Bayern im internationalen Wettbewerb dauerhaft, indem wir Gestaltungsspielräume erhalten und ausbauen. Nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte und Haushaltskonsolidierung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Bayern ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort im Herzen Europas. Unsere hervorragende Bilanz ist das Ergebnis des Einsatzes und der Arbeit unserer bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine wettbewerbsstarke Wirtschaft mit einer hohen Investitionskraft. Mit einer Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 2008 bis 2013 in Höhe von 8,5 % belegt der Freistaat Bayern im Ländervergleich mit Abstand eine Spitzenposition. Bayern ist der Wirtschaftsmotor in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Laut einer aktuellen Auswertung des IW Köln liegt Bayern sowohl beim wirtschaftlichen Niveau als auch bei der Dynamik ganz vorne. Unter den besten zehn Regionen finden sich jeweils sieben bayerische Regierungsbezirke.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Ausdruck unserer Wirtschaftspolitik für ganz Bayern für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regierungsbezirken. Diese Entwicklung unterstützen wir auch durch eine massive Aufstockung der Regionalförderung. Wir haben die Regionalförderung im Nachtragshaushalt 2012 um 40 Millionen Euro und im Doppelhaushalt 2013/2014 um weitere 20 Millionen Euro auf derzeit rund 160 Millionen Euro erhöht. Das zeigt: Wir tun viel für gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern.

Angesichts dieser positiven Daten finde ich manchen Vorwurf der Opposition etwas verwunderlich. Wenn man sich die Vorwürfe und die Änderungsanträge der Opposition näher anschaut, fällt vor allem eines auf. Das Motto lautet: mehr fordern, ohne seriöse Vorschläge zur Gegenfinanzierung.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Vorschläge zur Gegenfinanzierung oder Umschichtung gemacht werden, sind diese oft untauglich, wie etwa der Vorschlag der GRÜNEN, die Mittel für die Schuldentilgung in Höhe von 540 Millionen Euro in den Pensionsfonds zu stecken. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das passt nicht zu unserem Gesamtkonzept aus Schuldenabbau und Pensionsvorsorge.

Liebe GRÜNEN, wir können auch einer Streichung des Frankenschnellweges nicht zustimmen, weil wir für dieses Land eine funktionierende Infrastruktur brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Die Schuldzinsen, die wir uns bei einem vollständigen Schuldenabbau bis zum Jahr 2030 – ab dem Jahr 2031 dauerhaft – ersparen, dienen gerade der Mitfinanzierung künftiger Pensionsaufwendungen. An dieser Stelle möchte ich auch einige Beispiele für schlicht nicht finanzierbare Änderungsanträge der Opposition nennen, die wir im Ausschuss intensiv beraten haben. So haben die FREIEN WÄHLER – Herr Kollege Bachhuber hat darauf hingewiesen – allein zum kommunalen Finanzausgleich Mehrausgaben in Höhe von über einer Milliarde Euro gefordert, ohne zu verraten, woher der Freistaat das Geld nehmen soll. Das sind allein die Mehrforderungen der FREIEN WÄHLER zum kommunalen Finanzausgleich, die bezifferbar sind.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir lassen keine Kommunen verhungern!)

– Bei uns hungert niemand. Gucken Sie sich einmal ein bisschen um. Ich weiß nicht, wo Sie in Afrika unterwegs sind.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Man könnte fast meinen, die FREIEN WÄHLER haben sich von Anträgen der SPD inspirieren lassen, mit denen die SPD – zugegebenermaßen kurz vor der Kommunalwahl – für Kommunen einen Maximalforderungskatalog aufgestellt hat. Bereits in der Ersten Lesung habe ich erwähnt, dass allein die darin enthaltenen Forderungen zum kommunalen Finanzausgleich den Freistaat mehr als eine Milliarde Euro kosten würden, ohne dass Sie einen einzigen Vorschlag zur Gegenfinanzierung machen, ohne zu sagen, woher das Geld kommt.

Derzeit habe ich aber den Eindruck, dass die FREIEN WÄHLER die SPD überholen wollen. Die FREIEN WÄHLER haben jetzt zum kommunalen Finanzausgleich eine Vielzahl von Forderungen aufgestellt, zum Beispiel die Erhöhung des Kommunalanteils – wir haben es gehört –, die Erhöhung der Investitionskostenförderung für bayerische Krankenhäuser – die

Kommunen wollen da etwas anderes, was man erfährt, wenn man mit ihnen spricht – und die Erhöhung der Zuweisung für notwendige Schülerbeförderungskosten. Allein diese drei Punkte belaufen sich nochmals auf 800 Millionen Euro. Wir reden hier von Änderungsanträgen zu einem Nachtragshaushalt.

Wenn man diese Anträge sieht, könnte man annehmen, dass der kommunale Finanzausgleich 2014 stark zurückgegangen ist, doch das Gegenteil ist der Fall: Mit über knapp 8 Milliarden Euro hat der kommunale Finanzausgleich ein absolutes Rekordniveau erreicht. Wir sind und bleiben unseren Kommunen ein starker und verlässlicher Partner. Wir unterstützen sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das glauben Sie doch selber nicht!)

– Ich glaube immer alles, was ich sage. Lieber Herr Pohl, noch ein kurzes Wort zur Gegenfinanzierung. Sie haben den Satz gesagt – so kann man es jedenfalls in den Nachrichten des Bayerischen Beamtenbundes lesen, dieser Satz hat mir eigentlich sehr gefallen –: "Verantwortungsvolle Haushaltspolitik sucht jedoch auch nach Einsparmöglichkeiten." Aus Ihren Änderungsanträgen muss ich allerdings schließen, dass Sie nach solchen Einsparungsvorschlägen noch auf der Suche sind; denn bisher haben wir im Haushaltsausschuss alle noch keine Vorschläge gehört. Oder meinen Sie damit unsere verantwortungsvolle Haushaltspolitik? Unsere Haushaltspolitik zeichnet sich nämlich durch folgende Schwerpunkte aus: den Haushalt ohne neue Schulden und den konsequenten Schuldenabbau.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Ausgaben im Jahr 2014 sind solide finanziert. Alle zusätzlichen Ausgaben im Nachtragshaushalt werden aus eigenen Mitteln erbracht.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Auch wenn man von Oppositionsseite die Dinge gerne etwas anders darstellt, ist Fakt: Der Freistaat Bayern gibt nur das aus, was vorher erwirtschaftet worden ist.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Wir machen keine neuen Schulden, nein. Wir zahlen Schulden zurück. Im Zeitraum 2012 bis 2014 haben wir bereits 2,54 Milliarden Euro zurückgezahlt. Daran ändern auch Vorwürfe der Opposition über eine ver-

steckte Verschuldung und all diese Dinge nichts. Irgendwie gewinnt man den Eindruck, liebe Opposition, die solide Finanzpolitik der CSU soll mangels anderer Fakten kleingeredet werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Mit diesem Nachtragshaushalt reagieren wir auf Notwendigkeiten. Zur Bewältigung der Folgen des Hochwassers im Mai/Juni 2013 und der sich daraus ergebenden schwierigen Verhältnisse werden 404 Millionen Euro vorgesehen. Die Mehrausgaben zur Zahlung im Länderfinanzausgleich von 200 Millionen Euro tun mir weh. Diese Summe ist ebenso eingestellt wie die auch in Bayern steigenden zusätzlichen Ausgaben im Asylbereich in Höhe von rund 180 Millionen Euro.

Traditionell wird in den Nachtragshaushalten der Stellenplan nicht allgemein geöffnet. Der zweite Nachtrag 2014 beschränkt sich daher auf die weiteren Verbesserungen im Stellenbereich und auf besondere Schwerpunkte, nämlich auf den Hochwasserschutz, auf die Justiz und vor allem auf die Finanzverwaltung. Sie kennen die Zahlen. Auch auf diesen Gebieten haben wir Stellen geschaffen.

Daneben haben wir als CSU-Fraktion die Garantie abgegeben, dass in dieser Legislaturperiode trotz der auch in Bayern sinkenden Schülerzahlen alle Lehrerstellen an den Schulen erhalten bleiben. Das spricht dafür, dass 829 Lehrerstellen auch im Schuljahr 2014/2015 fortbestehen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Gilt das für alle?)

– Herr Kollege Pohl, Sie waren in den Ausschusssitzungen dabei. Sie haben doch mitgemacht und wissen auch, dass wir diese Garantie abgegeben haben und die Lehrer einstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Mit der Lehrstellengarantie setzen wir ein Zeichen für den Ausbau der Ganztagschulen, die Inklusion, die Stützung kleiner Grundschulstandorte und den Ausbau der individuellen Lernzeit.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Auch Hindelang?)

Ein weiterer Schwerpunkt des Nachtrages ist die Finanzierung der Tarif- und Besoldungsrunde. Im Nachtragshaushalt wird die Erhöhung für 2014 ausfinanziert und finanziell abgesichert. Auch da stehen wir

bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wort.

Wir haben als CSU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen einige wichtige Schwerpunkte gesetzt, insbesondere bei den Investitionen. Insgesamt haben wir Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von über 50 Millionen Euro mit auf den Weg gebracht. Mit 25 Millionen Euro ist gut die Hälfte davon für den Erhalt unserer Staatsstraßen und Brücken vorgesehen. Wir gewichten damit die Bestandserhaltung stärker als den Neubau. Bereits der Regierungsentwurf sah eine Erhöhung der Mittel für den Um- bzw. Ausbau von Staatsstraßen um 10 Millionen Euro vor; damit lagen wir bereits bei Investitionen von 225 Millionen Euro in diesen Bereich. Rechnet man die erwähnten 25 Millionen Euro hinzu, kommt man auf insgesamt 250 Millionen Euro allein an investiven Baumitteln für die öffentliche Straßeninfrastruktur im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Mit den geplanten Baumaßnahmen stärken wir gezielt die Verkehrsinfrastruktur und verbessern so die Anbindung der ländlichen Räume an die Ballungszentren.

Wir unterstützen die Energiewende. Auf Initiative unserer Fraktion werden im Jahr 2014 10 Millionen Euro zusätzlich für die Steigerung der Energieeffizienz staatlicher Gebäude bereitgestellt. Damit verbessern wir das bestehende Sonderprogramm "Energetische Sanierung staatlicher Gebäude" für das laufende Jahr von 20 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um den CO₂-Ausstoß in Bayern nachhaltig zu reduzieren.

Was den Bereich der inneren Sicherheit angeht, so wollen wir unsere Polizistinnen und Polizisten noch besser gegen Gewalt schützen. Mit rund 5,5 Millionen Euro wird die Schutzausrüstung der Polizei weiter verbessert. Ich erinnere an die Debatte, die wir hier über den Einsatz unserer Polizistinnen und Polizisten in Hamburg geführt haben. Mit den zusätzlichen Mitteln beheben wir Schwachstellen in deren Ausrüstung. Wir wollen die schützen, die uns schützen.

(Beifall bei der CSU und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Für Investitionen in staatliche Liegenschaften stellen wir insgesamt 5 Millionen Euro zusätzlich bereit. Ein Teil der geplanten Maßnahmen dient dazu, ein Mindestmaß an Barrierefreiheit umzusetzen. So wollen wir Menschen mit Behinderung zum Beispiel den selbstständigen Konzertbesuch im Herkulesaal und im Brunnenhof der Münchner Residenz ermöglichen.

Diese Maßnahmen sind ein Schritt in Richtung unseres erklärten Ziels, ein barrierefreies Bayern zu erreichen.

Auf Initiative unserer Fraktion werden außerdem 3,75 Millionen Euro für Verbesserungen im sozialen Bereich zur Verfügung gestellt. Davon sind 2 Millionen Euro zur Umsetzung des Bayerischen Landesplanes für Menschen mit Behinderung vorgesehen. Daneben stellen wir 1,75 Millionen Euro für den Ausbau der Asylsozialberatung bereit. Die Asylsozialberatungsstellen sind die zentralen Ansprechpartner der Asylbewerber vor Ort. Wir wollen auch hier ein Zeichen setzen.

Wir leben in einem digitalen Zeitalter. Auch im Bereich der Bildung sind digitale Technologien und Kompetenzen für das Informationszeitalter ein treibender Motor unserer Zukunftsfähigkeit. Im Nachtragshaushalt wollen wir die digitale Bildung mit rund 1 Million Euro voranbringen. Mit diesen Mitteln soll die Entwicklung einer neuen zentralen Software zur Umsetzung der digitalen Bildung in Bayerns Schulen gefördert werden. Damit helfen wir den Schülerinnen und Schülern bei der Entfaltung ihrer digitalen Bildungskompetenz. Außerdem haben wir im Bildungsbereich dafür gesorgt, dass die Schulaufwandspauschale zum 1. August 2014 erhöht wird. Dadurch verbessert sich die Förderung privater Träger von Grund- und Hauptschulen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an Ihre Redezeit.

Peter Winter (CSU): - Ununterbrochen. – Noch kurz:

(Widerspruch bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine halbe Million Euro für den Kampf gegen die Droge Crystal Meth eingesetzt. Damit wollen wir ein Zeichen gegen dieses verheerende Drogenproblem im bayerisch-tschechischen Grenzraum setzen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, bin fest davon überzeugt, dass das ein Nachtragshaushalt für die Zukunft ist. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Moment! Lieber Herr Kollege Winter, ich wollte Sie zwar unterbrechen, aber nicht vom Podium vertreiben.

Peter Winter (CSU): Danke, Herr Präsident.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Wir haben nämlich noch eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter, geschätzter Herr Kollege Winter,

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Sie haben gesagt, dass das, was ich vorhin dargelegt habe, Klein-Klein gewesen sei. Daher möchte ich noch einmal die wichtigsten Fakten nennen: Dieser Nachtragshaushalt weist ein Finanzierungsdefizit von 820 Millionen Euro auf. Einnahmen und Ausgaben klaffen insoweit auseinander. Das Geld wird aus der Rücklage genommen. 820 Millionen Euro – wenn Sie das Klein-Klein nennen, finde ich das schon sehr spannend.

Dann haben Sie ein schönes Beispiel genannt: Die Residenz wird mit Ihrer Hilfe barrierefrei ausgebaut. Das ist begrüßenswert. Nichtsdestotrotz wünsche ich mir, dass es in der klassischen Behindertenhilfe nicht zu Kürzungen kommt. Die behinderten Menschen brauchen diese Infrastruktur. Geben Sie sich heute einen Ruck und stimmen Sie unseren Anträgen zu! In diesem Bereich fehlen 1,5 Millionen Euro. Es kommt letztlich zu einer Kürzung und nicht zu einer Steigerung, die wir aber brauchen.

Ferner möchte ich fragen, was Klein-Klein daran ist, wenn wir – im Gegensatz zu Ihnen – unsere Anträge gegenfinanzieren. Laut Anträgen der CSU-Fraktion kommen noch einmal 20 Millionen Euro aus der Rücklage.

Schließlich möchte ich wissen, was Klein-Klein daran ist, wenn ich die Staatsregierung auffordere, einfach nur zu beziffern, wie viel all die Versprechungen kosten, die Ministerpräsident Seehofer in seiner Regierungserklärung abgegeben hat. Es gibt keinerlei Plan, was die Grundschulgarantie und die Ganztagsgarantie angeht. Wie wollen Sie die Ziele erreichen, wie wollen Sie das finanzieren? Wir sind, was diese Ziele angeht, gern dabei. Aber wir müssen wissen, wie Sie das alles finanzieren wollen. Ich bin gespannt.

Neulich haben sich CSU und Staatsregierung selbst verordnet, nicht mehr 6 %, sondern nur noch 3 % Steigerung des jährlichen Haushaltsvolumens vorzusehen. In den vergangenen Jahren, insbesondere vor Wahlen, waren Steigerungen um 6 % normal. Ich bin gespannt darauf, wo Sie umschichten, einsparen und Prioritäten setzen, nachdem Sie alle Umschichtungsvorschläge, die von uns kommen, gleich schlechtmachen. Ich würde jedenfalls gern Mäuschen in der CSU-Fraktion sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Peter Winter (CSU): Ich unterstelle einfach, dass die Verwaltung des Hohen Hauses dafür sorgt, dass in unserer Konferenzsaal keine Mäuse herumlaufen. - Liebe Frau Kollegin, ich sagte es schon – Kollege Bachhuber hat auch deutlich darauf hingewiesen –: Wenn Sie solche Vorschläge unterbreiten – dass Sie Vorschläge unterbreiten, erkennen wir an –, aber als Gegenfinanzierung die Streichung des Frankenschnellwegs empfehlen, dann lehnen wir das ab. Wir meinen, dass der Frankenschnellweg eine wichtige Infrastrukturmaßnahme ist.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin und liebe Mitglieder Ihrer Fraktion, Sie brauchen sich nicht zu wundern; wir gehen im Haushaltsausschuss ordentlich miteinander um. Nach all den Dramen, die Sie hier geschildert haben, und nach der von uns beschlossenen Beschränkung der Ausgabensteigerung auf 3 % hätten Sie eigentlich einen Jubelschrei loslassen müssen. Unser Beschluss müsste Ihnen doch total ins Konzept passen. Deshalb verstehe ich Ihre Kritik nicht.

Ich füge hinzu: "Klein-Klein" drückt für mich aus, dass Sie die großen Strukturen, die dieser Nachtragshaushalt mit sich bringt, nicht anerkennen. - Ich sage Ihnen noch etwas: Wir haben das Geld, das wir ausgeben, erwirtschaftet. Wenn eine Hochwasserkatastrophe eintritt, dann reagieren wir darauf im Sinne der betroffenen Menschen. Auch das ist Teil des Nachtragshaushalts. Aber das wissen Sie doch alles, Frau Kollegin Stamm.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Halbleib. Bitte schön.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind am Schluss einer sehr intensiven Haushaltsberatung im Bayerischen Landtag angelangt. Ich darf auf die Vorredner Bezug nehmen, auf zwei geschätzte Kollegen des Haushaltsausschusses von der CSU, Kollegen Bachhuber und Kollegen Winter.

Lieber Kollege Bachhuber, zunächst zu Ihnen: Ich weiß nicht, wie man das bezeichnen kann, was Sie am Anfang Ihrer Ausführungen von diesem Rednerpult aus von sich gegeben haben. Wenn ich es freundlich umschreiben sollte, würde ich sagen: Das war ein Stück weit haushaltspolitisches Bauerntheater.

(Beifall bei der SPD)

Als Sie sich auf die Finanzpolitik bezogen, sprachen Sie tatsächlich von "alten" Schulden, die abgebaut werden. Ich weise darauf hin, dass die Schuldenlast dieses Freistaates erst vor Kurzem, aufgrund Ihres Steuerungsverlustes bei der Landesbank, um 10 Milliarden Euro gestiegen ist. Es ist Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, für den Abbau der von Ihnen selbst herbeigeführten Nettoneuverschuldung zu sorgen. Aber Sie reden hier von "alten" Schulden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Es geht schon um die strukturellen Verbesserungen für die Kommunen. Wenn alles stimmt, was Sie in Jubelorgien über den kommunalen Finanzausgleich sagen, frage ich Sie: Wie eng ist Ihr Kontakt zu Ihren früheren Berufskollegen, den Bürgermeistern und Kommunalpolitikern vor Ort? Was die Kommunalpolitiker über die kommunale Finanzausstattung sagen, widerspricht dem, was Sie hier mit Jubeltönen von sich geben. Ich frage Sie: Warum denken wir jetzt schon darüber nach, wie wir den kommunalen Finanzausgleich in Bayern strukturell reformieren, wenn alles in Ordnung ist? Herr Kollege Winter, eines darf ich auch noch einmal ansprechen: Wenn wir nach der neuen Direktive des Herrn Ministerpräsidenten von Ausgabensteigerungen von 1,5 Milliarden Euro – 1,5 % des Ausgabevolumens – ausgehen, dann reden wir beim nächsten Doppelhaushalt über drei Milliarden Euro Ausgabensteigerungen. An dieser Stelle frage ich, warum es falsch ist, wenn eine Milliarde Euro von diesen drei Milliarden Euro – das ist ein Drittel – in die bayerischen Kommunen fließt. Das ist richtige Kommunalpolitik. Sie verweigern sich dieser Notwendigkeit. Das darf ich an dieser Stelle einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss den hohen Ton der vermeintlich soliden Finanz- und Haushaltspolitik ansprechen. Sie reden immerfort von den Fragen: Wie werden diese Anträge gedeckt? Wie werden diese Anträge finanziert? Ich weise noch einmal darauf hin, dass Sie in diesem Haushaltsjahr 2014 einen negativen Finanzierungssaldo von gut einer halben Milliarde Euro hatten. Sie haben ihn mit diesem Nachtragshaushalt um 176 Millionen Euro auf 767 Millionen Euro erhöht. Diese Ausgaben sind durch die Einnahmen nicht abgedeckt. Das ist die Wahrheit. Sie haben noch einmal 20 Millionen Euro draufgelegt. Sie entnehmen etwa 1,3 Milliarden Euro aus der Rücklage, um diesen Haushalt zu decken. Tatsächlich fragen Sie die Opposition, woher sie die Deckung für ihre Verbesserungsvorschläge

nimmt. Sie halten uns den Spiegel vor. Schauen Sie selbst einmal in den Spiegel hinein! Im Augenblick sind Sie die Unsoliden in der Haushaltspolitik. Das haben Sie doch unter Beweis gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least: Wer sich immer als Klassenprimus aufführt, braucht nicht auf Vergleiche mit anderen Bundesländern zu verweisen. Wer sich als Klassenprimus aufführt – das habe ich bereits in der Eingangsrede gesagt –, aber beim Schummeln, nämlich beim Brechen seiner eigenen Grundsätze, erwischt wird, darf sich über berechtigte Kritik nicht wundern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer anderen hohe Maßstäbe vorhält und sich in seiner eigenen Haushaltspolitik nicht an diesen orientiert, den muss man berechtigterweise deutlich kritisieren, auch bei diesem Nachtragshaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Bei den hohen Maßstäben in der Haushaltspolitik hört es nicht auf, es geht auch um die klaren Versprechungen, die Sie gemacht haben. Diese halten Sie in diesem Nachtragshaushalt nicht ein. Es geht um die Versprechungen, die der Herr Ministerpräsident und die CSU beim Bayernplan gemacht haben. Es geht um die Versprechungen, die der Herr Ministerpräsident in diesem Hause von diesem Rednerpult aus im Rahmen seiner Regierungserklärung gemacht hat. Ich darf auf einige Punkte hinweisen, bei denen wir dafür gesorgt haben – Herr Ministerpräsident, hören Sie gut zu –, dass die CSU in diesem Landtag die Chance bekommt, die Versprechungen des Herrn Ministerpräsidenten in der realen Haushaltspolitik einzulösen. Ich musste feststellen, dass die Versprechungen des Ministerpräsidenten dann, wenn es ans Eingemachte, ans Geld und um die Tatsachen geht, nicht mehr gelten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kritisieren wir von dieser Stelle aus.

(Beifall bei der SPD)

Was ist denn mit dem Versprechen, die komplette demografische Rendite bei den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule zu belassen? Was ist mit dem Versprechen? Es ist bekannt, dass, unmittelbar nachdem dieses Versprechen im Bayernplan gegeben wurde, 773 Lehrerstellen weggefallen sind. Sie wurden "kw"-gestellt. Sie wurden aus dem Schulsystem getilgt, obwohl sie nach den Versprechungen des Herrn Ministerpräsidenten zum Bayernplan im Schulsystem bleiben sollten. Wir haben Ihnen im Rahmen der Haushaltsberatungen die Chance gegeben, dies zu korrigieren. Wir geben Ihnen heute in der Plenarabstimmung noch einmal die Möglichkeit, das zu korrigieren. Es bleibt ein Skandal, dass Versprechen zum

Kernbereich unserer Aufgaben, nämlich zur Lehrerausstattung, im Zuge der Haushaltspolitik gebrochen werden.

Der nächste Punkt betrifft die Barrierefreiheit. Das große Ziel, das der Herr Ministerpräsident zu Recht anstrebt, lautet: Bayern Barrierefrei 2023. Wir stellen fest und sind ein bisschen schockiert, dass man im ersten Haushaltsjahr, in welchem wir dies gestalten und umsetzen könnten, keinen zusätzlichen Cent in den Haushalt aufnimmt, um das ehrgeizige Ziel umzusetzen. Bayern Barrierefrei 2023 – in diesem Nachtragshaushalt leider Fehlanzeige. Zu diesem Punkt geben wir Ihnen die Chance, heute noch einmal eine Korrektur vorzunehmen. Es ist nicht gut, wenn Sie Versprechungen machen und in diesem Hause sagen, das ist ein wunderbarer Haushalt. Dieser wunderbare Haushalt bricht die Versprechen, die zur Barrierefreiheit im Freistaat gegeben wurden. Das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte noch viele andere Punkte ansprechen, will mich aber auf ein paar Eckpunkte konzentrieren. Das gilt auch für die Frage: Wie geht es in der Haushaltspolitik weiter? Ich darf einmal den Umgang mit unseren Äußerungen, den Äußerungen der Opposition und den Äußerungen des Obersten Rechnungshofes infrage stellen. Der Oberste Rechnungshof hat das Gleiche gesagt wie wir: Die Haushaltspolitik in der Art, wie wir sie vorfinden, ist nicht solide. Beleidigte Reaktionen waren an der Tagesordnung. Das wurde als anmaßend bezeichnet. Man hat larmoyant reagiert. Das führte bis zur Ankündigung einer Verlagerung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs an die Adresse des Herrn Rechnungshofpräsidenten. Jetzt hört sich das plötzlich anders an. Die Kritik, die vorher noch zurückgewiesen wurde, ist plötzlich doch berechtigt. Zumindest lässt sich das aufgrund der Pressemitteilungen der letzten Tage so interpretieren. Ich muss eines fragen: War der bisherige Kurs richtig, wenn jetzt eine Kurskorrektur vorgenommen werden soll? Wenn das, was Sie bisher mit Überzeugung vortragen haben, richtig war, frage ich mich, warum jetzt eine Kurskorrektur erfolgen soll. Wenn das nicht richtig war, hat vieles von dem, was Sie bisher gesagt haben, nicht gestimmt.

Ich hätte gerne Auskunft darüber – das interessiert die Menschen da draußen –, was der Ausgabenanstieg um 3 % jährlich im Haushalt bedeutet. Auf welcher Grundlage, mit welcher Gewichtung und welcher Konsequenz erfolgt er? Die entscheidende Frage ist doch, was mit den großen Versprechungen des Ministerpräsidenten der CSU aus dem Bayernplan und der Regierungserklärung passiert. Sind die großen Ver-

sprechungen mit diesem Haushaltskonzept – so nenne ich es einmal – umsetzbar? Was ist mit dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse? Was ist mit den notwendigen Zukunftsinvestitionen? Was ist mit der Barrierefreiheit in näherer Zukunft? Was ist mit der Übernahme der Kindergartengebühren? Was ist mit der bedarfsgerechten Finanzausstattung der Kommunen? Was ist mit Bildung, Hochschule und Forschung? Was ist mit der Ertüchtigung der Infrastruktur? Was ist mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse? Was ist mit der Familienfreundlichkeit in Bayern? Was ist mit der Förderung des Ehrenamts? - Auf diese Fragen geben Sie keine Antworten. Das interessiert die Menschen – nicht 2 %, nicht 3 %, nicht 4 %. Die Menschen interessiert die Frage, wie Sie den Herausforderungen gerecht werden. Dazu habe ich in den letzten Wochen, Tagen und auch heute wenig gehört. Anstatt allgemeiner Aussagen hätten Sie sagen sollen, was die bayerischen Bürger von der CSU und der Staatsregierung zu erwarten haben – leider Fehlanzeige an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle gebe ich noch einmal einen Hinweis: Wer vom Abbau der Verschuldung redet, aber nicht von der versteckten Verschuldung reden will, der soll lieber gar nicht vom Abbau der Verschuldung reden. Was Sie machen, ist ein Abbau der Verschuldung auf Kosten der Pensionsvorsorge, auf Kosten der Kommunen und zugunsten der versteckten Verschuldung, die aufgebaut wird. Die Gebäude- und Straßeninfrastruktur dieses Freistaats wird immer schlechter. Die Infrastruktur sollte endlich in den Zustand gebracht werden, den die Bürgerinnen und Bürger erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Hinsichtlich der Investitionsquote muss sich der Klassenprimus auch an den eigenen Worten messen lassen. Die Investitionsquote von 12 % wird gefeiert. Es ist noch gar nicht so lange her, dass ein Finanzminister dieser Staatsregierung von diesem Pult aus gesagt hat: Die natürliche Investitionsquote des Freistaats Bayern liegt bei 15 %. Damit bleiben Sie sehr deutlich unter Ihren früher selbst gesetzten Zielen in der Finanzpolitik und versuchen sogar noch, dies als einen ganz besonderen Aufbruch zu verkaufen. Das können Sie mit uns nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich habe eine Frage an Sie. Da geht es um die Stellen im Freistaat Bayern, um die Menschen, die die Politik umsetzen müssen, die Verbesserungen für die Menschen durchsetzen und für die Daseinsvorsorge da sind. Sie geben jetzt neue Ziele für die Personalkostenquote aus. Sie haben vor-

her als Ziel etwas ausgegeben, was man als einen Stellenstopp bezeichnen kann. Von Ihnen war an dieser Stelle zu hören, dass derjenige, der zusätzliche Stellen beantragt, anderswo Stellen einsparen muss. Ich frage mich: Was bedeutet die neue Parole für die Personalkostenquote, diese Aufforderung, die Sie selbst in den Raum gestellt haben? Bedeutet sie einen Stellenabbau? In welchem Umfang bedeutet sie einen Stellenabbau in den nächsten Jahren? Wo wollen Sie Stellen abbauen? Bei den Lehrern tun Sie es offensichtlich schon. Ich meine die 773 Lehrerstellen, die Sie entgegen Ihrem Versprechen gestrichen haben. Wollen Sie Stellen an den Hochschulen abbauen, bei der Polizei, bei der Justiz, beim Verbraucherschutz oder bei den Finanzämtern? Darauf wollen wir ganz konkrete Antworten und nicht die Aussage einer pauschalen Personalkostenquote. Das interessiert die Menschen in Bayern. Darauf sind Sie bisher Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Last, not least füge ich hinzu, dass ich einen Punkt überhaupt nicht nachvollziehen kann. Schon dieser Punkt reicht als Begründung dafür aus, das Haushaltskonzept, das Sie vorgelegt haben, nicht mitzutragen. Dabei geht es um die Sicherung der staatlichen Einnahmen. Jedes Ihrer Konzepte baut auf der Frage auf, wie hoch die staatlichen Einnahmen in den nächsten Jahren ausfallen. Wir stellen fest, dass wir auch unter Ihrer Verantwortung die dramatische Unterbesetzung in den Finanzämtern nicht beseitigt und dieses Problem noch nicht einmal konsequent angegangen haben. Wenn Sie mit den Personalverantwortlichen in den Finanzämtern sprechen, bleibt festzuhalten, dass sich null und nichts geändert hat, seit der Rechnungshof vor einigen Jahren dieses Problem moniert hat. Wir reden von einer Unterbesetzung in der Steuerverwaltung von 1.800 der im Haushalt befindlichen Stellen. Das ist ein Skandal an der Steuergerechtigkeit in diesem Land und eine Versündigung an der Einnahmehasis des Freistaats Bayern. Wenn wir mit dem Tempo der kleinen Schritte, die angeregt wurden, so weitermachen, dauert es noch 60 Jahre, bis die bayerische Finanzverwaltung überhaupt die Sollstärke erreicht, die dieser Haushaltsgesetzgeber vorgegeben hat. So kann es nicht weitergehen. Deswegen fordern wir Sie auf, Herr Ministerpräsident: Sorgen Sie dafür, dass die bayerische Finanzverwaltung endlich ordentlich ausgestattet wird, damit wir unsere Ziele gemeinsam umsetzen können!

Gemeinsame Ziele gibt es nämlich durchaus. Uns wurden heute einige Anträge vorgetragen, die wir in der ersten Beratung angestoßen haben. Sie betreffen unter anderem den Staatsstraßenbau und die Städtebauförderung. Mithilfe eines bayerischen Sozialdemo-

kraten im Staatssekretärsamt wurde die Städtebauförderung dankenswerterweise vorgebracht. Einen Erfolg gibt es auch bei der energetischen Sanierung. Zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums haben wir eine Lösung gefunden. Auch die Asylsozialberatung ist aufgegriffen worden. Aber es bleibt bei den Kritikpunkten, die leider nicht ausgeräumt wurden.

Ich glaube, die bayerischen Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, mehr zu bekommen als pauschale Aussagen zur Finanzpolitik. Viele Defizite sind deutlich geworden. Ich erwarte von Ihnen die Bereitschaft, diese Defizite im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats zu beseitigen. Dieser Nachtragshaushalt hat manche kleineren Fortschritte gebracht, aber in vielen Punkten zahlreiche Fragen offengelassen. Wir hoffen, dass wir im nächsten Doppelhaushalt diese offenen Fragen endlich angehen. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger warten darauf, dass sie Antworten bekommen und nicht nur Zahlenspiele.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Halbleib. Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat Herr Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die wesentlichen Eckpunkte und Fragen hat Herr Kollege Pohl zwar bereits angesprochen. Ein paar Grundsatzbemerkungen will ich aber hinzufügen. Als Erstes hat die Eingangsbemerkung von Herrn Kollegen Bachhuber zu denken gegeben, in der er sich bei der Staatsregierung für diesen Haushaltsentwurf bedankt hat. Lieber Kollege Bachhuber, den Haushalt machen wir. Schon diese Eingangsbemerkung hat das Selbstverständnis der CSU-Fraktion verdeutlicht, den Entwurf der Staatsregierung entgegenzunehmen und die wesentliche Aufgabe darin zu sehen, diesen Entwurf der Staatsregierung zu verteidigen. In den Haushaltsberatungen wäre ein gutes Stück mehr Selbstbewusstsein zu wünschen gewesen, damit der eine oder andere Punkt hätte korrigiert, verändert und angepasst werden können. Der Wunsch danach war manchmal auch in der CSU-Fraktion zu erkennen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Unsere Änderungsanträge sind alle durchgegangen, Herr Kollege!)

- Sehr geehrter Herr Kollege Kreuzer, es gab durchaus die eine oder andere Verbesserungsmöglichkeit. Solche Punkte wurden mit einem gewissen Knirschen und Bedauern so verteidigt, wie sie seitens der

Staatsregierung vorgelegt waren. Hier hätte es mehr Möglichkeiten gegeben.

Lieber Kollege Winter, zunächst danke ich Ihnen herzlich für Ihre souveräne Sitzungsführung. Aber Ihre Kritik, es gebe ein Klein-Klein,

(Peter Winter (CSU): Das habe ich nicht zu euch gesagt! – Volkmar Halbleib (SPD): Groß-Groß oder Klein-Klein?)

will ich aufnehmen. Wir können sowohl Klein-Klein als auch Groß-Groß. Man kann darüber debattieren, ob im Rahmen eines Nachtragshaushaltes grundsätzliche Debatten über die kommunale Finanzausstattung angebracht sind. Sie haben das von vornherein abgelehnt. Wir hätten uns diese gewünscht. Umso wichtiger wäre es gewesen, manche Korrekturen in vielen Einzelfragen anzunehmen, und zwar im Interesse der Kommunen, im Interesse der Regionen und im Interesse der Bildung und der Infrastruktur. Wenn wir die Kommunen in einem großen Zuge besser ausgestattet hätten – so hätten wir es uns gewünscht -, hätten wir uns womöglich die eine oder andere Einzelfrage ersparen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

So war es aber nicht. Die grundsätzliche Frage werden wir im Doppelhaushalt 2015/2016 wieder zu debattieren haben. Umso wichtiger ist es, bei dem einen oder anderen Schwerpunkt in Erinnerung zu rufen, dass auch und gerade bei einem Nachtragshaushalt Korrekturen an Entwicklungen, die bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts noch nicht erkennbar waren, vorgenommen werden müssen. Hierzu haben wir eine ganze Reihe von Aspekten vorgetragen. Ich nenne die Aspekte Infrastruktur, Bildung und Regionalität.

Über Schuldentilgung und Nachhaltigkeit wurde viel gesprochen, auch von Ihnen, lieber Kollege Winter. Das erkennen wir an, aber es muss auch hinsichtlich der Infrastruktur ein Thema sein. Schuldentilgung und Nachhaltigkeit sind nicht nur mit Blick auf monetäre Schulden von großer Bedeutung. Je später wir auf den Feldern der Infrastruktur, der Staatsstraßen und des Hochbaus unsere Unterhaltungsaufgaben erfüllen, desto teurer wird es. Es stellt kein nachhaltiges Verhalten dar, wenn wir diese sozusagen verdeckten Schulden nicht rechtzeitig bereinigen. Dazu haben wir Anträge gestellt. Sie beziehen sich unter anderem auf die Bestandserhaltung der Staatsstraßen. Wenn Sie bei den monetären Schulden 10 % abbauen, müssen Sie, um konsequent zu sein, das in der gleichen Zeit auch bei der Bestandserhaltung und den Unterhaltungslasten bei den Staatsstraßen tun. Das ist nicht geschehen.

Wir erkennen an, dass der Haushaltsansatz des Jahres 2014 in der Fassung des Nachtragshaushaltes besser ist als in der Erstfassung. Aber die Verbesserungen reichen noch nicht aus, um die auch vom Obersten Rechnungshof anerkannten und von der Obersten Baubehörde bestätigten Unterhaltsdefizite aufzuarbeiten. Auch das muss man spätestens bis 2030 erledigt haben, um insgesamt von einem nachhaltigen Schuldenabbau in diesem Bereich zu sprechen.

Nächster Punkt: Auch für die Gebäude gilt das. Da liegt es nahe, Unterhaltsaufgaben mit energetischer Sanierung zu kombinieren und die Aufgabenerfüllung in diesem Bereich zu verbessern. Sie haben ein Stück weit nachgelegt. Das ist für uns an dieser Stelle aber noch zu wenig.

Gerade hat Kollege Halbleib zu Recht noch einmal darauf hingewiesen, dass das vom Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung vom letzten Jahr verkündete Ziel, den öffentlichen Raum bis 2023 barrierefrei zu machen – das ist ein hehres, ein wichtiges, ein sehr ehrgeiziges Ziel, das viel Beifall verdient –, nur erreicht werden kann, wenn man auch an die Umsetzung geht, und zwar schon im Jahr 2014, anstatt das auf weitere Beratungen eines nächsten Doppelhaushaltes zu verschieben. Das muss jetzt angepackt werden, wenn man mit dieser Aufgabe in zehn Jahren fertig sein will. Auch dazu haben wir Anträge gestellt. Leider haben wir dafür Ihre Zustimmung wieder nicht erhalten.

Das große Thema Bildungspolitik will ich jetzt weder unter dem Gesichtspunkt Personal – das ist angesprochen – noch unter dem Gesichtspunkt Investitionsanteile ansprechen. Ich will nur ein paar ganz kleine Aspekte ergänzen. Sie waren nicht einmal bereit, mit ganz kleinen Beträgen da und dort notwendige Korrekturen anzunehmen. Ich habe ausdrücklich Beträge unter einer Million herausgesucht, lieber Herr Kollege Winter.

(Georg Winter (CSU): Hattet ihr die?)

- Die hatten auch wir. Sie haben vorhin auch über solche Beträge gesprochen. Damit hätte man da und dort Dinge voranbringen können. Ich nenne die Zusammenarbeit zwischen Schule und Sport. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, wenn man bildungspolitische Konzeptionen weiterentwickeln mag. Kollege Waschler weiß das ebenso und tritt dafür ein. Wir wollten Impulse setzen, aber da war nichts zu holen.

Die staatlichen Förderanteile zur Unterstützung von Sing- und Musikschulen sind in den letzten Jahren leider zurückgegangen, wiewohl die Sing- und Musikschulen gerade für die Persönlichkeitsbildung jenseits

der spezifischen Bildungsarbeit einen großen und verdienstvollen Anteil leisten. Auch dafür wollten wir anerkennende Beträge zur Unterstützung. Leider ist nichts geschehen.

Zuletzt wollten wir die Ehrenamtsförderung verbessern und die Kulturförderung in die Regionen tragen. Für spartenübergreifende Kulturprojekte haben wir einen Betrag von unter einer Million Euro beantragt. All diese Dinge hätten Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit vermittelt. Das wollten Sie nicht. Die Frage der Finanzierbarkeit ist hier keine grundlegende. Das wollten Sie jedenfalls nicht mittragen.

Zuletzt will ich unter dem Gesichtspunkt Regionalität noch drei kleine Bereiche in Erinnerung bringen. Ein Stachel im Fleisch der wirtschaftsschwachen Regionen ist die Tatsache, dass zwar die Technologietransferzentren in die Regionen hinausgetragen wurden, um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verstärken. Das begrüßen wir sehr. Dass aber die Kommunen mit ihrer eigenen Verpflichtung, für die Gebäudekosten geradezustehen, geködert wurden, ist falsch. Das ist nach wie vor eine staatliche Aufgabe. Wir werden nicht müde werden, das in Nachtrags- oder Doppelhaushaltsberatungen immer wieder in Erinnerung zu rufen. Korrigieren Sie das! Das ist staatliche Aufgabe. Der Staat kann das sehr viel besser finanzieren als wirtschafts- und finanzschwache Kommunen, die notleidend sind und diese Kosten im Interesse der Sache dennoch übernehmen.

Für den Probetrieb und die Reaktivierung von Bahnstrecken haben wir keinen großen Betrag gefordert. Für die Regionalentwicklung ist das aber ein wichtiger Punkt. Da wird vieles getan. Leider wurde die staatliche Unterstützung, die notwendig gewesen wäre, um diese Dinge anzuschieben, nicht zur Verfügung gestellt.

Letzter Punkt: Ich kehre zum Beitrag von Kollegen Bachhuber zurück, der das Hohelied auf die Krankenhausfinanzierung mit insgesamt 500 Millionen Euro gesungen hat. Das ist schon bewertet worden. Ich will in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, dass die Krankenhäuser allenthalben und besonders in den weniger dicht besiedelten Regionen große Debatten und Umstrukturierungsaufgaben vor sich haben. Wir wollten das initiieren und unterstützen, damit sich die Träger der Krankenhäuser, zumal die kommunalen, leichter tun, solche Umstrukturierungsüberlegungen und -prozesse in Gang zu setzen.

Wir haben Anträge für Großes und wir haben Anträge für Kleines gestellt. Weder da noch dort wollten Sie unsere Beiträge für eine bessere Entwicklung in Bay-

ern unterstützen. Wir bedauern das und halten das für falsch. Deswegen können wir den vorgelegten Nachtragshaushalt nicht unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Muthmann. Für die SPD-Fraktion hat sich noch Herr Dr. Kränzlein zu Wort gemeldet. Drei Minuten und 44 Sekunden, Herr Kollege. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt mit einem Umfang von rund 50 Milliarden Euro ist mir recht sympathisch. Als Bürgermeister hatte ich einen 50-Millionen-Haushalt zu vertreten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Damit haben Sie sich eindeutig verbessert!)

Ich kann mit den Zahlen in der Umrechnung dann immer ganz gut jonglieren. Wir haben im Finanzausschuss eigentlich eine ganz nette Debatte über die Details geführt, die ich hier wegen der fortgeschrittenen Zeit überhaupt nicht mehr bringen kann. Uns saß der schwarze Block gegenüber, nette Kollegen, nur haben sie zur rechten Zeit immer wieder einmal falsch abgestimmt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben hier einen Haushalt zu verabschieden, der drei Eigenschaften erfüllt: Er ist mutlos, er ist kraftlos, und er ist fantasielos.

(Jürgen W. Heike (CSU): Das haben wir schon einmal gehört!)

- Es kann sein, dass Sie das schon einmal gehört haben; aber es ist die Wahrheit.

Herr Muthmann hat es angesprochen: Es ist ein Exekutivhaushalt, den der Finanzminister vorlegt, mit dem Kabinett bespricht, und dann müssen die armen CSU-Kollegen, die das letzte Mal unter Alois Glück eine stolze, selbstbewusste Fraktion waren, als Abnicker herhalten, um diesen Exekutivhaushalt durchzuwinken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf: Das ist schon lange her!)

Die Hoffnung stirbt zuletzt. Der Ministerpräsident hat angekündigt, dass er beim nächsten Haushalt mit dem Finanzminister die Fraktion rechtzeitig fragen wird, was sie will. Immerhin ist da ein rosa Licht am Horizont.

Trotz bester Konjunktur sind es eine Dreiviertelmilliarde mehr Ausgaben als Einnahmen. Wann eigentlich, wenn nicht in guten Zeiten – das gilt übrigens auch für Deutschland - sollen bei mehr als 2 Billionen Euro Verschuldung die Schulden zurückgeführt werden? Sie führen nach Ihrer mittelfristigen Planung die Schulden mit einer halben Milliarde Euro zurück. Damit Ihr Ziel erreicht wird, bis zum Jahr 2030 schuldenfrei zu sein, müsste eine Milliarde Euro Schulden zurückgeführt werden. Die nächsten Konjunkturabsätze kommen bestimmt, das prophezeie ich Ihnen auf diesen langen Zeitraum. Dann müsste man eigentlich antizyklisch reagieren und Geld einschießen. Sie werden Ihr Ziel nicht erreichen, wenn Sie so halbherzig vorgehen und keine Schwerpunkte setzen, wenn Sie mit der Gießkanne Geld verteilen, wie Sie das getan haben.

Mit unseren Anträgen haben wir versucht, Ihnen einige Schwerpunkte für dieses Land nahezulegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wenn er so etwas sagt, muss man aufpassen!)

Ich bezeichne Ihren Haushalt als fantasielos, weil wenig Zukunft für Bayern darin steckt. Herr Söder, Sie können dann etwas zu Ihrem Heimatmuseum sagen. Das ist zu einem Breitbandverkabelungs – –

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD)

Ministerium, meine ich. So ist es, wenn man einen Kalauer bringt. Herr Söder, Ihr Heimatanteil im Ministerium ist zu einer Breitbandverkabelungsanstalt gekommen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wenn es wenigstens das wäre!)

Das Wort "Heimat" ist nur ein Etikett und kommt ansonsten nicht vor. Die Landesentwicklung und Strukturpolitik sind heruntergefahren, Fehlanzeige. Die Infrastruktur, die Gebäude verkommen in dramatischer Weise. Die Rückstände bei der Sanierung von öffentlichen Gebäuden belaufen sich auf 3 Milliarden Euro, bezogen auf das, was Ihnen der Bayerische Oberste Rechnungshof 1998 bereits ins Stammbuch geschrieben hat. Sie bräuchten ungefähr 3 Milliarden Euro für diese staatlichen Gebäude. Das sind Schulden, die Sie der Nachwelt hinterlassen, während Sie in einer Zeit, in der eine Hochkonjunktur zu verzeichnen ist, nichts machen.

Ich nenne Ihnen einen Punkt, der für die Zukunft spannend wäre, nämlich die Hochschulen und die Wissenschaft. Wir sagen immer, wir haben keine Bodenschätze, aber wir haben die geistigen Ressourcen. Unsere Hochschulen werden bald nicht mehr

wettbewerbsfähig sein. Das sage nicht ich, sondern das können Sie in der Zeitung nachlesen. Das sagt die Deutsche Forschungsgemeinschaft, das sagt die Hochschulrektorenkonferenz, und das sagt der Wissenschaftsrat. Wo bleibt die Spezialinitiative in Bayern? Sie haben zum Beispiel in Passau drei Stellen ausgewiesen. Da weinen sogar die "Passauer Neuesten Nachrichten". Sie haben den Mittelbau völlig verschlanken lassen, Sie haben Kurzarbeitsplätze und befristete Arbeitsplätze geschaffen. Wir stehen im Wettbewerb mit der Industrie und der Wirtschaft um die besten Köpfe und die besten Leute. So, wie Sie den Mittelbau an den Hochschulen behandeln – wir haben versucht, Ihnen eine Brücke zu bauen -, wandern die Leute anderswohin ab. Dann sind wir auf den Feldern, wo wir gut sein müssten, nicht mehr gut. Dann sind wir beim Wettlauf um die Besten heillos im Rückstand.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, denken Sie bitte an die Zeit.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Ich könnte Ihnen die Justiz nennen. Es fehlen ungefähr 400 Stellen. Ein ganz wichtiges Verfahren, das in Kürze eigentlich anlaufen sollte und vielleicht Grundlage eines Untersuchungsausschusses sein könnte, kann überhaupt nicht eröffnet werden, weil die Kammer total überlastet ist. Das ist nur ein öffentlich bekannt gewordenes Beispiel. Reden Sie einmal mit den Zuständigen in der Justiz. Wenn es Ihnen der Herr Minister nicht sagt, dann reden Sie mit den Interessenvertretern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, bitte.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Es ist eine von vielen ungelösten Problemlagen, die dazu führt, dass wir diesen Haushalt, der nicht mehr solide ist, ablehnen müssen. Wir sind froh, dass Sie für das nächste Mal einen soliden Doppelhaushalt angekündigt haben. Den werden wir dann mittragen, wenn er wirklich solide ist.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächster Redner hat sich Herr Staatsminister Dr. Söder gemeldet.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist gerade vorhin gesagt worden, das sei kein solider Haushalt. Was ist eigentlich der Haushalt in Nordrhein-Westfalen, mit dem man 2 Milliarden Schulden macht? Was ist der Haushalt in Baden-Württemberg, wo 3 Milliarden Schulden gemacht werden? Was ist der Haushalt in Schleswig-

Holstein, wo ebenfalls Milliardenschulden gemacht werden?

(Beifall bei der CSU)

Überall, wo Rot-Grün regiert, werden Schulden gemacht. Das ist ganz klar unsolid.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben völlig recht: Man kann immer noch besser werden. Wir wollen auch besser werden. Aber im Vergleich zu allen anderen Ländern in Deutschland kann man eines sagen: Wenn es einen Tabellenführer und einen Champion für solide Finanzpolitik in Deutschland gibt, dann ist es der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushaltsentwurf ist ein Spiegel der Leistungsfähigkeit Bayerns und ein Barometer dafür, wie stark Bayern und die Substanz dieser Gesellschaft sind. Ein Haushalt hat immer die Aufgabe, eine Balance zu halten, und zwar eine Balance zwischen Sicherheit und Vorsorge und zwischen Wachstum und Optimismus. Der Freistaat Bayern hat für die Menschen eine extrem hohe Attraktivität. Es gibt in Deutschland Wanderungsbewegungen. Die Menschen kommen nach Bayern, während sie woanders weggehen. Warum kommen Sie nach Bayern? - Weil sie hier Zukunft erwarten.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushalt ist nichts anderes als das Zukunftskonto für die Menschen in Bayern. Zwei Aspekte erfüllen wir damit. Der erste ist Sicherheit und Vorsorge. Im Bund freut man sich, dass man das erste Mal seit 40 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt avisiert und möglicherweise einhalten kann; es gibt bereits erste Zweifel hinsichtlich internationaler Risiken für die Haushaltslage. Wir in Bayern machen das zum achten und neunten Mal in Folge, und zwar ohne Probleme. Wir werden uns das auch in der Zukunft zum Maßstab nehmen. Wir sagen aber nicht nur, wir machen keine Schulden; das war nur der erste Schritt. Tatsächlich tilgen wir Schulden, und das ist der Unterschied zu allen anderen. Während andere Bundesländer noch Schulden machen, bauen wir Schulden ab. Das ist etwas Besonderes.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Winter hat die Zahlen schon genannt. 2,54 Milliarden Euro - es gibt keine vergleichbare Benchmark in Deutschland.

Auch wenn es immer wieder herausgestellt wird, wird der Eindruck erweckt, dass wir deutlich über unsere Verhältnisse leben und mehr Geld ausgeben würden, als wir haben. Das würde dann stimmen. In der Tat ist es so, dass wir sehr konservativ planen. Es gibt Bundesländer, die anders planen. Diese stellen ihren Haushalt nach reinem Wunschdenken auf und sagen: Planen wir einmal ein bisschen mehr an Steuereinnahmen, das wird schon gut laufen. Am Ende des Jahres müssen sie dann Haushaltslöcher stopfen. Bei uns ist seit Jahren – egal, wer Finanzminister ist, und egal, wie sich die Staatsregierung zusammensetzt – eine andere Grundlage der Haushaltspolitik maßgebend. Wir planen konservativ, aber wir wirtschaften erfolgreich.

(Beifall bei der CSU)

Wir geben nur das Geld aus, das wir erwirtschaften, und zwar aus Steuereinnahmen, Haushaltsbewirtschaftung und Überschüssen, die im gesamten Staatsapparat durch eine sehr konservative Haushaltsbewirtschaftung erarbeitet werden. Das führt dazu, dass wir nicht nur steigende Ausgaben decken und Schulden tilgen können, sondern sogar für schlechte Zeiten etwas zurücklegen können. Wer kann das in Deutschland - höhere Ausgaben bestreiten, Schulden tilgen und noch Rücklagen stärken? Niemand kann das außer dem Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Reden wir einmal über den Saldo, und zwar über den Ist-Saldo, das heißt, was wir im Jahr eingenommen und was wir ausgegeben haben: Zunächst zu den Vorschlägen, die gemacht worden sind. Zur Kritik, der Saldo stimme nicht, muss ich sagen, dass die Vorschläge der Opposition, den Saldo zu verbessern, auch nicht gerade sensationell waren. Wenn man vorschlägt, insgesamt eine Summe von 2,6 Milliarden Euro mehr auszugeben, ist das kein substanzieller Beitrag, um den Saldo zu verbessern. Es ist eher ein Beitrag, ihn zu verschlechtern. Auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Stamm, zu dem Lob der GRÜNEN, man hätte Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht, ist zu sagen: Selbst wenn der Vorschlag gegenfinanziert wäre, hätte er nicht den Saldo verbessert. Das betrifft Vorschläge, das Landeserziehungsgeld abzuschaffen oder einen Frankenschnellweg zu verhindern, obwohl die GRÜNEN in Nürnberg, weil sie gerne mit der SPD regieren möchten, für den Frankenschnellweg sind. In Nürnberg sagen die GRÜNEN Ja zum Frankenschnellweg, aber im Landtag sagen sie Nein. Das ist keine nachhaltige Politik für unser Land.

(Beifall bei der CSU)

Was ist jetzt mit dem Saldo? Wir haben in den letzten Jahren – ich sage das ausdrücklich; es steht auch in den Unterlagen – folgende Finanzierungssalden gehabt: 2011 ein Plus von 935 Millionen Euro, 2012 ein Plus von 1,4 Milliarden und im Jahr 2013 erreichten die erwirtschafteten Überschüsse immer noch ein deutliches Plus von über 2 Milliarden Euro.

Es ist keine gute Finanzpolitik, Anfang des Jahres zu planen, Überschüsse zu haben, und am Ende des Jahres Löcher zu stopfen. Mir ist es lieber, wenn man anfangs konservativ plant und am Ende Geld in der Tasche hat. Das ist besser für das Land und für die Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben Ausgaben kritisiert und gleichzeitig Vorschläge gemacht, wo noch mehr Geld ausgegeben werden könnte. Ich will feststellen, welches die entscheidenden Punkte waren. Eine Haushaltsaufstellung ist kein Wunschkonzert. Herr Halbleib, es kommt darauf an: Viele der Fragen, die Sie zur Regierungserklärung angesprochen haben, werden ihre ganze Wucht und politische Wirksamkeit im Doppelhaushalt 2015/2016 entfalten. Wir haben jetzt im Nachtrag die Aufgabe, einige wichtige Stellschrauben, die sich gesellschaftlich und politisch als notwendig herausgestellt haben, zu setzen.

Das betrifft erstens die Veranschlagung der Hochwasserhilfen. Wir sehen gerade die Bilder, was in Serbien und auf dem Balkan passiert. Wir sind uns darüber einig: Es war eine großartige Leistung, in Bayern im letzten Jahr den Menschen schnell und unbürokratisch Hilfe gegeben zu haben. Das Geld dafür ist mit 403 Millionen Euro gut angelegt.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Die Ausgaben für das Asyl sind um fast 180 Millionen Euro auf einen Gesamtbetrag von 345 Millionen Euro angewachsen. Dies gehört zwar nicht zur Investitionsquote, ist aber eine Form von menschlicher Dividende. Meine Damen und Herren, wir nehmen in einem christlich geprägten Land die Verantwortung dafür ernst, dass Menschen, die in Not sind, Hilfe bekommen. Jeder, der vorschlägt, hier Mittel zu streichen, möge aufstehen. Wir bilden an dieser Stelle ab, dass ein reiches Land Hilfe leisten muss. Dies tun wir mit unseren Ausgaben für das Asyl.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Wir streichen nicht bei der Bildung. Wir tun aber zwei Dinge, die andere Bundesländer nicht leis-

ten können: Bei uns fällt keine Stelle weg, Stichwort demografische Rendite.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sicher fallen sie weg! Sie sind schon weggefallen!)

Auch andere Bundesländer versuchen, dies in der Stellenplanung abzubilden. Der Unterschied ist aber: Wir sorgen nicht nur dafür, dass es Stellen gibt, sondern wir wollen die Inhaber dieser Stellen auch ordentlich bezahlen. Pädagogen haben es verdient, dass die Leistung, die sie erbringen, auch ordentlich bezahlt wird und dass Lehrer nicht, wie das in anderen Bundesländern der Fall ist, weniger Geld bekommen. Wir sagen: Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden.

(Beifall bei der CSU)

Viertens, der kommunale Finanzausgleich. Herr Kollege Bachhuber und andere haben darüber bereits gesprochen. Wenn alles so schlecht wäre, würden uns die vier kommunalen Spitzenverbände relativ wuchtig sagen, was sie sich wünschen. Sie sind nicht ängstlich und in ihren Forderungen auch nicht bescheiden. Die kommunalen Spitzenverbände haben die über 8 Milliarden Euro, die beschlossen wurden, positiv gewürdigt, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Warum? - Wir hatten nicht nur die Summen erhöht, sondern auch Strukturen verändert. Es geht nicht immer nur um Summen. Wir hatten die Einwohnergewichtung verändert, um gerade in den ländlichen Räumen eine Stärkung zu erreichen. Herr Halbleib, die Stabilisierungshilfen wurden sehr gut aufgenommen, gerade bei vielen strukturschwachen Gemeinden im ostbayerischen Raum.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das haben sie vor nicht allzu langer Zeit verweigert!)

Ich kann Ihnen deshalb nur sagen: Egal, wie hoch unser Anteil an der Verbundquote ist, werden die Kommunen in den nächsten beiden Jahren ohne jede Erhöhung des normalen Finanzausgleichs bei den geschätzten Rekorderträgen der Gewerbesteuer bis zu 800 Millionen Euro mehr bekommen. Nirgendwo sonst wird so stabil für die kommunale Vorsorge gearbeitet wie in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die in das Parlament eingebrachten Sicherungsmaßnahmen für unsere Polizei halte ich für selbstverständlich. Was wären wir für ein Land, wenn wir Sicherheit für unsere Bürger bieten wollten, aber diejenigen, die für diese Sicherheit sorgen müssen, ohne Ausrüstung diese Aufgabe leisten lassen würden? Wenn es eine vordringliche Verpflichtung gibt,

ist es die, denjenigen, die den Kopf für uns hinhalten und die unsere Freiheit und Sicherheit gewährleisten, gut auszustatten. Deswegen bedanke ich mich ausdrücklich für die Stärkung der Polizeiarbeit. Das ist ein Signal: Der Freistaat Bayern steht hinter seiner Polizei.

(Beifall bei der CSU)

Nun zur Stellensituation, weil diese bereits mehrfach angesprochen wurde. Das ist mir wichtig. Meine Damen und Herren, wir haben Rekordsteuereinnahmen. Wir haben in der Steuerverwaltung die besten Entwicklungen und Ergebnisse pro Prüfer. Die Zahl der Stellen in der Steuerverwaltung wurde in den letzten Jahren um 1.450 erhöht. Allein die Steuerfahndung ist seit 2011 um 15 % gewachsen. Wir haben eine Rekordzahl bei den Anwärtern von 2.000 Leuten. Die Ist-Besetzung steigt. Ich möchte dies einmal ausdrücklich sagen, weil immer wieder der Eindruck erweckt wird, hier gäbe es Probleme. In anderen Bundesländern wird derzeit überlegt, die Steuerverwaltung auszulagern und sie zu reduzieren. Wir bauen sie sukzessive aus. Wir schaffen Spezialeinheiten, um internationalen Steuerbetrug wirksam anzugehen. Wir wollen nicht jeden kleinen Friseurmeister dreimal pro Woche prüfen. Wir wollen da ansetzen, wo wirklich Steuerhinterziehung stattfindet; denn dort brauchen wir Personal.

(Beifall bei der CSU)

Nun zu den 1.800 Stellen, von denen immer wieder gesagt wird, dass sie nicht besetzt seien. Diese Stellen sind nicht einfach nicht besetzt, sondern sie sind für die Ausbildung, die Altersteilzeit und für viele Frauen reserviert, die wieder in Teilzeit oder nach der Familienphase in den Dienst zurückkehren. Das ist eine stabile Architektur.

(Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen kritisiert das der Rechnungshof, weil es so stabil ist!)

Herr Kollege Winter hat bereits gesagt, dass es eigentlich nur einen Punkt gibt, der uns ärgert und der eine zunehmende Herausforderung ist. Dieser Ärger wäre deutlich stärker, hätte es nicht schon einmal eine Reform gegeben. Wir haben dadurch bis zu 1 Milliarde Euro gespart. Aber mit dem Länderfinanzausgleich in Deutschland werden weiterhin falsche Anreize gesetzt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ihr Länderfinanzausgleich!)

Der Haushaltsansatz ist mit dem Nachtragshaushalt um 200 Millionen Euro gestiegen. Die Summe für den Länderfinanzausgleich wird bis zum Jahr 2017, wenn

sich nichts ändert, auf fast 5 Milliarden Euro anwachsen. Was ist in Europa passiert? In Europa haben wir das Modell des Rettungsschirms gewählt. Rettungsschirme und Rettungsmaßnahmen gibt es nur dann, wenn man gezwungen ist, Anpassungsmaßnahmen durchzuführen und sich zu verbessern. Dies hat dazu geführt, dass viele Staaten, die Geld bekommen haben, gesagt haben: Das ist sehr anstrengend. Wir strengen uns an, um schnell wieder herauszukommen. Das deutsche Modell leistet das genaue Gegenteil. In Deutschland wird Anstrengung nicht belohnt. Darum müssen wir das System ändern. Die Bayern haben es verdient, dass ihr hart erarbeitetes Steuergeld im eigenen Land bleibt.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat es denn ausgehandelt?)

Jeder kann an seiner Stelle mitarbeiten; die FREIEN WÄHLER in Europa und die SPD überall. Auch Herr Kretschmann von den GRÜNEN sagt, er möchte etwas ändern. Jeder guten Idee werden keine Grenzen gesetzt.

Bei der Schuldentilgung haben wir immer gesagt, wir fangen glaubhaft an. Ohne eine Veränderung des Länderfinanzausgleichs ist die große Last jedoch nicht zu schaffen. Dies wird am Ende dazu führen, dass wir uns 1 Milliarde Euro Zinsen sparen. Diese Mittel können wir dann nachhaltig für unsere Beamtenpensionen einsetzen. Es ist nachhaltiger, nicht dauernd Kredite aufzunehmen, um Lasten zu bewältigen, sondern keine Schulden zu haben und keine Zinsen zu zahlen. Dann kann das Geld für die Rückstellungen verwendet werden.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Wir zahlen 350 Millionen Euro Zinsen jährlich für die Landesbank. Das ist 1 Million Euro täglich!)

Ein Ausblick auf den Doppelhaushalt 2015/2016: Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat weiterhin Rekorderlöse in Deutschland, und ganz besonders in Bayern. Die Steuerschätzungen belaufen sich auf bis zu 5 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Wir sind aber in der Tat vorsichtiger als in der Vergangenheit. Warum? - Wir sehen, wie bei der Einschätzung des Bundes, sorgenvoll auf Entwicklungen, die internationale Risiken bringen. Wir wissen nicht genau, wie sich Niedrigzinsphasen auf die internationalen Märkte auswirken. Deswegen werden wir im Ansatz des Doppelhaushaltes noch vorsichtiger vorgehen. Wir werden die technische Saldofrage diskutieren und eine Wachstumsbegrenzung vornehmen. Trotzdem werden wir eine Investitionsquote haben, die benötigt wird, um ein Land auch in konjunkturell unsicheren Zeiten stabil zu halten.

Meine Damen und Herren, Investitionen und Investitionsquoten helfen, die Wirtschaft zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und ein Land attraktiv zu halten.

(Beifall bei der CSU)

Ich schließe mit einem Dank. Ich glaube, es waren 665 Seiten, 939 Einzeltitel und etwa 254 Änderungsanträge, die der Haushaltsausschuss abuarbeiten hatte. Dafür ein Kompliment! Ich weiß, das ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben, auch wenn es unterschiedliche Bewertungen gibt. Darum sage ich dem ganzen Haushaltsausschuss ein Dankeschön, auch wenn die einzelnen Bewertungen unterschiedlich waren.

Zum Schluss möchte ich sagen: Natürlich wollen wir immer weiter kommen. Wir sind aber nur die Vorstufe zum Paradies, egal wie man das Paradies einschätzt. In dieser Vorstufe sind wir aber ziemlich weit. Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass wir auch seriös über die Zukunft diskutieren. Es können auch wieder schlechte Zeiten kommen. An eines sollten Sie dabei denken: Wir haben eine Finanzkrise und eine Eurokrise überstanden, haben keine Schulden gemacht, haben kräftig investiert und sind als Bayern stärker denn je herausgekommen. Genau das ist der Beleg dafür, dass diese Haushaltspolitik richtig ist. Meine Damen und Herren, deshalb setzen wir sie auch fort.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2014 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 2. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/875, die Änderungsanträge 17/1682 mit 17/1684 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1958 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1682 mit 17/1684 abzustimmen. Kolleginnen und Kollegen, besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? – Das ist der Fall. Dann lasse ich auch so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann übernimmt der Landtag diese Voten, und damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Der federführende Ausschuss empfiehlt den Gesetzentwurf zur Annahme. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen stimmt bei seiner Endberatung ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 4 Absatz 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Juni 2014" einzufügen. Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion, danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. – Die CSU-Fraktion. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Vielen Dank. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)".

Nun kommen wir zur Abstimmung über das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014, Tagesordnungspunkt 3, und zwar zunächst über den dem Gesetz als Anlage beigefügten 2. Nachtragshaushaltsplan 2014. Der Abstimmung liegen der Entwurf des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014, die dazu einschlägigen Änderungsanträge sowie die Beschlussfassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1945 zugrunde. Vonseiten der Oppositionsfraktionen wurden zu mehreren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträgen Einzelabstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge abstimmen, über die in einfacher Form durch das Handzeichen abgestimmt werden soll. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/1253 betreffend "Asylsozialberatung aufstocken!" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion der FREIEN WÄHLER ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1284 betreffend "Probetrieb im Vorfeld der Reaktivierung von Bahnstrecken" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1295 betreffend "Zusammenarbeit von Schule und Sportverein" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1334 betreffend "Bayerische Sing- und Musikschulen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Danke. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eine Stimmenthaltung aus den Reihen der CSU-Fraktion. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/1335 betreffend "Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1369 betreffend "Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände" zustimmen möch-

te, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1371 betreffend "Förderung vereinseigener Sportstättenbau" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1421 betreffend "196 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU. Stimmenthaltungen? Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1609 betreffend "Verstärkungsmittel für Kleine Baumaßnahmen und Staatliche Hochbaumaßnahmen" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1613 betreffend "Härfonds zur Sanierung kommunaler Bäder" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 17/1650 betreffend "Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum" zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN. Damit ist auch dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, nun kommen wir zur Durchführung der beantragten namentlichen Abstimmungen. Ich lasse zunächst in namentlicher Form über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/1248 betreffend "Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung" abstimmen. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Wir geben für diese Abstimmung fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 17.42 bis 17.47 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich darf nun den nächsten Änderungsantrag zur namentlichen Abstimmung aufrufen. Es geht um den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1249 betreffend "Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte". – Sie haben drei Minuten. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.47 bis 17.50 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmen draußen auszuzählen.

Wir führen zwischenzeitlich die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1319 betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern" durch. Die Urnen sind wieder bereitgestellt. Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Es stehen ebenfalls drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.51 bis 17.54 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Wir fahren mit den namentlichen Abstimmungen fort. Ich stelle den Änderungsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1339 betreffend "Gebäudekosten für Technologietransferzentren" zur namentlichen Abstimmung. Die Urnen stehen bereit. Mit der Abstimmung kann begonnen werden. Es stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.54 bis 17.57 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Zur namentlichen Abstimmung rufe ich jetzt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/1393 betreffend "Rückholung der sogenannten demografischen Rendite" auf. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 17.58 bis 18.01 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte wieder, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich rufe zur weiteren namentlichen Abstimmung den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/1453 betreffend "Zehntausend-Häuser-Programm" auf. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.01 bis 18.04 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte wieder, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Ich lasse nun über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit" auf der Drucksache 17/1456 namentlich abstimmen. Die Abstimmung ist eröffnet. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.04 bis 18.08 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

In der letzten namentlichen Abstimmung geht es um den Änderungsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER betreffend "Kommunaler Schulbau" auf Drucksache 17/1668. Die Abstimmung ist eröffnet. Sie haben drei Minuten Zeit.

(Namentliche Abstimmung von 18.08 bis 18.11 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, die Stimmkarten außerhalb des Plenarsaals auszuzählen. Zur Ermittlung der Abstimmungsergebnisse wird die Sitzung kurz unterbrochen.

(Unterbrechung von 18.12 bis 18.14 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich die Sitzung wieder aufnehmen kann.

Kolleginnen und Kollegen, ich darf die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt geben. Ich komme zunächst zum Antrag betreffend "Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung" auf der Drucksache 17/1248. Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Ich komme zum Antrag betreffend "Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte" auf der Drucksache 17/1249. Mit Ja haben 70 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 92 gestimmt; keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Wohnungslosenhilfe in Bayern" auf der Drucksache 17/1319. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 90 gestimmt; 16 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Gebäudekosten für Technologietransferzentren" auf der Drucksache 17/1339. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Rückholung der sogenannten demografischen Rendite" auf der Drucksache 17/1393. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 108 gestimmt; Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Zehntausend-Häuser-Programm" auf der Drucksache 17/1453. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit" auf der Drucksache 17/1456. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 87 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Ich komme zum Änderungsantrag betreffend "Kommunaler Schulbau" auf der Drucksache 17/1668. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 91 gestimmt; es gab 17 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 8)

Ich komme nun zur Schlussabstimmung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und ich bitte alle, ihre Plätze einzunehmen; denn nur dann kann ich abstimmen lassen.

Den 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 empfiehlt der federführende Ausschuss zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/1945. Wer dem 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 unter Berücksichtigung der vom federführenden Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 in der Fassung des federführenden Ausschusses angenommen.

Die sich auf den Nachtragshaushaltsplan beziehenden, vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die wir nicht im Einzelnen abgestimmt haben, sind gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung als erledigt zu betrachten. Insoweit verweise ich auf den Teil I der Ihnen vorliegenden Liste.

(Siehe Teil I der Anlage 9)

Zum 2. Nachtragshaushaltsplan 2014 soll außerdem noch folgender Beschluss gefasst werden:

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wird ermächtigt, den Ansatz bei Kapitel 13 03 Titel 546 49 (Vermischte Ausgaben und zum Ausgleich der Schlusssumme des Haushaltsplanes) entsprechend dem Ergebnis der parlamentarischen Beratungen anzupassen und die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen

erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Mit der Annahme des 2. Nachtragshaushaltsplans 2014 in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen haben die in Teil II der aufgelegten Liste enthaltenen Änderungsanträge ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon zustimmend Kenntnis.

(Siehe Teil II der Anlage 9)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 selbst. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/876, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1681, 17/1685, 17/1686, 17/1723 und 17/1806 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/1959 zugrunde.

Vorweg ist über die vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/1681, 17/1685, 17/1686, 17/1723 und 17/1806 abzustimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge insgesamt abstimmen und der Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen zugrunde legen? – Damit besteht Einverständnis. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine.

Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Dann sind die Änderungsanträge abgelehnt. Zum Gesetzentwurf selbst empfiehlt der federführende Ausschuss Zustimmung mit der Maßgabe von Änderungen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/1959. Wer dem Gesetzentwurf mit den empfohlenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen – Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des

BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich jetzt die Abstimmung in einfacher Form durchführen. Wer dem Gesetzentwurf mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfohlenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen angenommen. Das Gesetz hat den Titel: "Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)".

Die Beratung des zweiten Nachtragshaushaltes 2014 ist damit abgeschlossen. Ich bedanke mich bei der Staatsregierung und beim Hohen Haus sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes (Drs. 17/1925) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Ich darf hierfür als Erstem Herrn Dr. Piazo das Wort erteilen. Ich gehe davon aus, dass Begründung und Aussprache in einem erfolgen. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Selten gab es in den letzten Jahren in der bayerischen Medienlandschaft so viele emotionale Frontstellungen. Grund für die Emotionalität sind aus meiner Sicht die vielen Gegensätze. Wer steht sich hier nicht alles gegenüber! Das ist zum einen die sogenannte E-Musik, die ernste Musik, zum anderen die U-Musik, also BR-Klassik contra Jugendradio PULS, also analoge Ausstrahlung auf UKW auf der einen Seite, digitale Ausstrahlung auf der anderen Seite; angeblich etwas reifere, ältere Hörer auf der einen Seite, jüngere Hörer auf der anderen Seite; öffentlich-rechtlicher Rundfunk auf der einen Seite, pri-

vat-rechtlicher Rundfunk auf der anderen Seite; ein großer Sender gegen viele kleine Sender; viel Geld – eine Milliarde pro Jahr – gegen wenig Geld; öffentlich finanziert gegen hauptsächlich werbefinanziert; Intendant Wilhelm gegen Präsident Schneider; eine Petition mit 54.000 Unterschriften - -

(Dr. Thomas Goppel (CSU): 56.000!)

– 56.000 Unterschriften. Vielen Dank, Herr Goppel, für die Klarstellung.

Das sind also 56.000 Unterschriften gegen 2.000 bis 3.000 Unterschriften und natürlich viele Interessen im Rundfunkrat einerseits und im Medienrat andererseits. Es ist also eine spannende und emotionale Frontstellung, über die man lange und intensiv diskutieren kann. Das werden wir hier und an anderer Stelle sicherlich auch tun.

Den Ausgangspunkt, um den es auch heute geht, findet dieser Streit unseres Erachtens aber im Recht, und zwar in einer rechtswidrigen Vorschrift. Ausgangspunkt ist der Rundfunkstaatsvertrag, das ist die nicht rechtswidrige Vorschrift. Ich will auch hier verdeutlichen: Der Rundfunkstaatsvertrag schreibt in § 11 c Absatz 2 vor, dass der Austausch eines in digitaler Technik verbreiteten Programms gegen ein in analoger Technik verbreitetes Programm nicht zulässig ist. Klarer kann man es nicht ausdrücken. Das bedeutet, dass ein Wechsel von BR-Klassik und BR PULS nach dem Rundfunkstaatsvertrag nicht möglich ist.

Ein solcher Rundfunkstaatsvertrag kann – und muss manchmal – in bayerisches Recht umgegossen werden. Das haben wir hier auch getan. Wir haben das Bayerische Rundfunkgesetz sowohl in Absatz 1 als auch in Absatz 4 geändert. In Absatz 1 haben wir auf den Rundfunkstaatsvertrag Bezug genommen und deutlich gesagt: Dieser Rundfunkstaatsvertrag soll in seinen Vorschriften und in der Regelung, die ich gerade vorgelesen habe, gelten. In Absatz 4 haben wir genau das Gegenteil gemacht, und zwar in Abweichung vom Vorschlag der Staatsregierung im Jahr 2009 festgelegt, dass der Austausch eines in digitaler Technik verbreiteten Hörfunkprogramms gegen ein in analoger Technik verbreitetes Hörfunkprogramm unter bestimmten Voraussetzungen zulässig ist. Das heißt, wir haben hier ein doppeltes Problem: zum einen einen Widerspruch innerhalb des Bayerischen Rundfunkgesetzes zwischen Artikel 2 Absatz 1 und Artikel 2 Absatz 4 sowie einen Widerspruch zwischen dem Bayerischen Rundfunkgesetz und dem Rundfunkstaatsvertrag.

Nun stellt sich natürlich die Frage: Was ist in einem solchen Fall gültig? Darüber kann man streiten. Zwei

Juristen geben wahrscheinlich drei Antworten. Nur: Klar ist, dass dieser Rundfunkstaatsvertrag einzuhalten ist. Es ist ein Vertrag; *pacta sunt servanda*. Bayern hat sich an diesen Vertrag zu halten, wie wir uns auch an andere Verträge zu halten haben, zum Beispiel an den Länderfinanzausgleich. Auch da können wir nicht sagen: Wir machen einfach eine bayerische Regelung, dann brauchen wir nicht zu zahlen.

Als zweite Überlegung kommt immer wieder die Frage, ob nicht das Bayerische Rundfunkgesetz das zeitlich spätere Gesetz, also *ex posteriore* ist und deshalb gilt. Grundsätzlich kann das sein. In diesem Fall kann es aber nicht sein, weil der Bayerische Landtag in dem Bewusstsein herangegangen ist, die Regelung des Rundfunkstaatsvertrags umzusetzen, also nicht von ihr abzuweichen. Es liegt aber nicht nur ein formalrechtlicher Verstoß vor, sondern mit dem möglichen Frequenztausch wird gegen die Vorschrift auch materiellrechtlich verstoßen. Wer sich anschaut, warum es zu dieser Abweichung gekommen ist – das habe ich getan –, stellt als Begründung fest: Wir wollen dem Bayerischen Rundfunk mehr Spielraum geben, um die digitalen Programme zu stärken. Das war damals die Begründung des Antragstellers, des Kollegen Sinner. Dieser Begründung ist das Haus interfraktionell gefolgt. Diese Begründung zieht aber in diesem Fall nicht, sondern es ist genau umgekehrt: Mit dem jetzigen Frequenzwechsel soll die analoge Technik gestärkt werden. BR PULS soll über die UKW-Frequenz ausgestrahlt, also analog gesendet werden, weil man sich davon mehr verspricht. Es handelt sich also genau um das Gegenteil von dem, was wir damals politisch erreichen wollten.

Um hier wieder Rechtsklarheit und Rechtsfrieden herzustellen, haben wir diesen Gesetzentwurf eingereicht. Dabei gehen wir auf die ursprüngliche Regelung zurück, die damals auch die Staatsregierung eingereicht hat, um Rundfunkstaatsvertrag und Bayerisches Rundfunkgesetz klar und deutlich auf eine Linie zu bringen. Es ging darum, deutlich zu machen, dass nach beiden Rechtsvorschriften ein Frequenztausch weder möglich noch zulässig ist.

Mit diesem Antrag auf Gesetzesänderung stellen wir in vielfacher Hinsicht den Rechtsfrieden her: Zum Ersten verhindern wir einen Widerspruch im Bayerischen Rundfunkgesetz bzw. wir lösen ihn auf.

Zweitens. Wir beseitigen den Widerspruch zwischen dem Bayerischen Rundfunkgesetz und dem Rundfunkstaatsvertrag.

Der dritte Punkt ist auch sehr wichtig: Wir verhindern eine Klage. Die Privaten haben schon angekündigt, wegen der rechtlichen Unsicherheit zu klagen. Es

wäre der schlechteste Weg, mit Klagen oder einstweiligen Verfügungen zu arbeiten, wenn es um die bayerischen Medien geht.

Wir verhindern zudem eine Diskussion zur Unzeit über mögliche Frequenzvergaben. Es kann durchaus zu Streitigkeiten über die Frage kommen, wer auf welche Frequenzen im UKW-Bereich zugreifen kann. - Schließlich verhindern wir einen Streit zwischen den Ländern; denn auch die anderen Bundesländer legen sicherlich Wert darauf, dass Bayern sich an den Rundfunkstaatsvertrag hält.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

- Das glauben Sie nicht? Herr Kreuzer, Sie glauben nicht, dass die anderen Länder wollen, dass Bayern sich rechtmäßig verhält? Ich denke schon.

(Thomas Kreuzer (CSU): Welches Interesse haben die denn an dieser Sache?)

- Jedes Bundesland muss Interesse daran haben, dass auch die anderen Bundesländer sich rechtskonform verhalten. Andernfalls braucht man keine Verträge abzuschließen. *Pacta sunt servanda*.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist im Grundsatz richtig, aber in der Sachfrage besteht bei denen kein Interesse!)

- Auch wir haben Interesse daran, dass andere Bundesländer sich entsprechend den ausgehandelten Verträgen verhalten, Herr Kreuzer. So ist zumindest meine Einstellung dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Mit der Annahme unseres Gesetzentwurfs würden wir es schaffen, das Kräfteverhältnis zwischen dem Bayerischen Rundfunk auf der einen Seite und den Privaten auf der anderen Seite so ausbalanciert zu halten, wie es sich im Moment darstellt. Das ist auch der Hintergrund eines solchen Staatsvertrages. Es ist unser aller Interesse, auch das des Bayerischen Rundfunks, die Digitalisierung voranzubringen und auch sonst weitere Chancen zu eröffnen.

Ein letzter Hinweis ist mir wichtig: In solchen Fragen sollte es nicht Sieger und Verlierer geben. Diese Gefahr besteht allerdings, wenn die Züge aufeinander zurollen. Klare Rechtsregeln bieten die Möglichkeit, dass jeder sie akzeptiert.

Wir haben die Ausnahme damals gemeinsam beschlossen, auch wenn wir dabei vielleicht nicht alle Aspekte bedacht haben. Die damals getroffene Rege-

lung hat sich als rechtswidrig herausgestellt. Ich würde mich freuen, wenn wir wiederum gemeinsam darüber diskutieren könnten, wie der Widerspruch zu beseitigen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache. Zuerst hat Herr Kollege Blume das Wort. Bitte schön.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte dem Kollegen Piazzolo flapsig zurufen: Daran sehen Sie, wie vorausschauend die Staatsregierung allzeit unterwegs ist. Sie hat schon damals das vorgeschlagen, was Sie jetzt auf den Weg bringen wollen. – Aber in aller Ernsthaftigkeit: Es ist eine Diskussion, die das Land bewegt. Das muss man zugestehen. Die Diskussion umfasst rundfunkrechtliche und medienpolitische Aspekte; beides muss man sauber auseinanderhalten.

In medienpolitischer Hinsicht müssen wir verschiedene Interessen unter einen Hut bringen: das Interesse des Bayerischen Rundfunks, ein Programm aufzustellen, das alle Zielgruppen erreicht, und die Interessen der Klassikfreunde, unterlegt mit einer wuchtigen Petition. Wir hören das Argument derjenigen, die die Balance des dualen Rundfunkwesens, zwischen Privaten und Öffentlich-Rechtlichen, aktuell gewahrt sehen und hochhalten wollen. Wir hören aber auch das Argument derjenigen, die die Bedeutung der Staatsferne betonen.

Lieber Kollege Piazzolo, in der vergangenen Legislaturperiode waren wir alle der Meinung, dass die Programmautonomie des Bayerischen Rundfunks ein hohes Gut sei. Nur weil uns die Ergebnisse nicht passen, können wir jetzt nicht sagen: Dann rollen wir das Ganze wieder auf und schieben die damals beschlossene Regelung beiseite; wir wollen doch hier entscheiden. Wir müssen uns schon klar darüber sein, was wir genau wollen. – Soweit die medienpolitischen Aspekte.

Ich komme zu den rundfunkrechtlichen Aspekten. Da bin ich schon bei Ihnen: Schon die Tatsache, dass uns allen verschiedene Rechtsgutachten zugeschiedt wurden, weist auf die Klarstellungsbedürftigkeit hin. Möglicherweise ist das Rundfunkgesetz tatsächlich in sich widersprüchlich; darauf haben Sie schon hingewiesen, Herr Kollege Piazzolo. Wir sind uns sicherlich einig, dass wir die Klärung dieser Fragen nicht den Gerichten überlassen wollen. Der Gesetzgeber, der so beschlossen hat, soll auch dafür sorgen, dass keine Auslegungsfragen offen bleiben, zumindest dann nicht, wenn es nicht nur um die Frage geht, wie ein Sachverhalt in der Konkretisierung zu bewerten

ist. Wir sollten klarstellen, was tatsächlich intendiert war.

Wir haben zwei Normquellen heranzuziehen – darauf haben Sie hingewiesen –, den Rundfunkstaatsvertrag und das Bayerische Rundfunkgesetz. Artikel 2 Absatz 4 des Bayerischen Rundfunkgesetzes – darauf nehmen Sie in Ihrem Gesetzentwurf Bezug – enthält eine Einschränkung, die möglicherweise im Widerspruch zum Rundfunkstaatsvertrag steht. Diesen Widerspruch wollen Sie dadurch beheben, dass Sie die Formulierung aus dem Rundfunkstaatsvertrag fast wörtlich in das Rundfunkgesetz übernehmen.

An diesem Vorschlag habe ich gewisse rechtssystematische Zweifel; denn letztlich hieße es in Absatz 4, es solle das gelten, was in Absatz 1 schon ausgesagt wird. Es wird auf §§ 11 bis 11 f des Rundfunkstaatsvertrages Bezug genommen. Ob das die Lösung des Problems ist, würde ich vorsichtig bezweifeln. Jedenfalls müssen wir darüber diskutieren. Umgekehrt könnten wir Absatz 4 komplett wegfallen lassen. Dann würde der Rundfunkstaatsvertrag in seiner aktuellen Fassung gelten.

Aber auch folgenden Aspekt müssen wir in unsere Überlegungen einbeziehen: Es bleiben Zweifel an der Auslegung des § 11 c Absatz 2 des Rundfunkstaatsvertrages selbst. Wenn ich die Diskussion richtig verfolgt habe, sieht der Bayerische Rundfunk keinen Widerspruch zwischen dem, was er vorhat, und folgender Regelung:

Der Austausch eines in digitaler Technik verbreiteten Programms gegen ein in analoger Technik verbreitetes Programm ist nicht zulässig.

Ich bin nur Erfahrungsjurist und habe gewisse Schwierigkeiten, mir vorzustellen, wie es dort keinen Widerspruch geben kann. Aber es gibt offensichtlich Juristen, die in der Lage sind, den Nachweis zu führen, dass es doch unter einen Hut zu bekommen sei.

Ob wir mit Ihrem Gesetzentwurf unserem Ziel näher kämen, ohne den Rundfunkstaatsvertrag zu berühren, daran habe ich zumindest vorsichtige Zweifel. Ich bin aber bei Ihnen, wenn Sie betonen, dass Rechtsklarheit wünschenswert ist. Über den Weg werden wir noch sprechen müssen.

Lieber Kollege Piazzolo, am Ende reden wir doch auch über eine medienpolitische und nicht allein über eine rundfunkrechtliche Frage. In diesem Zusammenhang gibt es zwei Kernbesorgnisse, die wir sehr ernst nehmen müssen; insoweit tragen auch wir als Gesetzgeber Verantwortung. Zum Ersten müssen wir sicherstellen, dass eine Rundfunkanstalt wie der Bayerische Rundfunk ihrem Auftrag nachkommen kann, alle Be-

völkerungsschichten und alle Altersgruppen mit ihrem Programmangebot zu erreichen und dort Relevanz zu haben. Zum Zweiten müssen wir sicherstellen, dass ein vernünftiges Verhältnis zwischen Massenprogramm und hochwertigem Spartenprogramm bestehen bleibt. Insoweit könnte ich durchaus dem Argument etwas abgewinnen, dass das Vorhaben, wie es jetzt angelegt ist, in der Tendenz dazu geeignet ist, diese Balance zugunsten von mehr Massenprogramm zu verschieben; es gäbe dann eine etwas geringere Zahl von hochwertigen Spartenprogrammen.

Sie haben es während meiner Ausführungen schon bemerkt: Alles zusammengenommen fällt es mir schwer, hier ein klares Votum abzugeben. Rechtsklarheit ist wünschenswert. Wir müssen das Problem aber vor allem auch medienpolitisch klug angehen, weil der medienpolitische Aspekt nicht zu unterschätzen ist. Wir brauchen am Ende eine rechtlich klare Lösung. Daran sollten wir mit der notwendigen Gründlichkeit arbeiten. Das wünsche ich mir in dem Verfahren. Wir sind dankbar, dass der Bayerische Rundfunk uns die Möglichkeit gegeben hat, ohne Zeitdruck und sachlich zu beraten.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat Frau Kollegin Fehlner das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Diskussion um den Frequenztausch des Bayerischen Rundfunks – Klassik gegen PULS – möchte ich eines vorausschicken: Die öffentlich-rechtlichen Rundfunksender haben den wichtigen Verfassungsauftrag, die Grundversorgung mit Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung sicherzustellen, und zwar für alle Altersgruppen, für Jung und Alt gleichermaßen.

(Beifall bei der SPD)

Unsere digitale Welt schreitet voran. In den vergangenen Jahren hat sich unsere Medienlandschaft rasant verändert. Bis 2016 soll das digitale Netz fast 98 % Bayerns abdecken. Das schafft UKW nicht. Dem digitalen Radio gehört zweifelsohne die Zukunft.

(Beifall der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

UKW soll irgendwann ganz verschwinden. Die Frist wurde jüngst auf 2025 verlängert. So weit, so gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laut Medienanalyse hören täglich eine viertel Million Menschen BR-Klas-

sik. Das ist viermal eine ausverkaufte Allianz-Arena. 40 % der bayerischen Hörer empfangen das Programm UKW unabhängig über Satellit, Kabel oder Digitalradio. Die Klassikhörer sollen nun – das sage ich ganz salopp – ins digitale Netz verbannt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Der Jugendsender PULS soll spätestens 2016 auf UKW verbreitet werden. Kolleginnen und Kollegen, wir begrüßen, dass der BR mit PULS ein Programm entwickelt, mit dem er die jungen Hörer erreichen kann. Nicht zu begrüßen ist allerdings, dass er dies zulasten einer treuen Hörerschaft tut.

(Beifall bei der SPD)

Der Sender stellt den Rundfunkrat vor die scheinbar alternativlose Entscheidung, höhere Reichweiten für Jugendliche mit PULS nur zulasten der Stammhörerschaft seines Klassiksenders gewinnen zu können. So notwendig und begrüßenswert es ist, dass der Bayerische Rundfunk in Zukunft junge Hörerinnen und Hörer auch mit Zielgruppenprogrammen für die Jugendlichen an sich bindet, so wenig akzeptabel ist es, dass Hörergruppen auf diese Weise gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Moment muss man sich das noch einmal verdeutlichen: UKW ist noch der maßgebliche Verbreitungsweg für die Radioprogramme. Das wird sich auch in den nächsten Jahren nicht so schnell ändern.

(Beifall bei der SPD)

Wir sprechen von einem Zeitraum von 10, 15 oder 20 Jahren. Der BR erreicht 0,5 % der 14- bis 29-Jährigen mit seinem Digitalprogramm PULS, entweder über das Internet oder DAB+.

Bayern ist das Land mit einer bunten und vielfältigen Radiolandschaft. Nirgends in Deutschland gibt es mehr Radioanbieter. Unser duales Rundfunksystem hat sich bewährt. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir wollen keine Schieflage.

(Beifall bei der SPD)

Dass der BR angesichts der deutlichen Reaktion seiner Hörer die Entscheidung des Rundfunkrates über den Frequenzwechsel verschoben hat, zeigt doch, dass noch eingehender und grundsätzlicher Beratungsbedarf besteht. In den Ausschüssen soll darüber beraten werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, soll-

te der Frequenztausch in dieser Form nicht stattfinden, sind wir davon überzeugt, dass das sicherlich nicht der Niedergang des Bayerischen Rundfunks ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Frau Kollegin Gote das Wort. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Piazzolo, ich denke, dieser Gesetzentwurf ist ein Versuch, eine tiefe, anstrengende und komplexe inhaltliche und medienpolitische Debatte so eben auf die Schnelle formaljuristisch zu klären. Ich denke, das ist kein guter Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich weigere mich auch, die Debatte, so wie wir es gerade gehört haben, im Sinne der Gegensätze "Jugend gegen Alte" oder "Klassik gegen Pop- oder Jugendrajo" zu verkürzen. Das ist doch überhaupt nicht die Frage. Das trifft es nicht. Auf diese Schiene der Debatte sollten wir uns medienpolitisch gar nicht einlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wollen wir denn erreichen? Wir wollen doch das duale System, das sich mit den Öffentlich-Rechtlichen auf der einen und den Privaten auf der anderen Seite bewährt hat, beibehalten. Das wollen wir absichern, und das wollen wir stärken – beide Seiten wohlge-merkt. Dazu gehört, dass der Bayerische Rundfunk den Gestaltungsspielraum für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhält oder öffnet, wenn sich neue Herausforderungen ergeben oder er Sachverhalte als neue Herausforderungen bewertet. Ich stelle mich hier im Landtag nicht hin und mache diese Bewertung für den BR, das sollen die schon selber tun.

Das wichtige Stichwort "Staatsferne" ist schon gefallen. Das heißt auch, dass man diese Möglichkeiten zulässt, auch wenn einigen diese Entscheidungen nicht gefallen oder auch einmal Mist beschlossen wird. Das kann natürlich auch passieren. Deshalb sollten der Rundfunkrat und der BR darüber entscheiden, ob es PULS auf UKW gibt oder nicht, und nicht wir.

Wir haben jedoch auch etwas zu entscheiden. Ich will auch einen fairen Wettbewerb zwischen Öffentlich-Rechtlichen und Privaten. Das ist das Nächste, was wir wollen, wenn ich sage, dass wir beide Seiten des dualen Systems stärken wollen. Dazu gehören auch – das ist für uns GRÜNE wichtig – die Bürgerradios und die nichtkommerziellen Angebote. Den fairen Wettbe-

werb haben wir nicht. Fairen Wettbewerb hatten wir aber all die Jahre nicht, nicht erst mit dem Frequenzwechsel. Den Wettbewerb haben wir all die Jahre nicht gehabt, weil die Verteilung der UKW-Frequenzen zutiefst unfair ist. Auf dieser Basis ist kein fairer Wettbewerb möglich.

Was hat man versucht? Man versucht immer über Umwege, Waffengleichheit herzustellen. Das wird aber nicht gelingen. Was wollte man im Jahr 2009 außerdem? Man wollte DAB puschen. Deshalb hat man das im Rundfunkstaatsvertrag so formuliert. Das ist nicht passiert, weil man schon die heutige Diskussion über PULS vorausgesehen hat, wie das eben anklang. Das hat aber nicht geklappt. Das haben wir schon gehört.

Deshalb wäre es fatal, einfach 1 : 1 an die Debatte von 2009 anzuknüpfen. Wir sind fünf Jahre weiter. Die Entwicklung ist nicht so eingetreten, wie es alle erwartet haben. Erstens ist DAB nicht in dem Maße gewachsen, wie wir dachten. Zweitens ist nicht das eingetreten, was viele angenommen haben und anscheinend immer noch glauben, nämlich dass junge Leute Radio eher über das Netz und auf neuen Geräten wie DAB hören und alte Leute nicht. Es scheint genau umgekehrt zu sein. Besonders die jungen Leute scheinen noch eher über UKW erreichbar zu sein. Das muss man sich doch anschauen. Dann muss man die Sachlage neu bewerten.

Deshalb würde unser Weg so aussehen: Wir passen das Gesetz nicht an den Rundfunkstaatsvertrag von 2009 an, sondern schauen, wo der Rundfunkstaatsvertrag hinsichtlich der Verhältnisse, wie wir sie heute vorfinden, und der Ziele, wie wir sie medienpolitisch gemeinsam begleiten wollen, angepasst werden kann. Ein Staatsvertrag ist keine Bibel. Wir überarbeiten alle paar Jahre den Staatsvertrag in ganz wesentlichen Punkten. Dabei handelt es sich noch nicht einmal um ein Konkordat. Zwar kann man auch ein Konkordat ändern, aber den Staatsvertrag kann man leichter ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schaffen wir den Spielraum für den BR, stoßen wir an, dass der Rundfunkstaatsvertrag in diesem Punkt modernisiert und angepasst wird, schauen wir, dass wir fairere Wettbewerbsbedingungen für die Privaten, für die Bürgerradios und für die nichtkommerziellen Angebote bekommen! Das geht einmal mit einer Debatte über die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und vor allem, indem wir uns anschauen, ob wir für die Übergangszeit, solange wir die UKW-Frequenzen noch brauchen, zu einer faireren Vertei-

lung kommen können. Dann können wir beide getrost in den Wettbewerb entlassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich den Tagesordnungspunkt 4 b aufrufe, darf ich ankündigen, dass zum Antrag der FREIEN WÄHLER "A 9 zwischen Holledau und Neufahrn: Ausbau und Lärmschutz" – das ist die Listenummer 8 der nicht einzeln zu beratenden Anträge - namentliche Abstimmung beantragt worden ist.

Jetzt rufe ich **Tagesordnungspunkt 4 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) zur Änderung des Sparkassengesetzes (Einführung der Unternehmensmitbestimmung bei den Sparkassen) (Drs. 17/1929) - Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird begründet. Ich darf Kollegen Dr. Wengert ans Rednerpult bitten. Herr Kollege, machen Sie die Begründung und die Aussprache in einem?

Dr. Paul Wengert (SPD): Ja.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön.

Dr. Paul Wengert (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zu fast allen anderen Bundesländern ist in Bayern eine Mitbestimmung oder zumindest eine beratende Mitwirkung der Beschäftigten der Sparkassen in den Verwaltungsräten der Sparkassen nicht vorgesehen. Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe a des Sparkassengesetzes verbietet sogar, dass Beamte und Arbeitnehmer der Sparkasse Mitglieder des Verwaltungsrates sein dürfen. Die Zahl der Mitarbeitervertreter reicht in den jeweiligen Sparkassengesetzen anderer Länder von zwei in Nordrhein-Westfalen über zwei, drei oder vier in Thüringen, vier in Bremen, drei, vier oder fünf in Hessen bis hin zu einem Drittelanteil in den Verwaltungsräten in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Sachsen. In Niedersachsen wird auf das dortige Personalvertretungsgesetz Bezug genommen. Im Saarland wird die genaue Zahl der Mitarbeitervertreter außerhalb des Sparkassengesetzes geregelt. Es

überrascht also nicht, dass sich der neue Vorstandsvorsitzende der Sparkasse München vor Kurzem bei einem Gespräch in unserer Fraktion verwundert gezeigt hat, dass es in Bayern keinen einzigen Mitarbeiter im Verwaltungsrat seiner Sparkasse gibt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist irgendwie aus der Zeit gefallen. Das möchten wir ändern.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen mit unserem Gesetzentwurf erreichen, dass in Bayern endlich wie in den genannten zwölf anderen Ländern in den Sparkassen die Unternehmensmitbestimmung eingeführt wird. Dazu bedarf es einer Änderung des Sparkassengesetzes. Die Beschäftigten der Sparkassen sollen nach unserem Gesetzentwurf zukünftig im Verwaltungsrat der Sparkasse mit genau der gleichen Anzahl von Mitgliedern vertreten sein, wie von der Aufsichtsbehörde weitere Mitglieder in den Verwaltungsrat zu berufen sind. Dadurch wird der normative Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers verfassungsgemäß, weil auch angemessen, umgesetzt.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat sich in seiner Entscheidung vom 14. Februar 2011 über eine Popularklage bereits mit der Frage der Unternehmensmitbestimmung der Arbeitnehmer in Sparkassen beschäftigt. Er hat festgestellt, dass der Gesetzgeber verfassungsrechtlich nicht gehindert ist, in Sparkassen in Bayern eine Unternehmensmitbestimmung einzuführen, auch wenn sich aus der Bayerischen Verfassung keine Verpflichtung des Gesetzgebers ergibt, für die als Anstalten des öffentlichen Rechts organisierten Sparkassen eine solche Unternehmensmitbestimmung einzuführen. Damit hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof den weiten normativen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers ausdrücklich anerkannt.

Die Mitbestimmung von Arbeitnehmern in den Verwaltungsräten der Sparkassen ist ein uraltes Anliegen der SPD. Wir haben in der achten, der neunten, der zwölften und zuletzt in dieser Legislaturperiode entsprechende Initiativen ergriffen. Sie sind zunächst an der CSU gescheitert, jetzt sind sie auch noch an der FDP und den FREIEN WÄHLERN gescheitert. Unser Ziel war und ist, dass die Verwaltungsräte zu einem Drittel mit Beschäftigten der Sparkassen besetzt werden sollen, weil das der Gesetzeslage in fast allen anderen Ländern entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesen Sätzen zitiere ich den Kollegen Franz Schindler. Er führte dies am 23. November 2010 bei der Ersten Lesung zum damaligen Gesetzentwurf der

FREIEN WÄHLER bereits zutreffend aus. Leider mussten wir mit der Mehrheit des Hohen Hauses diesen Gesetzentwurf am 12. Mai 2011 ablehnen, weil er die Einführung der Unternehmensmitbestimmung in das Belieben des jeweiligen Sparkassenträgers stellen wollte. Das hätte zu einem Flickenteppich in der bayerischen Sparkassenlandschaft geführt. Das konnten und wollten wir nicht mittragen.

Leider hat sich die Regierungsmehrheit des Landtags auch nicht unserem Änderungsantrag anschließen können, den wir bereits zu dem Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Landesbank-Gesetzes und des Sparkassengesetzes am 17. Juni 2009 eingebracht hatten und der seinerzeit eine Ein-Drittel-Vertretung der Mitarbeiter vorsah. Unsere damalige parlamentarische Initiative wurde übrigens von einer Petition mit 30.000 Unterschriften unterstützt.

Die Änderung des Sparkassengesetzes ist nunmehr mehr als überfällig. Es gibt keinen zwingenden Grund und kein vernünftiges Argument, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Sparkassen weiter zu verwehren, was beispielsweise für ihre Kolleginnen und Kollegen in Stadtwerken selbstverständlich ist: dass sie im Verwaltungsrat ihres Unternehmens mit am Tisch sitzen.

(Beifall bei der SPD)

Um die Verwaltungsräte nicht zu sehr aufzublähen – das könnte ein Gegenargument sein –, haben wir die Zahl der Mitarbeitervertreter an die Anzahl der von der Aufsichtsbehörde zu bestellenden Mitglieder gekoppelt. Damit wächst ein Verwaltungsrat in einem noch vertretbaren Rahmen an. Ich hoffe sehr, dass wir in der Ausschussberatung mit unseren Argumenten überzeugen können und endlich auch für die Sparkassen in Bayern eine Unternehmensmitbestimmung erreichen. Dies dürfte zudem die fachliche Kompetenz in den Verwaltungsräten stärken.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Jetzt hat Herr Kollege Dünkel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Norbert Dünkel (CSU): Liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, euch einmal von vorne zu sehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und der SPD)

Wir haben es mit einem besonders spannenden Thema zu tun. Wie funktioniert ein Unternehmen, wie funktionieren unsere Sparkassen als Unternehmen? –

Wichtig sind letztendlich der Aufsichtsrat, der Vorstand und die Personalvertretung. Der Vorstand ist für das Tagesgeschäft zuständig; dazu gehört explizit auch die personelle Entwicklung eines Unternehmens. Über diese wird eben nicht im Verwaltungsrat entschieden, sondern im Vorstand. Der Verwaltungsrat entwickelt die Unternehmensstrategie mit und überwacht sie. Liebe Kolleginnen und Kollegen, schließlich gibt es eine Personalvertretung, die autonom, im Rahmen ihrer Zuständigkeit, zu Zeiten, die sie selbst festlegt, über Inhalte, die sie selbst bestimmt, aber in allen Fällen immer intern, für sich alleine, ohne Vertretung eines Vorstands oder des Verwaltungsrats, tagt. Sie ließe es sich überhaupt nicht nehmen, dass der Vorstand und ein Verwaltungsrat bei ihren Sitzungen ausgeschlossen sind.

Der SPD-Antrag stellt auf genau das Gegenteil ab. Das geschieht im Übrigen zum fünften Mal seit 2009.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das letzte Mal, wenn ihr zustimmt!)

Im Verwaltungsrat soll die Personalvertretung als ständiges Mitglied vertreten sein.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Nein, nicht die Personalvertretung!)

- Ein Repräsentant oder mehrere Repräsentanten der Personalvertretung. – Am Ende entsteht die spitzfindige Situation, dass Mitglieder aus der Personalvertretung zum Beispiel mitbestimmen, wer Vorstand wird. Ich habe mich gestern mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden einer großen Sparkasse in Bayern unterhalten; er kommt aus Hannover. Er hat mir erzählt, genau dort, wo bereits der Fall ist, was Sie jetzt beantragen, findet ein Treffen der Verwaltungsratsmitglieder, die aus der Personalvertretung kommen, mit den designierten Vorstandsmitgliedern statt. Die sagen dann: Wir unterstützen Sie, wenn Sie das und das machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann das nicht laufen.

(Inge Aures (SPD): Warum? – Volkmar Halbleib (SPD): Was machen die Verwaltungsratsmitglieder? Die machen das Gleiche!)

Dass die Belegschaft ihren zukünftigen Vorsitzenden selbst mit wählt und mitbestimmt, ist völlig widersinnig.

(Inge Aures (SPD): Wie in der Partei! Die suchen sich auch ihren Vorsitzenden!)

Wir werden dem Entwurf, wie Sie ihn vorgelegt haben, ohnehin nicht zustimmen, in diesem Wortlaut natürlich auch nicht.

Wir sind der Meinung – und dafür steht "Näher am Menschen" im Logo der CSU –: Wir werden keine Politik machen,

(Volkmar Halbleib (SPD): Näher an den Mitarbeitern?)

die an den Menschen, den Verbänden und den Kommunen vorbeigeht.

(Volkmar Halbleib (SPD): Politik für die Vorstände! – Inge Aures (SPD): Das hat man bei den Sparkassen gesehen! Dr. Naser hat das Geld versenkt!)

Es gibt aktuell eine ganz klare, eindeutige Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände, die besagt: Lasst alles genau so, wie es ist.

Bekanntermaßen gab es jetzt Neuwahlen. Der Städtetagspräsident – er ist Mitglied der SPD – und die kommunalen Spitzenverbände können in ihrer neuen Zusammensetzung darüber beraten, ob sie in diese Richtung gehen möchten, ob sie im Sinne des Wortlauts des Gesetzentwurfs vorgehen wollen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Aber Gesetzgeber sind wir! – Inge Aures (SPD): Das wissen Sie schon?)

Wir werden uns das ansehen und darüber befinden, ob wir die Verbände übergehen, wie Sie das nach gegenwärtigem Stand tun.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind der Meinung, dass dem Entwurf in dieser Fassung nicht zugestimmt werden soll. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch einen Moment am Rednerpult. Wir haben hier heute eine Erste Lesung. Bitte, Herr Kollege Schindler, Sie dürfen.

Franz Schindler (SPD): Herr Kollege, ich bin etwas erstaunt über Ihre Fundamentalkritik an einem Wesenskern der Unternehmensmitbestimmung, wie sie seit 60 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zum Vorteil der deutschen Wirtschaft gang und gäbe ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie vertreten hier eine Minderheitenmeinung.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Was Sie sagen, gilt in keinem anderen Bundesland in dieser Rigidität. In allen anderen Bundesländern wird das genauso gesehen, wie es die SPD beantragt hat. Ihr Argument, Mitarbeitervertreter sollen bei der Auswahl von Vorständen nicht mitreden dürfen, ist genau der Wesenskern der Unternehmensmitbestimmung.

(Beifall bei der SPD)

Kann es sein, dass Sie die Absicht unseres Gesetzentwurfs nicht verinnerlicht haben?

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Norbert Dünkel (CSU): Wir vertreten die Linie, die auch der Städtetag und der Gemeindetag vertreten, im Übrigen auch der Bayerische Landkreistag.

(Zuruf: Haben Sie keine eigene Meinung, Herr Kollege?)

Das ist die Lage, die wir im Augenblick in Bayern in den Verbänden haben.

Natürlich haben wir fundamentale Grundsätze der Unternehmensbeteiligung zu berücksichtigen und tun dies auch. Das ist es aber nicht ausschließlich, was Sie hier einfordern. Wir haben Jour-fixe-Termine, wir haben Klausurtagungen, wir haben gemeinsame Unternehmensentwicklungsgespräche, auch in den Sparkassen, und wir haben seit Jahrzehnten eine breite Einbindung der Personalvertretung.

Ich glaube, das ist ein guter Weg. Im Übrigen – ich wiederhole mich – werden wir abwarten, wie sich die Verbände nach der Neukonstituierung aufstellen und wie sie zu dem von der SPD-Fraktion vorgelegten Entwurf stehen werden. Dann werden wir uns sicherlich noch einmal mit der Sache befassen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Und bei unserer eigenen Bank sitzt die Personalvertretung im Verwaltungsrat!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Kollege Muthmann das Wort. – Bitte schön.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Mich hat erstaunt, was Kollege Dünkel von sich gegeben hat, dass es ein Unding wäre, wenn ein Vertreter der Mitarbeiter bei strategischen Unternehmensentscheidungen oder bei der Auswahl des Vorstandes dabei wäre. In vielen Unternehmen funktioniert das bestens und ist selbstverständlich. Das ist auch bei den Sparkassen möglich.

Eingangs möchte ich darauf hinweisen, dass der Betrieb der Sparkasse als öffentliche Aufgabe und als ein Dienst an der Daseinsvorsorge in unseren Regionen Wohltaten verbreitet und Ausfluss der Selbstverwaltung der Träger der Sparkassen ist.

Wie uns der Bayerische Verfassungsgerichtshof 2011 bestätigt hat, gibt es wohl eine Möglichkeit, eine Unternehmensmitbestimmung auch bei den Sparkassen einzurichten, wiewohl es in Bayern dazu keine Verpflichtung gibt.

Lieber Kollege Wengert, das Argument, in allen anderen Bundesländern gibt es das, deswegen muss Bayern das auch machen, verfängt nicht. Ich habe von dir schon stärkere Argumente gehört.

Wir haben für diese Idee bekanntermaßen große Sympathie. Wir haben Ende des Jahres 2010 selbst einen Gesetzentwurf eingebracht, allerdings in etwas anderer Form. Der Gesetzentwurf sah vor, eine Öffnungsklausel für Mitbestimmung in die Entscheidung der kommunalen Träger zu legen. Das ist eine spezifische Sichtweise der FREIEN WÄHLER, die kommunale Selbstverwaltung in besonderer Weise zu achten. Wir beraten jetzt darüber, ob wir einen Schritt weiter gehen sollen, um das obligatorisch einzuführen, und wägen das Für und Wider gegeneinander ab. Ob der Fall Miesbach mit dieser Kompetenzverbreiterung des Verwaltungsrats hätte verhindert werden können, ist durchaus offen; das wissen wir nicht. Wenn aber Mitarbeiter ein Stück weit kritisch in dieser Runde mitberaten, wäre das eher zu erwarten gewesen als negative Auswirkungen.

Wir werden uns in den weiteren Beratungen genauer anschauen, welche Qualitätszuwächse dadurch zu erwarten sind, was das im Spannungsfeld der kommunalen Selbstverwaltung bedeutet und ob das in diesem Zusammenhang vertretbar ist. Wir alle wissen, worüber im Verwaltungsrat entschieden wird: Das sind natürlich auch Personalfragen; das sind strategische Grundsatzdebatten. Ich denke, dass eine Vertretung der Mitarbeiter in diesem Bereich sicherlich einen Mehrwert haben kann und wird. Ob wir das mit Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung obligatorisch machen wollen, wird die weitere Beratung ergeben.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Herr Kollege Dr. Wengert zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Paul Wengert (SPD): Lieber Kollege Muthmann, die Gesetzeslage in anderen Ländern mag nicht zwingend dafür stehen, dass auch wir unsere Gesetze in dieselbe Richtung ändern müssen. Dass in zwölf Ländern Unternehmensmitbestimmung in den öffentlich-rechtlichen Sparkassen stattfindet, ist aber zumindest

ein sehr starkes Indiz dafür, dass das nicht falsch sein kann. Es verstößt zumindest nicht gegen Recht und Verfassung. Das hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof festgestellt.

Meine Frage geht dahin: Was unterscheidet eigentlich ein Stadtwerk, das sich um Energieversorgung, Verkehr und Wasserversorgung kümmert und in der Trägerschaft einer Kommune steht und einen Verwaltungsrat hat, in dem die Mitarbeiterschaft im Rahmen der Unternehmensmitbestimmung vertreten ist, von einer Sparkasse in der Trägerschaft einer Kommune, die sich um die Finanzen der Mitbürgerinnen und Mitbürger kümmert? Warum dürfen die einen über die wichtigen Ziele und Geschäfte des Unternehmens mitbestimmen, die anderen sollen davon aber ausgeschlossen bleiben? Das erschließt sich mir nicht.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Wengert, strukturell gibt es da wenig Unterschiede. Die Aufgabe als solche ist natürlich unterschiedlich. Der Blick in andere Bundesländer hilft nicht weiter. Auch bei der Beratung des Nachtragshaushalts hat es das immer mal wieder gegeben. Je nach Befindlichkeit und Argumentation wird das genutzt oder auch verworfen. Ich glaube nicht, dass wir mit dem Blick in andere Bundesländer das Problem lösen können. Der Zustand der Sparkassen und die Bewertung der Arbeit der Sparkassen ist auch in der Finanzkrise sehr positiv gewesen. Die Sparkassen haben sich nicht als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung erwiesen. Es besteht unter diesem Gesichtspunkt kein dringender Handlungsbedarf, aber es besteht sicherlich die Möglichkeit dazu. Ich habe auch gesagt, dass wir für diesen Entwurf Sympathien haben und noch ein Stück weit in den weiteren Beratungen überzeugt werden wollen, dass diese Entscheidung auch vor dem Hintergrund der kommunalen Eigenverantwortlichkeit und Autonomie ein richtiger Weg wäre. Wir werden sehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat jetzt der Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNE begrüßen es, dass die SPD-Fraktion heute mit ihrem Gesetzentwurf erneut einen Anlauf unternimmt, die Aufsicht in den Verwaltungsräten der Sparkassen zu verbessern und eine Mitarbeitermitbestimmung in den Sparkassen einzuführen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Dünkel, auch mich hat es sehr erstaunt, dass Sie es vom Grundsatz her ablehnen, dass auch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Unternehmensstrategien überwachen. Das ist nichts Außergewöhnliches. Das gibt es in vielen Kommunen, bei denen in städtischen Gesellschaften auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in solchen Aufsichtsgremien vertreten sind. Ich gehöre selber einem solchen Aufsichtsgremium an, und ich kann Ihnen sagen: Wir haben vor Ort sehr gute Erfahrungen gemacht.

Angesichts der Ereignisse in Miesbach finde ich es geradezu beschämend, dass wir uns zum wiederholten Male mit dieser Frage beschäftigen müssen. Herr Kollege Muthmann hat zu Recht die Frage gestellt, ob es Auswirkungen gehabt hätte, wenn wir dort schon eine Mitarbeitermitbestimmung gehabt hätten. Die Frage kann man mit Ja oder Nein beantworten. Ich sage nur: Gesunder Menschenverstand ist manchmal ganz gut, weil er einem sagt, was zu tun ist oder was man lassen soll, egal, ob es erlaubt ist oder nicht.

Auch wir GRÜNEN – darauf möchte ich hinweisen – hatten schon 2009 im Rahmen der Änderung des Landesbank-Gesetzes entsprechende Anträge eingebracht, die jedoch am Widerstand der damaligen Regierungskoalition gescheitert sind. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, nehmen Sie doch einmal den Artikel 175 der Bayerischen Verfassung ernst. Die Bayerische Verfassung verhindert nicht, sondern bejaht ausdrücklich eine umfassende Mitbestimmung und Mitwirkung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Auch da ist das dokumentiert, und den Geist dieses Artikels kann man gut auf die Sparkassen übertragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wieso sollte das also nicht für die Sparkassen gelten, zumal das in 15 von 16 Bundesländern längst Realität ist? Aus unserer Sicht ist es auch in Bayern an der Zeit, eine neue Ära der Mitbestimmung bei den Sparkassen einzuläuten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Staatsregierung hat sich in der Vergangenheit immer wieder darauf berufen, die sogenannte bayerische Besonderheit würde die Unternehmensmitbestimmung in den Sparkassen verhindern. Das trifft aus unserer Sicht nicht zu. Es macht rechtlich keinen Unterschied, ob die Sparkassenbeschäftigten in Bayern beim Träger oder bei der Sparkasse selbst angestellt sind. Vielmehr ist es Sache des Landesgesetzgebers, auch für den Fall einer Anstellung beim Träger eine effektive Unternehmensmitbestimmung zu gewährleisten. Das hat übrigens auch unlängst der Bayerische Verfassungsgerichtshof so entschieden und erklärt, dass der Gesetzgeber verfassungsrecht-

lich nicht gehindert ist, bei den Sparkassen eine Unternehmensmitbestimmung einzuführen.

Ich bin davon überzeugt, dass es den Verantwortlichen in Miesbach nur hätte nutzen können, wenn auch Vertreterinnen und Vertreter aus der Belegschaft mit am Tisch gesessen hätten und auch über Sponsoring und Spenden mitentschieden hätten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort tätig sind, sind in der Regel aus Überzeugung tätig und in Solidarität mit ihren Kolleginnen und Kollegen und engagieren sich zum Wohle des Unternehmens. Sie hätten insofern wohl ein Korrektiv bilden können.

Nach Miesbach wäre es geradezu ein Armutszeugnis, wenn Sie von der CSU keine Lehren daraus zögen und nicht endlich die Kontrollmechanismen stärken würden. Darüber hinaus werden wir GRÜNE uns weiterhin sehr intensiv mit allem rund um das Sparkassengesetz befassen und prüfen, inwieweit man mehr Transparenz und funktionierende Kontrollmechanismen in den Aufsichtsgremien herstellen kann. Für uns ist die Causa Kreidl längst noch nicht erledigt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für kommunale Fragen, innere Sicherheit und Sport als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Benennung
der Mitglieder des Landtags für das beratende
Kuratorium zur Begleitung des Projekts Lernort
"Dokumentation Obersalzberg"**

Vonseiten des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wurde mitgeteilt, dass zur Begleitung des Projekts Lernort "Dokumentation Obersalzberg" ein beratendes Kuratorium geschaffen werden soll. Mit Beschluss vom 15. März 2012 hat der Landtag die Staatsregierung aufgefordert, bei der geplanten Erweiterung der Dokumentationsstelle am Obersalzberg und der Neukonzipierung des Ausstellungskonzepts beteiligt zu werden.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung des Lernorts, aber auch der finanziellen Dimension des Projekts wurde um die Benennung von vier Vertreterinnen bzw. Vertretern des Landtags als Mitglieder des Kuratoriums gebeten. Dabei wurde davon ausgegangen, dass jede Fraktion ein Mitglied vorschlagen kann.

Vonseiten der Fraktionen wurden folgende Abgeordnete vorgeschlagen: für die CSU-Fraktion Frau Michaela Kaniber, für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Isabell Zacharias, für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Kollege Florian Streibl und für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN Kollege Dr. Sepp Dürr.

Eine Aussprache findet nicht statt. Wir kommen sofort zur gemeinsamen Abstimmung. Wer den Vorschlägen der Fraktionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Abstimmung
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die
gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 10)**

Vorweg lasse ich – wie von der Fraktion der FREIEN WÄHLER beantragt – über die **Listennummer 8** der Anlage zur Tagesordnung in namentlicher Form abstimmen. Es handelt sich um den Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Zierer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "A 9 zwischen Holledau und Neufahrn: Ausbau und Lärmschutz" auf der Drucksache 17/757, der vom Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie zur Ablehnung empfohlen wird.

Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, mit der Stimmabgabe zu beginnen. Fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.19 bis 19.24 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 10)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich unterbreche die Sitzung, bis das Abstimmungsergebnis bekannt gegeben werden kann.

(Unterbrechung von 19.25 bis 19.27 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über die Listennummer 8 - das ist der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Zierer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "A 9 zwischen Holledau und Neufahrn: Ausbau und Lärmschutz" auf der Drucksache 17/757 bekannt geben. Mit Ja haben 64 und mit Nein 71 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Ich darf bekannt geben, dass sich der Tagesordnungspunkt 7 erledigt hat. In der Plenarsitzung am 15. Mai 2014 konnten alle Tagesordnungspunkte beraten werden.

Danke schön, ich schließe die Sitzung.

(Schluss: 19.27 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung; (Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 78) (Drucksache 17/1248)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas			
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	71	91	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte; (Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 79) (Drucksache 17/1249)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	70	92	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern; (Kap. 10 03 Tit. 684 72) (Drucksache 17/1319)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert				Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	90	16

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren; (Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.) (Drucksache 17/1339)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	52	91	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Rückholung der sog. demografischen Rendite; (Kap. 05 21) (Drucksache 17/1393)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva	X		
Bauer Volker		X		Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin		X		Hintersberger Johannes			
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp		X		Huber Erwin			
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Martin			
Eisenreich Georg		X		Huber Thomas		X	
Fackler Wolfgang		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen				Huml Melanie		X	
Fehlner Martina	X			Imhof Hermann		X	
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X		Kamm Christine		X	
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl				Karl Annette	X		
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus		X		Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
				Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	108	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Zehntausend-Häuser-Programm; (Kap. 07 05 TG 75 - 78) (Drucksache 17/1453)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith			
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	91	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u. a. SPD; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit; (Kap. 10 05 neue TG) (Drucksache 17/1456)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	87	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 3: Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014; hier: Kommunaler Schulbau; (Kap. 13 10 Tit. 883 11) (Drucksache 17/1668)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			X
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike			X
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete			X	Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold				Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
				Hintersberger Johannes		X	
Celina Kerstin			X	Hofmann Michael		X	
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex		X		Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Dürr Sepp			X	Dr. Huber Martin			
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen				Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine			X
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl				Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			X
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	53	91	17

Mitteilung

zu Tagesordnungspunkt 2 und 3

Teil I

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

Änderungsanträge der SPD

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Zuschüsse für die Sportfachverbände
(Kap. 03 03 Tit. 684 91)
Drs. 17/1369
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Vereinspauschale
(Kap. 03 03 Tit. 685 91)
Drs. 17/1370
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung vereinseigener Sportstättenbau
(Kap. 03 03 Tit. 893 91)
Drs. 17/1371
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: 71 Stellen für Lebensmittelkontrolleure-Anwärter bei den Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 422 21)
Drs. 17/1372
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kommunale Energieberater - Zuschüsse an die Landkreise für Organisation und Moderation der Energiewende vor Ort
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)
Drs. 17/1373
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Personalausstattung der Gesundheitsverwaltung bei den 71 bayerischen Landratsämtern
(Kap. 03 09 Tit. 428 01)
Drs. 17/1374
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Rechtsreferendare und Dienstanfänger
(Kap. 03 20 Tit. 422 21)
Drs. 17/1375
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungen u.ä.
(Kap. 03 23 Tit. 883 01)
Drs. 17/1376
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 26 Tit. 422 01)
Drs. 17/1377

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Energetische Sanierung staatlicher Gebäude (Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1378
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorsprung durch rechtzeitiges Planen im Straßenbau (Kap. 03 80 TG 70 - 71)
Drs. 17/1381
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Radwegebau entlang von Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 770 06 (Anl. A))
Drs. 17/1383
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bezüge der planmäßigen Beamten (Richter) (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1384
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterbezüge, Unterhaltsbeihilfen für Dienstanfänger (Kap. 04 04 Tit. 422 21)
Drs. 17/1385
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Finanzierung der Einrichtung einer Psychotherapeutischen Fachambulanz für entlassene Sexualstraftäter in Ostbayern (Kap. 04 04 Tit. 686 03)
Drs. 17/1386
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Projekt „Gemeinnützige Arbeit statt Ersatzfreiheitsstrafe“ (Kap. 04 05 Tit. 546 71)
Drs. 17/1387
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Martin Güll u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für Medienkompetenzprojekte (Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1388
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Diana Stachowitz u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für die Zusammenarbeit von Schule und Sportverein erhöhen (Kap. 05 04 Tit. 684 90)
Drs. 17/1389
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm „Ganztag und Pädagogik“ (Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/1390
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entlastung der Kommunen durch ein Sonderinvestitionsprogramm Umbau von Schulen für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (Inklusion) (Kap. 05 04 neue TG)
Drs. 17/1391
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schulsozialarbeit (Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 17/1392
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Rückholung der sog. demografischen Rendite (Kap. 05 21)
Drs. 17/1393

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Martina Fehlner u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mehr Personal in der Steuerverwaltung für einen besseren Steuervollzug und mehr Steuergerechtigkeit in Bayern
(Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/1394
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung neuer Technologien und des Technologietransfers
(Kap. 07 03 TG 62 - 67 Tit. 686 63)
Drs. 17/1395
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerisches Mittelstandskreditprogramm
(Kap. 07 04 Tit. 891 01)
Drs. 17/1396
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Operationelle Programme zur Europäischen territorialen Zusammenarbeit (ETZ) aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kommunalfreundlich ertüchtigen!
(Kap. 07 04 neuer Tit.)
Drs. 17/1397
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kosten für Sachverständige
(Kap. 07 08 neuer Tit. 526 11)
Drs. 17/1398
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse zur Förderung der Landtechnik und der landwirtschaftlichen Bautechnik
(Kap. 08 03 Tit. 683 17)
Drs. 17/1399
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausweitung des Schulobstprogramms auf Kindertagesstätten
(Kap. 08 03 Tit. 683 44)
Drs. 17/1400
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gesamtkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“
(Kap. 08 03 TG 54 neuer Tit.)
Drs. 17/1401
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für Investitionen für Maßnahmen zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel
(Kap. 08 03 Tit. 892 86)
Drs. 17/1402
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96)
Drs. 17/1403
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung
(Kap. 08 03 TG 96 neuer Tit.)
Drs. 17/1404
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erweiterung der Forschungsvorhaben um den Bereich des Lärmschutzwaldes
(Kap. 08 05 Tit. 547 95)
Drs. 17/1405
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Personalabbau stoppen - zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter für das Amt für Ländliche Entwicklung in Tirschenreuth
(Kap. 08 30 Tit. 422 21)
Drs. 17/1406

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Personalabbau stoppen – zusätzliche Försterinnen und Förster für Bayern
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1407
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorrang für die Bildung - zusätzliche Lehrkräfte an den Landwirtschaftsschulen
(Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1408
38. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Änderung des Bayerischen Blindengeldgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1409
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Betreuungsvereine
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1410
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Mehrgenerationenhäusern
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 17/1411
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: LandesSeniorenVertretung Bayern (LSVB)
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1412
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Familienstützpunkten
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 17/1413
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Linus Förster, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausgaben für die Jugendarbeit
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 17/1414
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathi Petersen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderungen von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/1415
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Arif Tasdelen, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Migrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 10 50 neuer Tit.)
Drs. 17/1416
46. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Angelika Weikert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Asylsozialberatung
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1417
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung der Sing- und Musikschulen
(Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/1418
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse an die Bayerischen Studentenerwerke
(Kap. 15 06 Tit. 686 05)
Drs. 17/1419

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Herbert Kränzlein u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungsmittel für Hochbaumaßnahmen der Hochschulen
(Kap. 15 06 Tit. 710 00)
Drs. 17/1420
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: 196 zusätzliche Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Universitäten
(Kap. 15 28 Tit. 422 01)
Drs. 17/1421
51. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Herbert Kränzlein, Isabell Zacharias u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neuer Planungstitel „Generalsanierung der Hochschule für Musik und Theater in München“
(Kap. 15 62 neuer Tit. Anlage S)
Drs. 17/1422
52. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Stefan Schuster u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: 4 Stellen für Provenienzforschung bei den Bayerischen Staatsgemäldesammlungen
(Kap. 15 70 Tit. 422 01)
Drs. 17/1423
53. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Georg Rosenthal, Isabell Zacharias u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neuer Planungstitel „Neubau bzw. Neuan-siedlung des Staatsarchivs Würzburg“
(Kap. 15 93 neuer Tit. Anlage S)
Drs. 17/1424
54. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wohnraum- und Studentenwohnraumförde-rung
(Kap. 03 64 TG 65 - 70)
Drs. 17/1448
55. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Nothilfeprogramm Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/1449
56. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Machbarkeitsstudie für ein Helmholtz- oder Fraunhofer-Institut in Niederbayern
(Kap. 07 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1450
57. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Annette Karl, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung des bayerischen Anteils an der regionalen Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 TG 72 Tit. 892 72)
Drs. 17/1451
58. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für die Erstellung von Energie-nutzungsplänen (ENP) in Gemeinden
(Kap. 07 05 Tit. 633 78)
Drs. 17/1452
59. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Annette Karl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zehntausend-Häuser-Programm
(Kap. 07 05 TG 75 - 78)
Drs. 17/1453
60. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aktionsplan UN-Behindertenrechtskon-vention
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/1455
61. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Ruth Waldmann, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan
für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sonderinvestitionsprogramm Barrierefreiheit
(Kap. 10 05 neue TG)
Drs. 17/1456

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (BayKiBiG)
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/1457
63. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionsprogramm „Kinderbetreuung“
2008 - 2014
(Kap. 10 07 Tit. 883 01)
Drs. 17/1458
64. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Vorsprung durch rechtzeitiges Planen im Bahnstreckenbau
(Kap. 03 63 neuer Tit.)
Drs. 17/1474
65. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bildung für den Klimaschutz und die Energiewende - Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 TG 74)
Drs. 17/1587
66. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstetigung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1588
67. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Florian von Brunn, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherschutz - Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1589
68. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Förderung von 18 bayerischen Naturparks
(Kap. 12 04 Tit. 893 72)
Drs. 17/1591
69. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS
(Kap. 14 03 TG 52)
Drs. 17/1592
70. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Franz Schindler u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen und Einrichtungen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS in bayerischen Justizvollzugsanstalten
(Kap. 14 03 TG 52)
Drs. 17/1593
71. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Franz Schindler, Kathrin Sonnenholzner u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen zur Suchtbekämpfung und Drogentherapie - Aufstockungsmittel für die Suchtberatung in den Justizvollzugsanstalten durch externe Fachkräfte
(Kap. 14 03 Tit. 684 92)
Drs. 17/1594
72. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Familienpflege sichern
(Kap. 14 04 Tit. 684 01)
Drs. 17/1595
73. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung ambulanter Wohnprojekte für pflegebedürftige Menschen
(Kap. 14 04 TG 70)
Drs. 17/1596

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Staatliche Förderung der Modernisierung von Altenpflegeeinrichtungen (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1597
75. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Beratung Pflegebedürftiger durch flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1598
76. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Kathrin Sonnenholzner, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Personalausstattung in der bayerischen Gesundheitsverwaltung (Kap. 14 40 Tit. 422 01)
Drs. 17/1599
77. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Harald Güller u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung (Kap. 13 01)
Drs. 17/1608
78. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Horst Arnold, Martin Güll u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungsmittel für Kleine Baumaßnahmen und Staatliche Hochbaumaßnahmen (Kap. 13 03 Tit. 701 14 und 710 01)
Drs. 17/1609
79. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Klaus Adelt u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Streichung des Titels (Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/1610
80. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entschuldungsfonds für Kommunen zusätzlich zu den Bedarfszuweisungen/Konsolidierungshilfen bilden (Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/1611
81. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schülerbeförderung zukunftsfähig machen (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/1612
82. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: „Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder“ (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/1613
83. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren (Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/1614
- Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER**
84. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schmerzensgeld für Polizisten (Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1275
85. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung (Kap. 03 08 Tit. 422 01)
Drs. 17/1276

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellenhebungen im Hygienekontrolldienst (Kap. 03 09 Tit. 422 01)
Drs. 17/1277
87. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: IT-Spezialisten bei der Polizei leistungsgerecht bezahlen (Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 17/1278
88. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sachkosten der Polizei (Kap. 03 18 Tit. 511 01 - 547 04)
Drs. 17/1279
89. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Neubau der Polizeiinspektion Kaufbeuren (Kap. 03 18 Tit. 725 25)
Drs. 17/1280
90. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Ausbildungskapazitäten für Polizeidienstanfänger (Kap. 03 18 Tit. 710 00)
Drs. 17/1281
91. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne (Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1282
92. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Probebetriebe im Vorfeld der Reaktivierung von Bahnstrecken (Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/1284
93. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung der Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1285
94. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Provenienzforschung (Kap. 04 01 Tit. 686 02)
Drs. 17/1286
95. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellen an Gerichten und Staatsanwaltschaften (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1287
96. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Justizfachwirte (Kap. 04 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1288
97. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel zur Unterstützung der kommunalen Bildungsregionen (Kap. 05 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1289

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung von Baumaßnahmen privater Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 Tit. 893 61)
Drs. 17/1290
99. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für das Kriseninterventions- und Bewältigungsteam Bayerischer Schulpsychologinnen und -psychologen (KIBBS)
(Kap. 05 04 Tit. 547 01)
Drs. 17/1291
100. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse für das Landesprogramm für die „gute gesunde Schule Bayern“
(Kap. 05 04 Tit. 547 02)
Drs. 17/1292
101. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für Ganztagschulen
(Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/1293
102. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Fortbildung im Bereich des Behindertensports
(Kap. 05 04 Tit. 525 90)
Drs. 17/1294
103. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusammenarbeit von Schule und Sportverein
(Kap. 05 04 Tit. 547 90)
Drs. 17/1295
104. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Lehrerfortbildung an beruflichen Schulen
(Kap. 05 04 TG 95)
Drs. 17/1296
105. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für die Erwachsenenbildung
(Kap. 05 05 TG 81)
Drs. 17/1297
106. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zusätzliche Lehrerplanstellen an Grund- und Mittelschulen, Förderschulen, Berufsschulen, Fachoberschulen und Berufsober-schulen, Realschulen sowie Gymnasien
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/1298
107. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bessere Ausstattung aller Schulen und Schularten mit Beratungslehrern
(Kap. 05 12, 05 13, 05 15, 05 17, 05 18 und 05 19 jeweils Tit. 422 01)
Drs. 17/1299
108. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Stellen für Förderlehreranwärter
(Kap. 05 12 Tit. 422 26)
Drs. 17/1300
109. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verwaltungsangestellte an Schulen
(Kap. 05 12 - 05 19 Tit. 428 01)
Drs. 17/1301

110. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 12 - 05 19)
Drs. 17/1302
111. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Übergangsmanagement
(Kap. 05 12 neuer Tit.)
Drs. 17/1303
112. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mittel für die Berufsorientierung an Mittelschulen
(Kap. 05 12 Tit. 427 60)
Drs. 17/1304
113. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kürzung der Ausgaben für Veröffentlichungen
(Kap. 06 02 Tit. 531 21)
Drs. 17/1305
114. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Breitbanderschließung: Glasfaseranschluss für alle bayerischen Gemeinden
(Kap. 06 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1306
115. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Anwärterstellen Finanzämter
(Kap. 06 05 Tit. 422 21)
Drs. 17/1307
116. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm „Elektromobilität“
(Kap. 07 03 Tit. 683 63)
Drs. 17/1308
117. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Regionale Wirtschaftsförderung
(Kap. 07 04 Tit. 892 72)
Drs. 17/1309
118. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kürzung der Mittel für Aufwand für Presse, Information und Öffentlichkeitsarbeit
(Kap. 08 03 Tit. 531 25)
Drs. 17/1310
119. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 547 53)
Drs. 17/1311
120. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Unbefristete Stellen in der Ernährungsbildung
(Kap. 08 03 Tit. 428 59)
Drs. 17/1312
121. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 17/1313

122. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel zum Aufbau moderner Marktstrukturen und zur Stärkung der Marktcompetenz
(Kap. 08 03 Tit. 533 80)
Drs. 17/1314
123. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für Zuschüsse zur Förderung der Qualitätsverbesserung in der tierischen Erzeugung – insbesondere Förderung des Imker- und Schäfernachwuchses
(Kap. 08 03 Tit. 547 96)
Drs. 17/1315
124. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für den Mitarbeiterstab der Beauftragten der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 01 Tit. 422 01 und Kap. 10 01 Tit. 428 01)
Drs. 17/1316
125. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse an Verbände, Vereine u. ä. zur Durchführung ihrer Aufgaben beim Vollzug des Betreuungsgesetzes (BtG)
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1317
126. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einführungs- und Fortbildungstagungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in der Sozial- und Arbeitsgerichtsbarkeit
(Kap. 10 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1318
127. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wohnungslosenhilfe in Bayern
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 17/1319
128. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Haushaltstitel für die LandesSeniorenVertretung Bayern e.V. (LSVB) schaffen
(Kap. 10 07 neuer Tit. und Tit. 684 71)
Drs. 17/1323
129. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Hilfe für Opfer von Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 17/1324
130. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Mittel für das Landesnetzwerk „Bürgerschaftliches Engagement“
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 17/1325
131. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: „Ehrenamtsmillion“
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 17/1326
132. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung der Bayerischen Ehrenamtskarte
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1327

133. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Qualitätsbegleiterinnen und -begleiter in den bayerischen Kindertageseinrichtungen (Kap. 10 07 TG 88 - 91)
Drs. 17/1328
134. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Qualitätsverbesserung in Kindertageseinrichtungen (Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 17/1329
135. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einführung einer staatlichen Sockelfinanzierung für Kindertageseinrichtungen (Kap. 10 07 TG 88 - 91 neuer Tit.)
Drs. 17/1330
136. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Integration von dauerhaft und rechtmäßig in Bayern lebenden Zuwanderern (Kap. 10 50 TG 52)
Drs. 17/1331
137. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kinder- und Jugendkunstschulen (Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/1332
138. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Künstlerische Musikpflege (Kap. 15 05 Tit. 686 75)
Drs. 17/1333
139. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerische Sing- und Musikschulen (Kap. 15 05 Tit. 633 80)
Drs. 17/1334
140. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Fördermittel für spartenübergreifende Kulturprojekte (Kap. 15 05 neue TG)
Drs. 17/1335
141. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung des Netzwerks Bayerischer Städte STADTKULTUR (Kap. 15 05 neuer Tit.)
Drs. 17/1336
142. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufstockung der Mittel für Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben der Studierendenvertretungen (Kap. 15 06 Tit. 459 77)
Drs. 17/1337
143. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Lehrstühle Allgemeinmedizin Bayern (Kap. 15 18 Tit. 682 01, Kap. 15 22 Tit. 682 01)
Drs. 17/1338
144. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gebäudekosten für Technologietransferzentren (Kap. 15 49 TG 78 neuer Tit.)
Drs. 17/1339

145. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Existenzsichernde Mindestpauschale für private Grund- und Mittelschulen
(Kap. 05 03 TG 60 - 62)
Drs. 17/1586
146. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Prozesskostenbudget für Verbraucherschutzverbände
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1645
147. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherberatung im Finanzbereich stärken
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1646
148. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: TBC-Untersuchungen
(Kap. 12 08 TG 57 - 60)
Drs. 17/1647
149. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm zur Erprobung und Optimierung fischverträglicherer Kleinwasserkraftanlagen
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 17/1649
150. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Umstrukturierung Krankenhäuser im ländlichen Raum
(Kap. 14 02 neuer Tit.)
Drs. 17/1650
151. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung des Programms „Elterntalk“
(Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1651
152. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Suchtprävention und Drogentherapie
(Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1652
153. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung alternativer Wohn- und Lebensformen
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/1653
154. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Maßnahmen und Einrichtungen für Senioren
(Kap. 14 04 Tit. 684 70)
Drs. 17/1654
155. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Niederlassung freiberuflicher Hebammen
(Kap. 14 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1656
156. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufbau eines Melderegisters für Zwangsbehandlungen und Zwangsmaßnahmen in psychiatrischen Einrichtungen
(Kap. 14 03 neue TG)
Drs. 17/1657

157. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung (Kap. 14 04 TG 69)
Drs. 17/1658
158. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung psychiatrische Pflegedienste (Kap. 14 04 TG 71)
Drs. 17/1659
159. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gesundheitsmanagement (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1660
160. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bauunterhalt (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1661
161. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude (Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/1662
162. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Gewinnausschüttung Flughafen München GmbH (Kap. 13 05 Tit. 121 33)
Drs. 17/1663
163. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/1664
164. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzausweisungen nach Art. 7 FAG (Kap. 13 10 Tit. 613 04)
Drs. 17/1665
165. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schülerbeförderung (Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/1666
166. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Überlassung der Mittel aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund (Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/1667
167. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kommunaler Schulbau (Kap. 13 10 Tit. 883 11)
Drs. 17/1668
168. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderprogramm für die energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/1669
169. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionskosten kommunale Krankenhäuser (Kap. 13 10 Tit. 891 71 und 891 72)
Drs. 17/1670

170. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz (Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/1671
171. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pensionsfonds (Epl. 13 Kap. 80 46 Tit. 359 01)
Drs. 17/1672
- Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
172. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“ (Kap. 03 65 Tit. 883 63)
Drs. 17/1232
173. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Probetriebe auf Reaktivierungsstrecken ermöglichen (Kap. 03 67 neuer Tit.)
Drs. 17/1233
174. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Keine Mittel für den Neubau von Staatsstraßen (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1234
175. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Keine Privatisierung der Justiz: Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeister statt privater Wachdienste (Kap. 04 04 Tit. 422 21 und Tit. 517 01)
Drs. 17/1235
176. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Offensive für Inklusion - Gemeinsamer Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern an Regelschulen (Kap. 05 04 Tit. 422 01)
Drs. 17/1236
177. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bessere Qualität an Ganztagschulen (Kap. 05 04 TG 69)
Drs. 17/1237
178. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Feste Arbeitsverträge für Lehrkräfte an Berufs- und Fachoberschulen (Kap. 05 17 Tit. 428 14)
Drs. 17/1238
179. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Mehr Stellen in der Finanzverwaltung - keine Stellenmehrung im Ministerium (Kap. 06 01 Tit. 422 01 und Kap. 06 05 Tit. 422 01)
Drs. 17/1239
180. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bewertungsstelle des Finanzamts München in München belassen (Kap. 06 05 Tit. 710 00 und 729 22)
Drs. 17/1240
181. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Leistungs- und Qualitätsprüfungen (Kap. 08 03 Tit. 671 03 und Kap. 08 04 Tit. 683 08)
Drs. 17/1241

182. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pferderennen
(Kap. 08 03 Tit. 686 02)
Drs. 17/1242
183. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einzelbetriebliche Förderung
(Kap. 08 03 Tit. 892 74)
Drs. 17/1243
184. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Blindengeld nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz - Förderung von hochgradig sehbehinderten und taubblinden Menschen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 17/1244
185. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuschüsse zum Vollzug des Betreuungsgesetzes
(Kap. 10 03 Tit. 684 01)
Drs. 17/1245
186. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zivilgesellschaft stärken - Rechtsextremismus bekämpfen
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/1246
187. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung der Opferhilfe
(Kap. 10 03 neue TG)
Drs. 17/1247
188. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bayerischer Landesplan für Menschen mit Behinderung
(Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 78)
Drs. 17/1248
189. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Versorgungsstrukturen für Menschen mit Behinderung nach Ausscheiden aus einer Förder- oder Behindertenwerkstätte
(Kap. 10 05 TG 78 - 79 Tit. 893 79)
Drs. 17/1249
190. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Landeserziehungsgeld abschaffen
(Kap. 10 07 TG 80 Tit. 681 80)
Drs. 17/1250
191. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Frauenhäuser und -notrufe in Bayern: Anpassung der Fördersätze für Frauenhäuser und Notrufe an die Kosten- und Gehaltsentwicklung
(Kap. 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 17/1251
192. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Einrichtung von Interventions- und Beratungsstellen mit einem pro-aktiven Beratungsansatz
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 17/1252
193. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Asylsozialberatung aufstocken!
(Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1253

194. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Sprachkurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber flächendeckend ermöglichen (Kap. 10 53 Tit. 684 02)
Drs. 17/1254
195. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbraucherschutz stärken (Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 17/1255
196. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Moorrenaturierung: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 17/1256
197. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Wissenschaftliche Beobachtung und Forschung in den Nationalparks stärken (Kap. 12 13 neue TG und Kap. 12 14 neue TG)
Drs. 17/1257
198. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bau Trinkwasserbrunnen (Kap. 12 77 Tit. 784 77)
Drs. 17/1258
199. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Zuwendungen für den Ausbau von Pflegestützpunkten in Bayern (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1259
200. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Investitionsaufwendungen bei bedarfsgerechten Pflegediensten, teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen sowie Einrichtungen der Tages- und Kurzzeitpflege (Kap. 14 04 TG 71 neuer Tit.)
Drs. 17/1260
201. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Errichtung einer bayerischen Pflegekammer (Kap. 14 04 TG 82)
Drs. 17/1261
202. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Englischsprachige Ausgabe der historisch-kritischen Edition von „Mein Kampf“ (Kap. 15 03 neuer Tit.)
Drs. 17/1263
203. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verbesserung der Situation der Lehrbeauftragten an den bayerischen Musikhochschulen (Kap. 15 59, 15 62 und 15 63 jeweils Tit. 428 01 und 427 73)
Drs. 17/1264
204. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kein Ausbau des Frankenschnellwegs in Nürnberg (Kap. 13 03 Tit. 883 05)
Drs. 17/1265

205. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkungstitel für Investitionsmaßnahmen streichen
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/1266
206. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Finanzierung des Beratungsprojekts der Flughafen Nürnberg GmbH
(Kap. 13 05 Tit. 682 81)
Drs. 17/1267
207. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Pensionsfonds aufstocken - versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61 und Kap. 13 06 Tit. 325 51)
Drs. 17/1268

Teil II

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen für erledigt erklärten Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Energiewende auch im Wärmebereich: Mit gutem Beispiel voran - mehr Mittel für energetische Sanierung staatlicher Gebäude
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1231
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Erhöhung der Landesmittel für den Städtebau
(Kap. 03 65 Tit. 883 82)
Drs. 17/1283
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Netzwerk Familienpaten Bayern
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 17/1320
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Schutzausstattung der geschlossenen Einheiten der bayerischen Polizei
(Kap. 03 18 Tit. 514 11, Kap. 03 20 Tit. 514 11, Kap. 03 20 Tit. 812 01 und Kap. 03 20 Tit. 812 98)
Drs. 17/1343
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Verstärkung der Mittel für energetische Sanierungen staatlicher Gebäude aller Einzelpläne
(Kap. 03 63 Tit. 701 48)
Drs. 17/1344
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Um- und Ausbau sowie Bestandserhaltung von Staatsstraßen und Brücken
(Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1345
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kleine Baumaßnahmen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften
(Kap. 04 04 Tit. 701 01)
Drs. 17/1346
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: mebis-Landesmedienzentrum Bayern - Softwareentwicklung für Erweiterungsangebote
(Kap. 05 04 Tit. 119 23 und Tit. 534 76)
Drs. 17/1347

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Kleine Baumaßnahmen bei der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen (Kap. 06 16 Tit. 701 01)
Drs. 17/1348
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 17/1349
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Maßnahmen, Dienste und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, insbesondere der beruflichen, sozialen und medizinischen Rehabilitation (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
Drs. 17/1350
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge im Sinn von § 96 BVFG (Kap. 10 06 Tit. 686 01)
Drs. 17/1351
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Allgemeine Bewilligungen - Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen (Kap. 10 06)
Drs. 17/1352
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung der Asylsozialberatung (Kap. 10 53 Tit. 684 01)
Drs. 17/1353
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen bei allgemeinem Grundvermögen (Kap. 13 04 Tit. 519 01)
Drs. 17/1354
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter Winter u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Entnahme aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage (Kap. 13 06 Tit. 351 01)
Drs. 17/1355
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Bundes- und EU-Mittel für die Städtebauförderung - Neubewilligungen (Kap. 03 65 Tit. 883 78)
Drs. 17/1379
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Andreas Lotte, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Landesmittel für die Städtebauförderung – Neubewilligungen (Kap. 03 65 Tit. 883 88)
Drs. 17/1380
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Nachhaltigere Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau (Kap. 03 80 Tit. 750 00)
Drs. 17/1382

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Reinhold Strobl u.a. SPD
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Naturschutz und Landschaftspflege - Ausgleich ELER-Mittel (Kap. 12 04 Tit. 892 22)
Drs. 17/1590
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Präventionsmaßnahmen Crystal (Kap. 14 03 Tit. 531 92)
Drs. 17/1655
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung Nabelschnur-Stammzellbank (Kap. 14 03 TG 94)
Drs. 17/1714
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU
2. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014
hier: Förderung von Suchtbekämpfung und Drogentherapie, psychiatrische Modell- und Präventionsvorhaben (Kap. 14 03 TG 92)
Drs. 17/1732

Teil III**Aufstellung der in den Ausschüssen für Staatshaushalt und Finanzfragen und Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum 2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014 (Drs. 17/876)**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
Drs. 17/1681
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
Drs. 17/1685
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Streichung des kw-Vermerks für Steuersekretäre, Steuersekretärinnen
Drs. 17/1686
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
Drs. 17/1723
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Martin Güll, Harald Güller u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014
(2. Nachtragshaushaltsgesetz 2014)
hier: Rückholung der demografischen Rendite
Drs. 17/1806

Teil IV**Aufstellung der in den Ausschüssen für Staatshaushalt und Finanzfragen, Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport sowie Verfassung, Recht und Parlamentsfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014 (Drs. 17/875)**

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) Drs. 17/1682
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) Drs. 17/1683
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) Drs. 17/1684

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. März 2014 (Vf. 20-III-14) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2013 PII/G-1031/0005 Drs. 17/1909 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ



2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 31. März 2014 (Vf. 25-III-14) betreffend Antrag auf Entscheidung über die Gültigkeit der Landtagswahl 2013 PII/G-1310.14-0006 Drs. 17/1910 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Der Antrag ist unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Herbert Kränzlein, Inge Aures u.a. und Fraktion (SPD) Scheinselbständigkeit beenden – Überprüfung der Arbeitsverhältnisse in der ministerialen Verwaltung Drs. 17/169, 17/1903 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) GBW: Soziales Grundrecht auf Wohnung sichern – Rückkaufoption prüfen Drs. 17/433, 17/1939 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung von Volksabstimmungen bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite
Drs. 17/668, 17/1892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Transparenz in bayerischen Bundes- und Europaangelegenheiten herstellen
Drs. 17/669, 17/1906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Markus Ganserer, Ludwig Hartmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Abschaffung der Pflicht zur öffentlichen Hege- und Pflegeschau
Drs. 17/684, 17/1926 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
A 9 zwischen Holledau und Neufahrn: Ausbau und Lärmschutz
Drs. 17/757, 17/1902 (A)

der Antrag wird gesondert namentlich abgestimmt

9. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Ruth Müller u.a. SPD
 Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes
 (AVBayJG)
 hier: Änderung § 16 Abs. 4 AVBayJG – Freiwilligkeit der Vorlage von Trophäen
 bei Pflichthegeschauen
 Drs. 17/785, 17/1927 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer,
 Martin Schöffel u.a. CSU
 Bericht zu Verordnungsentwürfen der EU
 Drs. 17/816, 17/1928 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
 Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Bonuspunkteprogramm für Aushilfslehrkräfte
 Drs. 17/872, 17/1904 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
 Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Keine weiteren staatlichen Zuschüsse für den Flughafen Memmingen
 Drs. 17/884, 17/1913 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg CSU
Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Ausländerbehörden
Drs. 17/978, 17/1914 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Personalsituation in der Allgemeinen Inneren Verwaltung
Drs. 17/1019, 17/1905 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen VII –
Mehrgenerationenhäuser in Bayern langfristig sichern
Drs. 17/1034, 17/1953 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Altenpflege in Bayern zukunftssicher machen VIII –
Pflegerstützpunkte in Bayern flächendeckend ausbauen
Drs. 17/1035, 17/1954 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pflege in Bayern zukunftssicher machen IX
Pflege-TÜV abschaffen – Instrumente zur Sicherung und Weiterentwicklung der Pflegequalität reformieren
Drs. 17/1036, 17/1955 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Kerstin Schreyer-Stäblein, Walter Taubeneder u.a. CSU
Information der Öffentlichkeit über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat und im Ausschuss der Regionen
Drs. 17/1076, 17/1907 (G)

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses
für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen**

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Robert Brannekämper, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Dienstleistungen des Instituts für Buch- und Handschriftenrestaurierung (IBR) – Restaurierung von Beständen der Universitätsbibliotheken
Drs. 17/1077, 17/1767 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kollektives Gedächtnis Europas bewahren – internationalen Stellenwert der Monumenta Germaniae Historica (MGH) erhalten!
Drs. 17/1101, 17/1768 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Mit einem Masterplan den Hochschulstandort Nürnberg langfristig stärken!
Drs. 17/1184, 17/1769 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Digitalisierung zur Rettung von Menschenleben nutzen
Drs. 17/1187, 17/1956 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Bericht zur Einrichtung des gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V
Drs. 17/1192, 17/1957 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunftskonzept für eine nachhaltige Stärkung des Hochschulstandorts
Nürnberg/Fürth/Erlangen
Drs. 17/1463, 17/1770 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung COM (2014) 167 final
(BR-Drs. 119/14)
Drs. 17/1897, 17/1900 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 20.05.2014 zu Tagesordnungspunkt 6 Nr. 8: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; A 9 zwischen Holledau und Neufahrn: Ausbau und Lärmschutz (Drucksache 17/757)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst				Glauber Thorsten	X		
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Bachhuber Martin		X		Gote Ulrike	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva	X		
Bauer Volker		X		Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen		X		Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid			
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.			
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian			X
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim			
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus			
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Erwin			
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Marcel			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Dr. Huber Martin			
Eisenreich Georg		X		Huber Thomas		X	
Fackler Wolfgang		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen				Huml Melanie			
Fehlner Martina	X			Imhof Hermann			
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl				Karl Annette	X		
Füracker Albert				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander			
				Kohnen Natascha	X		
				Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	64	71	1